Handeln statt rein-waschen!

Betroffene und Zivilgesellschaft zum Parlamentarischen Untersuchungsausschuss »Neukölln-Komplex«

Handeln statt reinwaschen!

Betroffene und Zivilgesellschaft zum
Parlamentarischen Untersuchungsausschuss
»Neukölln-Komplex«

Herausgeber: Vernetzung von Beobachter*innen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) »Neukölln-Komplex«
Berlin 2026

Die Autor*innen der jeweiligen Gastbeiträge haben selbst über die Verwendung gendergerechter Sprache und spezifischer Begriffe entschieden.

Druck:
WIRmachenDRUCK GmbH, 71522 Backnang

Der »Neukölln-Komplex«. Eine Einführung 7

Erkenntnisse aus dem PUA 9

Kritik am PUA 12

Konsequenzen aus dem PUA 14

Jahrzehnte im Visier der extremen Rechten.
Angriffe auf das Anton-Schmaus-Haus. SJD-Falken Neukölln 16

Einstellung von Ermittlungen. Presseerklärung 9/2018 19

Rechte Anschlagsserie als Terror einstufen.
Brief an den Generalbundesanwalt und die Bundesjustizministerin vom 7.12.2018 21

Petition »Rechter Terror in Berlin – Untersuchungsausschuss jetzt!«, 2019 24

»Erstmals Betroffenenperspektive im Parlament«
Claudia v. Gélieu im PUA am 2.9.2022 26

Vom »Opfer« zum Täter
Christian v. Gélieu: »Wie das LKA mich als Rechtsextremisten outete« 29

»Öffentlichkeit herstellen«
Offener Brief vom 14.9.2022 31

»Drei Anschläge getrennt behandelt«
Heinz Jürgen Ostermann im PUA am 22.9.2022 33

»Die AfD gehört nicht in diesen Untersuchungsausschuss.«
Jürgen Schulte im PUA am 30.9.2022 36

Anschläge auf die evangelische Kirche Rudow
Die Pfarrerin Beate Dirschauer im PUA am 30.9.2022 39

»Zehn Jahre lang terrorisiert von Nazis«
Christiane Schott auf einer Veranstaltung am 4.6.2024 43

BASTA vor dem LKA
Karin Wüst im PUA am 30.9.2022 44

»Vom ›Nationalen Widerstand Berlin‹ zu rechtsextremen Angriffsserien«
Bianca Klose – Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
im PUA am 25.11.2022 48

Erkenntnisse aus der Opferberatung. Özge Sarp/ReachOut –
Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
und Bedrohung in Berlin im PUA am 25. 11. 2022 54

693 vergleichbare Vorfälle in Berlin von 2009 bis 2021.
Kati Becker/Koordinierung der Berliner Register im PUA am 9.12.2022 57

»Bevor es wieder einmal zu spät ist«
2. Offener Brief zum PUA am 4.1.2023 60

Demokratische Aufgabe wird nicht wahrgenommen. Presseerklärung
vom 30.11.2023 63

Die Morde an Burak Bektaş und Luke Holland.
Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş 66

»Es braucht keine Nazis bei der Polizei, um rassistische Taten nicht aufzuklären.«
Helga Seyb von der Burak-Ini im PUA am 26.4.2024 74

»Ich will wissen, wer der Mörder meines Sohnes ist.«
Melek Bektaş zum PUA am 6.7.2024 81

»A Neo Nazi, racist hate crime«
Philip Holland im PUA am 31.5.2024 82

»Die Zeit heilt nichts.« Ferat Koçak vor Gericht am 12.12.2025 84

Erkenntnisse aus dem PUA sprechen gegen ASOG-Novelle.
Presseerklärung am 2.12.2025 87

»Man muss in vielen Ausschüssen die Abgeordneten wirklich zum Arbeiten drängen.«
Caro Keller/NSU-Watch auf einer Veranstaltung am 9.2.2026 89

Es ist nicht zu Ende! 5. Anschlag auf Heinz Ostermann.
Presseerklärung vom 2.3.2026 92

Zum Weiterlesen 94

Der »Neukölln-Komplex«. Eine Einführung

Als »Neukölln-Komplex« werden die mangelhafte Aufklärung einer rechten Anschlagsserie in Berlin-Neukölln und die zahlreichen damit verbundenen Behördenskandale bezeichnet. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum »Neukölln-Komplex« endet nach vier Jahren im Frühsommer 2026. Mit mehr als 25 000 Unterschriften wurde der PUA von Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Initiativen eingefordert. Sie verfolgten zudem seine 49 Sitzungen und begleiteten ihn kritisch mit Kundgebungen, Veranstaltungen und Presseerklärungen. Die Broschüre enthält ihre Beobachtungen, Kritik und Forderungen.

Die Generalstaatsanwaltschaft rechnet der rechten Anschlagsserie mehr als 200 Straftaten zu. Dazu zählen mindestens 23 schwere Brandanschläge, mit Steinen und Flaschen mit Bitumen eingeschmissene Scheiben von Wohnungen und Läden, das Markieren von Treppenfluren und Gebäuden mit Morddrohungen und faschistischen Symbolen, körperliche Attacken, das Anfertigen sogenannter Feindeslisten mit über 1 000 Adressen und die beiden Morde an Burak Bektaş 2012 und Luke Holland 2015. Betroffene wurden über Jahrzehnte ausspioniert, immer wieder bedroht und angegriffen.

Die rechte Terrorserie in Neukölln gehört zu einer Kampagne einer militanten Neonazi-Szene, die sich selbst ermächtigte, von ihnen als politische Gegner*innen oder »Volksfeinde« markierte Menschen und Einrichtungen anzugreifen, zu terrorisieren und mit dem Tod zu bedrohen. Auch wenn die Täter*innen aus der Deckung der Anonymität handeln, war Kennern der rechten Szene in Berlin früh klar, dass die Neonazis Sebastian Thom, Tilo Paulenz und Julian Beyer, die in Neukölln aktiv und für diverse Übergriffe bekannt waren, die Hauptverdächtigen sind.

Diesem Wissen von Betroffenen und Aktivist*innen stehen bis heute fehlende Ermittlungsergebnisse gegenüber. Obwohl die Neonazi-Strukturen hinlänglich bekannt sind, die Polizei Täter lange observierte und auf öffentlichen Druck verschiedene Sondereinheiten wie die »Ermittlungsgruppe Rechtsextremismus« (EG REX), »Operative Gruppe Rechtsextremismus« (OG REX), die »Ermittlungsgruppe rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Neukölln« (EG RESIN) sowie die »Besondere Aufbauorganisation FOKUS« (BAO FOKUS) einrichtete, waren diese nicht in der Lage gerichtsfeste Beweise zu liefern. Verurteilt wurden nur Rolf Zielezinski 2016 für den Mord an Luke Holland sowie Sebastian Thom und Tilo Paulenz Ende 2024 für zwei Brandanschläge und eine Morddrohung.

Neben strukturellem Versagen von Behörden spricht einiges dafür, dass rechte Netzwerke und deren Taten gedeckt wurden. Beamt*innen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz fielen selbst durch rassistische Taten oder Aussagen auf, gaben interne Daten an Neonazis weiter oder hielten Informationen über akute rechte Bedrohungen zurück.

Medien, Aktivist*innen und Anwält*innen haben verschiedene Skandale öffentlich gemacht, darunter die Überwachung eines Treffens zwischen Sebastian Thom und einem Beamten des LKA durch den Verfassungsschutz sowie die Einschätzung von Staatsanwalt Fenner als AfD-Sympathisant durch Tilo Paulenz.

Untersuchungsausschüsse gelten als das schärfste Schwert des Parlaments. Wir mussten bei unserer Beobachtung allerdings feststellen, dass der PUA stark vom politischen Willen der Mehrheit der Abgeordneten geprägt war und eine umfassende Aufklärung nicht im Vordergrund stand. Positiv war, dass zu Anfang des Untersuchungsausschusses die Betroffenen und drei Expert*innen zu rechten Strukturen in Berlin gehört wurden. Allerdings wurde aus den Erfahrungen der Betroffenen mit Polizei und Justiz sowie den Erkenntnissen der Expert*innen kein strukturierter Plan oder Fragenkatalog für die Befragung von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz entwickelt.

Die Protokolle des PUA sind bislang nicht veröffentlicht worden und stehen daher weder der demokratischen Öffentlichkeit noch der wissenschaftlichen Forschung und Aufarbeitung zur Verfügung. Zudem wurde der PUA nur von wenigen Journalist*innen begleitet; die Medien berichteten selten und wenig kritisch. Mit dieser Broschüre möchten wir einen Beitrag zu mehr Transparenz leisten. Sie soll den Betroffenen rechter Gewalt, ihrer Perspektive und den sie unterstützenden zivilgesellschaftlichen Initiativen Gehör verschaffen und Informationen für die Fortsetzung des zivilgesellschaftlichen Engagements über den PUA hinaus liefern.

In den vergangenen Monaten haben CDU und SPD eine Novellierung des ASOG [Allgemeines Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin] im Parlament verabschiedet, dem Verfassungsschutz erweiterte Befugnisse verliehen und das Informationsfreiheitsgesetz eingeschränkt. Diese Maßnahmen widersprechen den Erkenntnissen aus dem Untersuchungsausschuss. Es liegt an uns, die Lehren aus dem Ausschuss zu ziehen und die notwendigen Konsequenzen einzufordern. Wie in der Vergangenheit heißt es auch jetzt:

Ohne uns läuft nichts!

Erkenntnisse aus dem PUA

Der Untersuchungsausschuss zum »Neukölln-Komplex« hat tiefgreifende strukturelle Defizite in Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz offengelegt. Zentrales Ergebnis ist ein über Jahre hinweg fehlender Ermittlungswille gegenüber rechter Gewalt. Rechte Straftaten wurden bagatellisiert, Betroffene nicht ernst genommen und die politische Dimension der Taten systematisch verkannt. Statt die Anschläge als zusammenhängende rechte Terrorserie zu behandeln, wurden sie als Einzelfälle von Sachbeschädigung geführt.

Kein Ermittlungswillen, keine Aufklärung

Die Generalstaatsanwaltschaft rechnet mehr als 200 Straftaten zur rechten Anschlagsserie in Neukölln. Dennoch hatte deren Aufklärung und Verhinderung, anders als von Politik und Behörden behauptet, keine Priorität. Die Anschläge wurden weder als Serie noch als Ausdruck organisierter rechter Gewalt bewertet. Das dahinterstehende Netzwerk der Neonazis wurde nicht als kriminelle politische Vereinigung eingestuft, obwohl Tatmuster, Tatorte und ideologische Hintergründe einen systematischen Zusammenhang nahelegten.

Der Ausschuss hat schwerwiegende prozedurale Fehler in den Ermittlungen festgestellt. Beweismittel wurden nicht gesichert, Tatorte nicht ausreichend untersucht, keine weiteren Zeug*innen gesucht und Hinweise von Betroffenen und Zeug*innen nicht konsequent verfolgt. Ein systematischer forensischer Abgleich mit ähnlichen Taten unterblieb, auch wenn Parallelen bekannt waren. Erkenntnisse wurden nicht zwischen Mitarbeiter*innen einer Behörde und auch nicht zwischen verschiedenen Behörden weitergegeben. Polizei und Staatsanwaltschaft arbeiteten ohne gemeinsamen Ermittlungsansatz und schlecht koordiniert.

Hinzu kam die fehlende Szenekunde. Sicherheitsbehörden verfügten nicht über die notwendigen Kenntnisse über die extrem-rechte Szene in Neukölln, geschweige denn in ganz Berlin oder darüber hinaus. Schulungen zu rechter Gewalt, strukturellem Rassismus und diskriminierungssensibler Ermittlung fanden gar nicht oder nur unzureichend statt. Diese Defizite führten zu einer systematischen Unterschätzung der Gefahr.

Auch nach der Selbstenttarnung der rechten Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) 2011 wurden in Berlin keine grundlegenden Konsequenzen aus dem enormen Fehlverhalten der Sicherheitsbehörden gezogen. Statt struktureller Reformen gab es Versetzungen zahlreicher erfahrener Staatsschutz-Mitarbeiter*innen. Wurden neue Konzepte zur Bekämpfung von extrem-rechter Gewalt entwickelt, wurden sie denjenigen, die sie hätten umsetzen sollen, nicht bekannt.

Überwachungsmaßnahmen erwiesen sich als wirkungslos. Weder langjährige Telekommunikationsüberwachung noch operative Maßnahmen, V-Personen oder Videokameras führten zur Aufklärung der Anschläge. Statt konsequenter Spurensicherung, Zeug*innensuche und Auswertung vorhandener Beweise konzentrierten sich die Ermittlungen über Jahre auf die Überwachung einzelner mutmaßlicher Täter. Anstatt den Verdacht des Leiters der EG RESIN hinsichtlich einer möglichen Weitergabe von Informationen über die Observationen zu untersuchen, erfolgte seine Versetzung. Unaufgeklärt blieb auch der vom Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) aufgedeckte Skandal am »Ostburger Eck«, einer Kneipe, in der sich Neonazis treffen. Der Verfassungsschutz bleibt dabei, dass sich dort der inzwischen als Haupttäter verurteilte Sebastian Thom mit einem LKA-Beamten getroffen habe. Das LKA bestreitet dies.

Versagen der Behörden

Der PUA zeigte auch das Versagen einzelner Behörden im »Neukölln-Komplex«. Ein Zeuge des Landeskriminalamtes erklärte: »Opferschutz gehört nicht zur Stellenbeschreibung«. Gefährdete Personen wurden bewusst nicht informiert, um zu vermeiden, dass sie durch eine Änderung ihres Verhaltens potenziell Täter alarmieren könnten. Der Verfassungsschutz leistete keinen relevanten Beitrag zur Aufklärung oder zur Prävention der Anschläge. Warnsignale nahm er nicht ernst, Abhörmaßnahmen wertete er nicht unter dem Aspekt des Schutzes von Betroffenen aus. Andere Behörden blieben untätig, weil sie auf Informationen des Verfassungsschutzes warteten, der nach Aussagen von Zeug*innen »nur manchmal« mehr wusste als zivilgesellschaftliche Initiativen oder öffentlich zugängliche Quellen.

Oberstaatsanwalt Matthias Fenner ist verantwortlich dafür, dass die Staatsanwaltschaft die Taten nicht als zusammenhängende Serie behandelte, polizeiliche Unterlagen unberücksichtigt blieben und der Großteil der Verfahren zügig eingestellt wurde. Darüber hinaus erhielt die Polizei keine weiteren Ermittlungsbefugnisse und Anträge auf zusätzliche Ermittlungsschritte vor Gericht blieben erfolglos. Dass Fenner mit der AFD sympathisiere, wurde nicht nur von dem Neonazi Tilo Paulenz vermutet. Im PUA sagte der Leiter der EG RESIN Einsiedel aus, dass er damals dachte: »Was ist denn mit dem [Fenner] nicht in Ordnung? Ist das ein AfD-Typ oder was? Warum kriege ich meine Beschlüsse nicht, da stimmt doch was nicht.« Statt den Verdacht zu untersuchen, wurde Fenner versetzt.

Fehlende Kontrolle

Deutlich wurde ebenfalls, dass die internen Kontrollmechanismen der Sicherheitsbehörden nicht funktionieren. Bei Dienstvergehen von Polizeimitarbeitenden wird im Disziplinarverfahren das sonstige dienstliche Verhalten nicht überprüft. Disziplinarmaßnahmen dürfen den Dienstbetrieb oder das Ansehen der Polizei nicht beeinträchtigen. Im Fall des Polizeibeamten Stefan Kollmann, der in der EG REX in Neukölln für die Betreuung von Betroffenen rechter Angriffe zuständig war und wegen einer rassistisch motivierten Gewalttat verurteilt wurde, wurde auf Weisung der Senatsinnenverwaltung kein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Die frühere Berliner Datenschutzbeauftragte kritisierte, dass versäumt wurde, technische Mittel zur Verhinderung unautorisierter Datenabfragen durch die Polizei einzusetzen. Auch hier zeigt sich, dass nicht aus anderen Komplexen, wie dem Skandal um »NSU 2.0« gelernt wurde.

Gefährdung der Demokratie

Nach Aussage der Zeug*innen fehlte es nicht an Personal, Technik oder Befugnissen. Die fehlende Aufklärung ist also nicht auf mangelnde Ressourcen zurückzuführen. Ausschlaggebend waren fehlender Ermittlungswille, fehlerhafte Ermittlungen und struktureller Rassismus innerhalb der Sicherheitsbehörden.

Mit der Behauptung, dass zivilgesellschaftliches Engagement, Medienberichte und Anfragen von Abgeordneten ihre Arbeit behindern würden, offenbarten die Behörden-Zeug*innen ihr undemokratisches Selbstverständnis.

Der PUA hat einen umfassenden Einblick in die problematischen Strukturen der Sicherheitsapparate gewährt und deutlich gemacht, wie wenig Kontrolle über die Sicherheitsbehörden existiert und wie gering deren Bereitschaft zur Selbstkontrolle ist. Die Selbstgefälligkeit, mit der die Sicherheitsbehörden im PUA auftraten, stellt eine ernsthafte Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar – insbesondere für Menschen, die rassistischer Diskriminierung, Gewalt und tödlichen Übergriffen ausgesetzt sind, die Hilfe erwarten und stattdessen das Gegenteil erfahren.

Kritik am PUA

Wer Ermittlungserfolge bei rechten Gewalttaten, Neonazi-Strukturen bekämpfen und die Demokratie wirksam schützen will, sollte ein Interesse daran haben aufzuklären, warum dies bisher nur unzureichend gelungen oder gescheitert ist. Dieses Interesse war bei einem Teil der PUA-Abgeordneten, den Behörden und vielen ihrer Mitarbeitenden nicht erkennbar.

Aufklärung gescheitert

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat seinen demokratischen Aufklärungsauftrag unzureichend erfüllt. Das gilt insbesondere für die Fraktionen von CDU und SPD. Fragen aus dem umfassenden vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Untersuchungsauftrag ging man nur selektiv nach. Die meisten der zahlreichen Fragen von Betroffenen konnte der PUA nicht beantworten. Die vielfältigen Skandale sowie die Verbindungen von Behörden zum »Neukölln-Komplex« sind weder abschließend aufgeklärt noch entkräftet worden. Von seinen Rechten und Möglichkeiten machte der PUA nur wenig Gebrauch.

Große Kritik hatten Betroffene und Unterstützer*innen von Anfang an daran, dass die AfD im Ausschuss vertreten war, obwohl sie ideologisch und personell in den »Neukölln-Komplex« verstrickt ist. Unter anderem war der als Täter verurteilte Tilo Paulenz AfD-Funktionär. Der für den PUA zuständige AfD-Abgeordnete war selten im Ausschuss anwesend, hatte aber Zugang zu persönlichen Daten von Betroffenen und Gefährdeten.

Verharmlosung rechter Gewalt

Die rechten Anschläge und die davon ausgehende Gefahr für die Demokratie wurden von Abgeordneten und Zeug*innen bagatellisiert. Die Behauptung, dass die rechte Anschlagsserie in Neukölln gestoppt sei, wurde nicht infrage gestellt und damit wurden die Betroffenen, die weiter Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sind, erneut mit ihrer Bedrohung und ihren Ängsten alleingelassen.

Wir konnten beobachten, wie die zivilgesellschaftliche Expertise immer wieder abgewertet wurde. So wurden die bei MBR, ReachOut und dem Berliner Register bestellten Gutachten, die von einigen Mitgliedern des PUA nicht einmal gelesen wurden, nicht gleichwertig einbezogen.

Abhängigkeit und mangelnde Kritik

Der PUA verließ sich stark auf die Angaben der Behörden und stellte deren Aussagen sowie Widersprüche kaum in Frage. Darüber hinaus wurden die Zuständigkeiten nicht eindeutig definiert. Infolgedessen fanden keine zielgerichteten Befragungen zur Klärung der Verantwortlichkeiten statt, so dass entsprechende Konsequenzen ausblieben.

Die Behörden sabotierten den Untersuchungsausschuss systematisch. Akten wurden nicht oder verspätet geliefert, Aussagen verweigert und eigenmächtig über Geheimhaltungsstufen entschieden. Die demokratische Öffentlichkeit wurde dadurch immer wieder ausgeschlossen. Zeug*innen aus Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz antworteten häufig ausweichend, behaupteten Erinnerungslücken oder schoben Verantwortung ab.

Die Abgeordneten konnten sich nicht gegen die Behörden durchsetzen, die die Aufarbeitung des »Neukölln-Komplexes« blockierten oder verweigerten. Themen wie struktureller Rassismus, Anti-Antifa-Haltungen und institutionelle Widerstände wurden entweder abgestritten oder nicht konsequent behandelt.

Konsequenzen aus dem PUA

Die Rechte und der Schutz von Betroffenen rechter Gewalt gegenüber den Behörden müssen ausgebaut werden. Beratungsstellen und zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen müssen dauerhaft gestärkt und finanziert werden.

Es müssen verbindliche Konzepte für Betroffene und Zeug*innen zur Prävention und zum Schutz vor rechter und rassistischer Gewalt entwickelt werden.

Unabhängige Beschwerdestellen müssen zu Institutionen mit umfassenden Rechten, ausreichenden Mitteln und eigenständigen Ermittlungsbefugnissen ausgebaut werden. Alle eingestellten Ermittlungen müssen verpflichtend evaluiert werden. Es ist eine wirksame, permanente demokratische Kontrolle der Behörden zu etablieren.

Unabhängige Expert*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen gleichwertig in die Arbeit von Untersuchungsausschüssen einbezogen werden.

Unabhängige zivilgesellschaftliche Expertise zu extrem-rechter Gewalt und Terror – etwa von Initiativen und Organisationen wie MBR, ReachOut oder Berliner Register – ist zu stärken. Allen Angriffen, Infragestellungen und Mittelstreichungen muss entschieden entgegengetreten werden.

Zudem braucht es kritischen, investigativen Journalismus und eine kontinuierliche öffentliche Berichterstattung, die von den Behörden unterstützt werden muss. Bestimmungen, die einer demokratischen Transparenz und Kontrolle entgegenstehen, müssen geändert werden.

Die Datenschutzbeauftragte ist mit unbeschränkten Zugriffsrechten, Anordnungsbefugnissen und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber allen Behörden und den dafür nötigen Mitteln auszustatten.

Die Rechte von Untersuchungsausschüssen gegenüber den Behörden müssen ausgebaut und vollständige Öffentlichkeit muss gewährleistet werden. Dazu gehören die Offenlegung von Akten, die Änderung von Geheimhaltungseinstufungen und die Veröffentlichung von Wortprotokollen.

Die Wortprotokolle des PUA zum »Neukölln-Komplex« müssen wie die Gutachten von MBR, Register und ReachOut sofort veröffentlicht werden.

Der PUA ist zu evaluieren und die gesetzlichen Bestimmungen für Berliner Untersuchungsausschüsse nach den festgestellten Erkenntnissen zu ändern.

Über Geheimeinstufungen darf nicht länger von den Behörden selbst entschieden werden, sondern durch eine unabhängige, demokratisch legitimierte Instanz.

Verbindungen von Polizei und Verfassungsschutz in die extrem-rechte Szene müssen konsequent aufgeklärt werden. Qualifikation und Sensibilisierung innerhalb der Behörden sind verbindlich sicherzustellen. Dazu gehören verpflichtende Antirassismus-Trainings, Schulungen zur Szenekunde und feste, geschulte Ansprechpersonen für rechte Gewalt. Konzepte zum Schutz vor Rassismus sowie extrem-rechter Gewalt und Terror müssen entwickelt und umgesetzt werden.

Was sich als ineffektiv erwiesen hat, was Menschen und ihre Rechte nicht schützt und sich demokratischer Kontrolle entzieht, ist abzuschaffen. Dazu gehören insbesondere der Verfassungsschutz und weitreichende Ermessensspielräume der Sicherheitsbehörden.

Die Berliner ASOG-Novelle vom Dezember 2025 ist zurückzunehmen, weil finanzielle und personelle Aufstockungen sowie weitere Überwachungsmaßnahmen den Ergebnissen des PUA widersprechen. Sie lösen nicht die strukturellen Probleme.

Die AfD, die personell und ideologisch mit rechter Gewalt verbunden ist, muss verboten werden.

Jahrzehnte im Visier der extremen Rechten. Angriffe auf das Anton-Schmaus-Haus

SJD-Falken Neukölln

Seit Jahrzehnten stehen die Neuköllner Falken und ihr Verbandshaus, das Anton-Schmaus-Haus, im Visier der extremen Rechten – ein Lehrstück darüber, wie rechter Terror systematisch aufgebaut wird und wie Sicherheitsbehörden im sogenannten »Neukölln-Komplex« versagen.

Bereits 1989 wurden Jugendliche der Falken Neukölln von Neonazis in Süd-Neukölln überfallen und brutal zusammengeschlagen, unter ihnen auch Mirjam Blumenthal, die vor ihrer Haustür angegriffen wurde. Wenig später, 1991, zündete der spätere NSU-Unterstützer Carsten Szczepanski einen Bus der Berliner Falken an. Kurz nach der NSU-Enttarnung informierte das BKA die Falken Neukölln: »Ihr Haus steht auf der NSU-Feindliste.« Ein Beispiel und früher Beweis, wie lange demokratische Kinder- und Jugendverbandsarbeit für organisierte Neonazis zum Feindbild gehört.

In den 2000er-Jahren radikalisierte sich die Neuköllner Neonazi-Szene weiter. Kader der extremen Rechten, zu denen damals auch die NPD gehörte, bauten ein lokales Netzwerk auf und marschierten demonstrativ durch den Bezirk. Bei Aufmärschen forderten sie ein »Nationales Jugendzentrum« – eine direkte Kampfansage gegen das Anton-Schmaus-Haus als demokratisches Kinder- und Jugendzentrum der Falken Neukölln.

Während Nazikader Demo für Demo durchführten, fühlten sich Jugendliche und Ehrenamtliche im Anton-Schmaus-Haus immer stärker bedroht. Zugleich blieben Konsequenzen für die rechten Wortführer weitgehend aus. Die symbolische Einschüchterung und Überwachung durch rechte Demonstrationen vor der Verbandseinrichtung, das Anbringen einschüchternder Symbole oder das gezielte Filmen und Beobachten von Veranstaltungen hinterlassen langfristig psychische Spuren. Die permanente optische Präsenz erzeugt den Eindruck von Dominanz durch die extreme Rechte und führt zur Entstehung sogenannter »Angsträume«. Kritikerinnen und Kritiker sprachen spätestens seitdem von einem strukturellen Wegsehen der Sicherheitsbehörden.

2011 eskalierte die Gewalt: In der Nacht zum 27. Juni wird das Anton-Schmaus-Haus zum ersten Mal angezündet, nur einen Tag, nachdem Kinder und eine israelische Jugendgruppe dort übernachtet hatten. Am 9. November desselben Jahres, ausgerechnet am Jahrestag der Reichspogromnacht, folgte der zweite Brandanschlag mit mehreren Brandherden; das Haus war anschließend monatelang unbenutzbar. Die Versicherung kündigte den Falken Neukölln

mit der Begründung, es sei ein »unversicherbares Objekt«. Diese Ankündigung führte zu einer existenziellen Krise für die Bewirtschaftung des Hauses und die Arbeit des Kinder- und Jugendverbandes.

Parallel tauchte unser Haus auf Feindlisten der extremen Rechten auf, rund um das Netzwerk »Nationaler Widerstand Berlin«. Im Oktober 2012 sprühten Unbekannte den Satz »Ihr interessiert uns brennend«, Hakenkreuze und SS-Runen an den Holzzaun. Eine zynische Botschaft, die verdeutlicht, wie gezielt hier ein demokratischer Kinder- und Jugendverband und seine Einrichtung terrorisiert werden soll.

Die Bedrohungslage hat Auswirkungen auf die Verbandsarbeit und wird in Form von physischer und psychischer Gewalt gegenüber Hauptamtlichen und Mitgliedern der Falken Neukölln sowie Teilnehmenden an Aktionen und Angeboten geschildert, welche der Verband ausrichtet. Akteure der extremen Rechten markieren »ihr« Gebiet, um das Engagement und die Sicherheit der demokratischen Strukturen, und damit auch die der Falken Neukölln, massiv zu untergraben. Die Angriffe werden als systematisch gegen die Sichtbarkeit, Strukturen und engagierten Mitglieder der Verbände wahrgenommen.

Trotz dieser Anschlagsserie ermittelten Polizei und Verfassungsschutz über Jahre hinweg ohne greifbare Ergebnisse. Akten gingen verloren und wurden im Zusammenhang mit der Enttarnung des NSU geschreddert, Hinweise auf bekannte Neonazis wurden nicht konsequent verfolgt, Zusammenhänge zwischen einzelnen Taten und der organisierten Szene in Neukölln wurden verharmlost. Betroffene und zivilgesellschaftliche Initiativen kritisierten, dass die Behörden rechte Täter eher schützen als die bedrohten Projekte: ein Kernvorwurf des »Neukölln-Komplexes«. Die Falken sprachen von einem Klima der Straflosigkeit, das weitere Taten geradezu ermutigt.

Die Gewalt beschränkte sich nicht auf das Haus. Immer wieder wurden Falken-Mitglieder auf der Straße angegriffen. 2014 etwa wurde ein Funktionär zusammengeschlagen, als er Nazi-Sticker entfernte. Autos von Mitgliedern der Falken Neukölln gingen in Flammen auf oder wurden manipuliert, darunter im Jahr 2017 das Auto von Mirjam Blumenthal, das direkt vor ihrem Wohnhaus in Britz angezündet wurde. Blumenthal erhält über Jahre hinweg Morddrohungen. Als eine aktive Funktionärin der Falken Neukölln, DGB-Kreisvorsitzende und Sozialdemokratin steht sie besonders im Fokus. Das Anton-Schmaus-Haus kursierte in rechten Chatgruppen und Feindlisten; trotzdem sahen die Behörden lange keinen Anlass, von einer koordinierten Terrorserie zu sprechen. Erst der wachsende öffentliche Druck und Recherchen von Journalist*innen und Initiativen zwangen Polizei und Innenverwaltung dazu, das eigene Versagen überhaupt zu thematisieren.

All das hat Folgen: das Anton-Schmaus-Haus musste nach den Brandanschlägen aufwendig gesichert werden. Kindergruppen, Aktionen und Fahrten werden heute mit Sicherheitskonzepten begleitet. Ehrenamtliche überlegen, ob sie ihren Verband überhaupt öffentlich vertreten können. Der Objektschutz wurde bei allen Betroffenen wieder abgeschafft. Insgesamt verschärft sich die Bedrohungslage für aktive Demokrat*innen. Akteur*innen der extremen Rechten fühlen sich zunehmend legitimiert, ihre radikalen Haltungen öffentlich zu vertreten. Symbolische Solidaritätsbekundungen ohne konkrete Maßnahmen, bürokratische Verzögerungen und mangelnde Entschlossenheit in der Politik führen zur weiteren Einschränkung der Handlungsfähigkeit und mindern das Vertrauen in vergangene politische Partner.

Trotzdem machen die Falken aus einem einfachen Grund weiter, den Blumenthal immer wieder formuliert: »Wenn rechter Terror dazu führt, dass demokratische Kinder- und Jugendverbände wie die Falken Neukölln, als unverzichtbarer Bestandteil der Zivilgesellschaft, untergehen, haben die extreme Rechte, ihre Brandstifter und ihre biedermännischen Helfenden ihr zynisches Ziel erreicht. Politik, Verwaltung und Sicherheitsbehörden müssen endlich erkennen: jede Normalisierung, jede Übernahme von Positionen der extremen Rechten, jeder vorauseilende Gehorsam gegenüber parlamentarischen Anfragen von rechten Parteien, jede geforderte ›politische Neutralität‹ und zu lasch verteidigte demokratische Haltung staatlich geförderter Organisationen sowie jede weitere Demonstration mangelnder Handlungsfähigkeit bedroht die Zivilgesellschaft existenziell. Ohne eine aktive, entschlossene und handlungsfähige Zivilgesellschaft gibt es keine wehrhafte Demokratie!«

https://falken-neukoelln.de

Einstellung von Ermittlungen

Presseerklärung 9/2018

Rechte Brandanschläge in Neukölln – Ermittlungsverfahren wurden eingestellt

Seit Mai 2016 wurden in Südneukölln 16 Brandanschläge auf Autos verübt, um demokratisch engagierte Neuköllner*innen einzuschüchtern. Nun hat die Staatsanwaltschaft zwei Betroffenen mitgeteilt, dass in ihren Fällen die Ermittlungen eingestellt wurden.

»Ich verstehe das nicht«, erklärt Claudia von Gélieu. »Nach den offiziellen Stellungnahmen des Innensenators handelt es sich um eine Serie rechter Straftaten. Deshalb hat er Sondereinheiten beim Landeskriminalamt und beim Polizeiabschnitt eingerichtet. Warum werden nun einzelne Verfahren eingestellt?«

Auch Heinz Ostermann wundert sich, dass das Ermittlungsverfahren wegen der in seiner Buchhandlung eingeworfenen Fensterscheibe im Dezember 2016 eingestellt wurde. Bei einer anderen durch einen Brandanschlag Geschädigten wurden die Ermittlungen wegen rechter Schmiererei am Haus eingestellt.

Einige der Betroffenen hat die Polizei gerade darüber informiert, dass der Objektschutz erhöht wird. Über die Gründe wurden die Betroffenen im Unklaren gelassen. »Hat sich die Gefahrenlage auf Grund uns unbekannter neuer Erkenntnisse verändert?«, fragt Mirjam Blumenthal.

Dieses widersprüchliche Agieren führt zu zusätzlicher Verunsicherung der Betroffenen und ihrer Familien. »Angst macht mir das Ganze«, erklärt Ferat Koçak. Gabi Gebhardt sagt: »Es macht mich wütend, wie mit der Angst der Geschädigten und der Strafverfolgung gegen Rechts umgegangen wird.«

Politiker*innen haben immer wieder versichert, alles für die Aufklärung dieser Straftaten zu tun. Die Betroffenen fordern, dass die politisch Zuständigen zu ihren Aussagen stehen und entsprechend handeln.

Die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln hat am 28. Februar 2018 beschlossen, dass die Berliner Polizei sich bei der Staatsanwaltschaft dafür einsetzt, die politisch motivierte Serie als rechten Terror einzustufen, um den Ermittelnden mehr Möglichkeiten zu geben.

»Wenn Politiker*innen zur Verteidigung der Demokratie gegen Rechts aufrufen, dann dürfen sie die, die es tun, nicht im Feuer stehen lassen,« verlangt Detlef Fendt.

Die Betroffenen bitten die Zivilgesellschaft, die vielen Initiativen und Einzelpersonen, die sich solidarisch gezeigt haben, sie auch jetzt in ihrer Forderung nach Fortsetzung aller Ermittlungen zu unterstützen.

Unterzeichner*innen: Mirjam Blumenthal – Claudia v. Gélieu – Ferat Koçak – Detlef Fendt – Gabi Gebhardt – Christian v. Gélieu – Heinz Ostermann und weitere Betroffene

Rechte Anschlagsserie als Terror einstufen

Brief an den Generalbundesanwalt und die Bundesjustizministerin vom 7.12.2018

Sehr geehrter Herr Generalbundesanwalt Dr. Frank,
sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Barley,

als Betroffene von Anschlägen aus der Neonazi-Szene wenden wir uns mit der Bitte an Sie, dass die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen im Zusammenhang mit der gegen uns und andere Neuköllner Bürgerinnen und Bürger gerichteten Anschlagsserie übernimmt.

Ermutigt zu diesem Schritt hat uns das Eingreifen der Bundesanwaltschaft in Chemnitz, mit dem versucht worden ist, mögliche Anschläge bereits in einem frühen Vorbereitungsstadium zu verhindern. Bei uns in Berlin-Neukölln hat die Nazi-Szene die Planungs- und Vorbereitungsphase längst verlassen und verübt seit Jahren mit erheblicher krimineller Energie Anschläge auf Einrichtungen und Menschen, die sich für ein tolerantes und demokratisches Miteinander engagieren. Mehrfach waren dabei Leib und Leben von Personen gefährdet.

Die erste Anschlagsserie fand in den Jahren 2011 und 2012 statt und richtete sich vor allem gegen Einrichtungen von zivilgesellschaftlich aktiven Organisationen. Bereits in dieser ersten Anschlagsserie waren, etwa bei zwei Brandanschlägen im Juni und November 2011 auf das von der »Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Neukölln« betriebene Anton-Schmaus-Haus in Berlin-Britz, Menschenleben unmittelbar in Gefahr.

Am 5. April 2012 wurde der 22-jährige Burak Bektaș im Neuköllner Ortsteil Britz ermordet. Zwei seiner Freunde wurden schwer verletzt. Der Mord geschah ganz in der Nähe der Wohn- und Aufenthaltsorte von Personen, die in Zusammenhang mit den auf uns verübten Anschlägen stehen. Etwaige Verbindungen zwischen dem Mord an Burak Bektaș und den anderen Anschlägen sind offenbar nie konkret überprüft worden. Das gilt auch für eine Verbindung zwischen dem Mord an Burak Bektaș und dem am 20. September 2015 erfolgten Mord an dem britischen Staatsbürger Luke Holland in Neukölln. Für die letztgenannte Tat wurde zwar ein Täter festgestellt und rechtskräftig verurteilt, einem sich aufdrängenden Zusammenhang zwischen den Morden an Luke Holland und Burak Bektaș und einer Verbindung des Täters zu der rechtsextremistischen Szene in Berlin-Neukölln wurde aber nicht weiter nachgegangen. Trotz deutlicher Indizien sah die Schwurgerichtskammer des Landgerichts Berlin keinen rechtsextremistischen Hintergrund bei der Ermordung von Luke Holland.

Im Juni 2016 begann dann eine neue Reihe von Anschlägen. Die Betroffenen waren jetzt vor allem Privatpersonen aus demselben zivilgesellschaftlichen Spektrum. Insgesamt gab es seitdem 14 Brandanschläge auf Privat-PKWs direkt vor oder in unmittelbarer Nähe der Wohnungen von Betroffenen. In einigen Fällen war es nur glücklichen Umstände zu verdanken, dass das Feuer nicht auf Gebäude übergriff und Menschen geschädigt wurden. Bei drei Betroffenen wurde das Auto bereits zwei Mal angezündet. Das heißt: alle Betroffenen müssen mit der Wiederholung derartiger Angriffe rechnen. Einige Betroffene erhielten zudem persönliche Bedrohungen – auch Morddrohungen waren darunter, es wurden rechte Schmierereien bei ihnen verübt und Scheiben eingeschlagen.

Beim Landeskriminalamt Berlin wurde im Frühjahr 2017 die EG RESIN – Ermittlungsgruppe Rechtsextremistische Straftaten in Neukölln – und im zuständigen Polizeiabschnitt 56 in Süd-Neukölln die OG REX (Operative Gruppe Rechtsextremismus) eingerichtet. Doch Ermittlungserfolge sind bisher ausgeblieben. Die Anschlagsserie konnte nicht gestoppt werden.

Für wie hoch die Polizei die Gefährdungssituation einstuft, zeigt sich unter anderem darin, dass sie regelmäßige Kontrollfahrten bei den von den Anschlägen Betroffenen durchführt. Erst kürzlich wurden einige informiert, dass die Streifenfahrten von dem bisherigen Zweiauf einen Ein-Stunden-Takt ausgeweitet wurden.

Dieser anhaltenden Bedrohungssituation sind nicht nur die direkt von den Anschlägen Geschädigten ausgesetzt. Sie betrifft auch ihre Familien, ihre Kinder, ihre Nachbarn und alle Menschen, die sich in Neukölln zivilgesellschaftlich oder parteipolitisch gegen Rechtsextremismus und für Demokratie einsetzen.

Die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln hat deshalb am 28.2.2018 in einer Entschließung (Drucksache Nr. 0518/XX) verlangt, »dass diese Anschlagsserie als terroristisch eingestuft wird«.

Inzwischen wurden mindestens zwei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Brandanschlägen von der Staatsanwaltschaft Berlin einstweilen eingestellt. Bei »einfachen« Sachbeschädigungen war dies schon vorher der Fall. Wir befürchten, dass sich die Täter aus der Nazi-Szene durch diese Verfahrenseinstellungen von Einzelverfahren ermutigt fühlen, ihre Anschlagsserie fortzusetzen. Wir sind außerdem in Sorge, dass die Verfahren nicht als Komplex behandelt werden. Wir fürchten vielmehr weitere Einstellungen nach Verstreichen einer bestimmten Zeit nach Ausübung der Taten und schließlich auch die Reduzierung des Ermittlungs- und Überwachungsaufwands der Polizei.

Fortgesetzte Terrorserien als solche zu erkennen und rechtzeitig zu handeln, bevor Todesopfer zu beklagen sind, ist eine der Lehren aus der Aufarbeitung der Taten des NSU.

Wir hoffen aufgrund der schwerwiegenden Dimension dieser rechtsextremistisch motivierten Anschläge gegen zahlreiche Personen auf die Übernahme der Verfahren aus der Neuköllner Anschlagsserie durch die Bundesanwaltschaft. Wir versprechen uns davon eine Bündelung der Verfahren und die Anwendung von Ermittlungstechniken, die nur von der obersten Strafverfolgungsbehörde möglich sind. Daraus könnten sich neue Erkenntnisse und neue Ermittlungsmöglichkeiten ergeben.

Auf jeden Fall würde das Eingreifen der Bundesanwaltschaft und die Einstufung der Anschlagsserie als rechter Terror sowohl den Tätern als auch der Zivilgesellschaft zeigen, dass

der Staat Angriffen auf demokratisches Engagement höchste Priorität einräumt, sie mit aller Härte und allen seinen Möglichkeiten verfolgt und die Betroffenen nicht »im Feuer« stehen und mit ihren Ängsten alleine lässt.

Gerne stellen wir Ihnen auf Anfrage Geschäftszeichen der Verfahren und weitere Informationen zur Verfügung. Auch andere Rückfragen beantworten wir gerne.

Mit freundlichen Grüßen

Mirjam Blumenthal – Detlef Fendt – Gabriele Gebhardt – Claudia v. Gélieu – Christian v. Gélieu – Ferat Koçak – Heinz Jürgen Ostermann – Peter Scharmberg – Jürgen Schulte – Lasse Jahn/SJD, Die Falken Neukölln

Unterstützer*innen : Martin Hikel, Bezirksbürgermeister von Neukölln – Fritz Felgentreu, Bundestagsabgeordneter aus Neukölln – Eva Högl, Bundestagsabgeordnete – Martina Renner, Bundestagsabgeordnete – Petra Pau, Bundestagsabgeordnete – Nicola Böcker-Giannina, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln – Derya Çağlar, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln – Anne Helm, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln – Susanna Kahlefeld, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses – Georg Kössler, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln – Anja Kofbinger, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln – Joschka Langenbrink, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses – Niklas Schrader, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses aus Neukölln

Petition »Rechter Terror in Berlin – Untersuchungsausschuss jetzt!«, 2019

Seit Jahren überzieht eine Welle rechten Terrors den Berliner Bezirk Neukölln. Obwohl der potenzielle Täterkreis bekannt ist, werden Ermittlungen regelmäßig eingestellt. Betroffene werden trotz entsprechender Kenntnisse der Sicherheitsbehörden nicht über ihre Gefährdung informiert. Den nach Berlin weisenden Spuren des NSU-Komplexes sowie der Verwicklung Berliner Beamter darin wurde nicht nachgegangen. Der Mord an Burak Bektaș im April 2012 wurde bis heute nicht aufgeklärt.

Wir fordern deshalb mit den Betroffenen der rechten Anschläge in Neukölln die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Umgang der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden mit dem rechten Terror durch das Abgeordnetenhaus von Berlin.

In Berlin-Neukölln erfolgen seit Jahren rechte Terrorangriffe vor allem gegen politisch, gewerkschaftlich und zivilgesellschaftlich Engagierte. Die Angriffe reichen über Morddrohungen per Telefon und an privaten Wohnadressen bis hin zu Anschlägen auf Projekte, private PKWs und Mord.

Bei zwei Brandanschlägen im Jahr 2011 auf das Anton-Schmaus-Haus der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Neukölln waren nur durch glückliche Umstände keine Todesopfer zu beklagen. Hinweisen auf das Umfeld des NSU sind die Ermittler bis heute nicht nachgegangen.

Im April 2012 wurde der 22-jährige Burak Bektaș im Ortsteil Britz ermordet. Obwohl es klare Hinweise auf einen rechten Tathintergrund gab, ging die Polizei lange von einem »milieubedingten« Mord aus und vernachlässigte andere Spuren. Einen Zusammenhang mit dem 2015 von einem Rechtsextremisten begangenen Mord an dem britischen Staatbürger Luke Holland will die Polizei trotz deutlicher Indizien nicht feststellen.

Im Juni 2016 begann eine neue Terrorserie. Betroffen sind jetzt vor allem Privatpersonen aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum, die sich gegen Nazis engagieren. Insgesamt gab es seitdem 14 Brandanschläge auf Privat-PKWs direkt vor oder in unmittelbarer Nähe der Wohnungen von Betroffenen sowie einen Brandanschlag auf eine alternative Neuköllner Kiezkneipe und einen Wagenplatz. Auch hier war es in einigen Fällen nur dem Zufall zu verdanken, dass das Feuer nicht auf Gebäude übergriff und Menschen geschädigt wurden. Im März 2019 fanden vier Engagierte an ihren Wohnhäusern und in ihren Hausfluren gegen sie gerichtete Morddrohungen. Woher kennen die Täter die Privatadressen – selbst nach Umzug und Sperre im Melderegister?

Gegen die Berliner Sicherheitsbehörden richten sich im Zusammenhang mit den Verbrechen des NSU, dessen Spuren auch in die als besonderes gewaltbereite Neuköllner Neonazi-Szene führen, erhebliche Vorwürfe, denen in Berlin nicht nachgegangen wurde.

Auch bei der neuen, seit 2016 laufenden Angriffswelle gibt es erhebliche Versäumnisse der Behörden. Personen, die nach Kenntnis des Verfassungsschutzes von Nazis beschattet werden, werden über die ihnen drohende Gefahr nicht informiert. Hinweisen wird nicht nachgegangen, Spuren werden nicht gesichert. In Absprache mit Betroffenen eingeführte Polizeistreifen wurden ohne Ankündigung reduziert und erst nach Protest wieder aufgenommen.

Die Berliner Staatsanwaltschaft stellt die Ermittlungsverfahren wegen der Anschläge entgegen anderer Zusagen nach wie vor ein.

Wie die Betroffenen der Anschläge haben wir den Eindruck, dass es sich hier nicht nur um bloße Pannen oder Unvermögen handelt, sondern dass möglicherweise Personen in den Sicherheitsbehörden die Ermittlungen hintertreiben. Angesichts einer Gruppe »NSU 2.0« in der hessischen Polizei und eines Berliner Staatsschutzbeamten, der seine Korrespondenz mit einem abgekürzten Hitlergruß unterschrieben hatte, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es entsprechende rechte Netzwerke auch in den Berliner Sicherheitsbehörden gab oder gibt.

Wir sind deshalb der Meinung, dass nur ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses mit seinen besonderen Rechten zur Akteneinsicht und zur Zeugenvernehmung hier vollständige Aufklärung schaffen kann, damit der rechte Terror in Berlin-Neukölln und in den übrigen Berliner Bezirken ein Ende findet!

---

25 679 Unterschriften unter diese Petition wurden am 4. November 2019 den Fraktionen der Grünen, Linken und SPD im Abgeordnetenhaus übergeben. Die Fraktionsvorsitzenden von CDU und die FDP erschienen nicht zum Übergabetermin.

»Erstmals Betroffenenperspektive im Parlament«

Claudia v. Gélieu im PUA am 2.9.2022

Ich möchte die Möglichkeit des Eingangsstatements nutzen, weil es das erste Mal ist, dass ein offizielles Gremium dieses Parlaments sich für die Perspektive einer Betroffenen interessiert. Der »Neukölln-Komplex« stand unzählige Male auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses, des Innen- und anderer Ausschüsse, aber wir Betroffene wurden bisher nicht eingeladen. Nur einzelne Abgeordnete haben von sich aus das Gespräch mit uns gesucht und unsere Fragen in Anfragen an den Senat aufgenommen.

Nur die drei Regierungsfraktionen [SPD, Grüne, Linke] haben die 25.000 Unterschriften für einen Untersuchungsausschuss entgegengenommen. Die anderen demokratischen Fraktionen der FDP und der CDU haben sich dem verweigert.

[Zur AfD:] Für mich als Betroffene – wie auch für andere – ist es unerträglich, dass wir als Zeugen hier im Ausschuss von der Fraktion einer Partei befragt werden und diese Einsicht in Unterlagen erhält, die uns betreffen, der einer der Hauptverdächtigen lange angehörte und die auch sonst in den »Neukölln-Komplex« verstrickt ist. Stattdessen wird die Beteiligung eines der Opfer am PUA problematisiert. Das Agieren der AfD ist Untersuchungsgegenstand, nicht das von Ferat Koçak.

Mein Eingangsstatement umfasst drei Punkte – als erstes möchte ich Ihnen einige Bilder zeigen, dann werde ich etwas zur Bedrohungssituation und schließlich zu meinen Erfahrungen mit den Sicherheitsbehörden sagen.

1. Bilder, die leider nicht öffentlich zu sehen sind [Sie lagen nur den Abgeordneten ausgedruckt vor]:

- Plakat des Theaterstücks »Rudower Spinne: Achtung!«, Juli 2008: Aufgeführt wurden Szenen zum Nazi-Hotspot in Rudow seit den 1980er Jahren. Claudia von Gélieu war als wissenschaftliche Begleiterin und Mitspielerin angegeben. Bei einer der Aufführungen waren Sebastian Thom und andere Nazis im Publikum.
- Flyer des antifaschistischen Kaktus-Bündnis Neukölln, März 2010: Aufgeführt sind Angriffe auf die Galerie Olga Benario 2009 und 2010. Schon die Eröffnung der antifaschistischen Galerie 1984 fand unter massivem Polizeiaufgebot statt. Sie stand auf Feindeslisten, es gab immer wieder Angriffe, Bedrohung von Veranstaltungen und Treffen. Ich bin dort seit 1991 aktiv, mein Name wird als Kontakt, verantwortlich und als Referentin genannt.

- Auswahl von Schmierereien auf den Rollläden der Galerie Olga Benario: 6.12.2010 »Rotfront verrecke«, 5.6.2011 »10 für 1«, undokumentiert: »Tod der Antifa«
- Flyer des antifaschistischen Kaktus-Bündnis Neukölln, März 2010: Ankündigung eines »Antifaschistischen Stadtrundgang durch Neukölln« am 20.3.2010 – In einem Zeitungsbericht darüber ist ein Foto von Claudia von Gélieu zu sehen und ein Interview mit ihr. In der Überschrift wird sie zitiert: »Erfolgreicher Widerstand setzt gemeinsames Vorgehen voraus«.

Schon damals dürfte ich im Fokus der Nazis gestanden haben. Seit wann wussten die Sicherheitsbehörden, insbesondere der Verfassungsschutz von der Gefährdung meiner Person und meines Mannes? Ist die Nichtwarnung von Ferat Koçak ein Einzelfall? Seit wann wurden die Hauptverdächtigen von den Sicherheitsbehörden überwacht und beobachtet (TKÜ – Telekommunikations-Überwachung, Observationen)? Womit wurden die Überwachungsmaßnahmen begründet? Ging es dabei um die Gefährdung von Personen? Um welche Personen? Was wurde zu deren Schutz unternommen?

2. Bedrohung:

Betroffene und Projekte leben oft seit Jahrzehnten damit.

Und die Bedrohungen gehen weiter – entgegen anderslautender Erklärungen von Senat und Sicherheitsbehörden. Zum Beispiel auf die evangelische Kirchengemeinde in Rudow, die seit Jahrzehnten Nazi-Angriffen ausgesetzt ist. Der erste bekannte Auto-Brandanschlag der Serie ab 2016 betraf eine in der Kirchengemeinde Engagierte.

Werden Angriffe einfach nicht dem »Neukölln-Komplex« zugerechnet? Was ist mit der Brandstiftung im April 2021 an einem Haus in Alt-Rudow, in dem Geflüchtete lebten? Die Hauptverdächtigen des »Neukölln-Komplexes« sollen Geflüchtetenunterkünfte ausgespäht haben.

Jeder rechte Anschlag, egal wo in der BRD, schürt bei den Betroffenen die Ängste neu.

Bei den Angriffen der Nazis in Neukölln haben sich in den Jahrzehnten mehrmals die Schwerpunkte und die Art der Angriffe geändert, auch längere Pausen gab es immer wieder – die neue Qualität der letzten Jahre ist der direkte persönliche Angriff.

Deshalb bleibt die permanente Frage: Was passiert als Nächstes? Wen werden die Nazis wie angreifen?

Auch von den Hauptverdächtigen und in Neukölln hat es bereits Brandanschläge auf Wohnungen und Projekte, Gewaltangriffe auf Personen und zwei Nazimorde – Burak Bektaş und Luke Holland – gegeben.

3. Erfahrungen mit Sicherheitsbehörden:

Bei den Anschlägen auf die Galerie Olga Benario wollte der zuständige Polizeiabschnitt in der Sonnenallee lange keine Anzeigen aufnehmen. Darunter waren nicht nur eindeutige Nazi-Schmierereien, sondern auch Mordaufrufe und -drohungen. Ein großes Hakenkreuz auf dem Schaufenster wurde ohne Information der Betroffenen entfernt.

Bei dem Brandanschlag auf unser Auto wurde in der Pressemeldung der Polizei ohne Rücksprache und damit auch in der Presse mein vollständiger Name genannt und es wurde behauptet, »Menschenleben seien nicht in Gefahr gewesen«. Tatsache ist, dass nur wegen der kalten Winternacht unser Schlafzimmerfenster direkt über dem Brand geschlossen war und wir keine Rauchvergiftung bekamen und durch glückliche Umstände der Brand nicht auf die Fassade übergriff, deren Dämmung sofort lichterloh gebrannt und auch die Nachbarreihenhäuser angesteckt hätte.

Diese Bagatellisierung der Anschläge als Sachbeschädigungen hält bis heute an. Erstmals wurde jetzt bei der Zulassung von Ferat Koçak als Nebenkläger gerichtlich eingeräumt, dass es sich auch um ein Tötungsdelikt handeln könnte.

Es dauerte fast vier Wochen, bis der Staatsschutz beim LKA mich befragte. Mein Mann wurde gar nicht befragt.

Zeug*innen wurden nicht gesucht. Zeug*innen, die ich meldete, wurden erst zwei Monate später befragt.

Dass die Ermittlungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden, haben sowohl die Berichte der BAO Fokus als auch der Sonderermittler bestätigt.

Ein Sicherheitsgespräch wurde uns erst angeboten, nachdem mein Mann in einem Abendschau-Bericht auftrat. Über Schutzmaßnahmen gegen Nazi-Angriffe wurden wir nicht informiert.

Ich habe mit den Sicherheitsbehörden kommuniziert, aber sie nicht mit mir. Ich habe an zahlreichen Treffen Betroffener mit Zuständigen von Polizei und Staatsanwaltschaft, Staatssekretär*innen und Justiz, Innensenator Geisel und Verfassungschef Fischer, Generalstaatsanwältin Koppers usw. teilgenommen.

Dabei wurden wir immer wieder belogen. Die rechte Terrorserie hatte nie Priorität. Sie wurde nicht als Komplex behandelt. Es wurde uns versprochen, dass gegen Hauptverdächtige vorgegangen werde, egal wegen was. Aber wenn sie beim Sprühen von NS-Symbolik beobachtet wurden, geschah gar nichts.

Auf unsere Hinweise und Fragen wurde nie geantwortet; ob ihnen nachgegangen wurde, wüssten wir gerne.

Wenn wir Betroffene, die Zivilgesellschaft und die Presse nicht unermüdlich Untersuchungen und Konsequenzen gefordert und Skandale aufgedeckt hätten, hätte es keine Übernahme der Verfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft und keinen Prozess gegeben, keine BAO Fokus, keine Sonderermittler und keinen PUA.

Meine negativen Erfahrungen mit den Sicherheitsbehörden und deren zahlreichen rechtsextremen Verwicklungen machen mir mindestens genauso viel Angst wie die Bedrohung durch die Nazis. Kann ich der Polizei trauen, wenn ich angegriffen werde? Kommt dann ein Polizist wie Stefan Kollmann, der selbst eine rechte Straftat begangen hat? Oder die Polizisten vom Rudower Polizeiabschnitt Zwickauer Damm, die sich ein Radio mit Hakenkreuz gekauft und in der Dienststelle aufgestellt haben?

Vom »Opfer« zum Täter

Christian v. Gélieu: »Wie das LKA mich als Rechtsextremisten outete«

Nach dem rechten Brandanschlag auf unser Auto im Februar 2017 gab es erst einmal viel Zuspruch auch von staatlicher Seite. Susanne Kitschun, damals für die SPD im Abgeordnetenhaus, organisierte Gespräche zwischen Betroffenen des rechten Terrors in Neukölln und Vertreter*innen der sog. Sicherheitsbehörden, bei denen uns der unbedingte Aufklärungswille von LKA, Innensenat und Staatsanwaltschaft versichert wurde. In Wirklichkeit geschah so gut wie nichts.

Umso überraschter war ich, als ich im Sommer 2017 plötzlich ein Schreiben der Staatsanwaltschaft Berlin erhielt. Ich dachte, es ging um den Brandanschlag, aber tatsächlich teilte die Staatsanwaltschaft mir mit, dass gegen mich wegen einer – tatsächlich sehr üblen – sexistischen Beleidigung gegen Carola Veit, damals Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft ermittelt werde.

Hintergrund war, dass Carola Veit den fraktionslosen, aber der AfD angehörigen Abgeordneten Ludwig Flocken wegen rassistischer Äußerungen von einer Sitzung des Landesparlaments ausgeschlossen hatte. Eine Person, die unter dem Namen »Christian Gelieu« auf Facebook postete und ihr Profil mit Nazibildern gespickt hatte, hetzte daraufhin gegen Carola Veit, was angesichts der Art der Beleidigung völlig zu Recht zu einer Anzeige der Bürgerschaftspräsidentin gegen diese Person führte.

Nun zeigten die beteiligten Landeskriminalämter und deren Staatsschutzabteilungen auf, wie aktiv sie wirklich gegen rechts arbeiteten. Die Hamburger fragten erstmal die Melderegister ab und stellten fest, dass es ja einen Christian von Gélieu in Berlin gebe. Daraufhin wurde der Vorgang an das Berliner LKA geschickt, immerhin mit dem Hinweis, dass man ja bei Facebook nachfragen könne, wer eigentlich hinter dem Account stecke. Das Berliner LKA stellte dann fest, dass der Name »Christian Gelieu« im Bereich »PMK Rechts« (politisch motivierte Kriminalität – rechts) bereits aufgefallen sei und es sich deshalb nur um mich handeln könne. Plopp, dann geht die Sache gleich ohne zusätzliche Ermittlungen weiter an die Staatsanwaltschaft (natürlich an die Abteilung von Oberstaatsanwalt Fenner), und die fordert mich dann zu einer Stellungnahme auf.

Über meinen eigenen Facebook-Account konnte ich mir die Seite von »Christian Gelieu« ansehen. Nicht nur, dass da allgemein rechter Dreck gepostet wurde, sondern die Person verwendete auch ein Bild des Bundeswehr-Nazis Franco A. als Profilbild. Angemeldet war der Account als »christine.gelieu«. Meine Versuche, den Account erst einmal sperren zu las-

sen, scheiterten daran, dass die rassistischen und sexistischen Inhalte von Facebook nicht als Verstoß gegen Gemeinschaftsrichtlinien angesehen wurden. Das kommt einem irgendwie bekannt vor. Das alles hatte ich in weniger als 30 Minuten herausgefunden, aber das LKA war damit offenbar überfordert.

Also: Bildschirmfotos, Hinweis auf eindeutiges Fake-Profil und dann zum Anwalt. Auf eigene Kosten natürlich, aber immerhin hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen mich dann eingestellt. Eine Entschuldigung kam nur lapidar anlässlich eines weiteren Gesprächs mit dem Staatsschutz und dem damaligen Innen-Staatssekretär Akmann, nach dem Motto »peinlich, soll nicht wieder passieren«.

Es gab dann noch einen Fragebogen betreffend die Person, die das Profil eingerichtet hatte. Immerhin war dann wohl doch noch weiter ermittelt worden. Am Ende stand sogar ein Prozess vor dem Amtsgericht Tiergarten. Obwohl ich durch das Verhalten der Person, die unter meinem Namen auftrat, geschädigt war, wurde ich nicht über das Verfahren informiert. Die Information erfolgte damals nur über Jo Goll vom rbb, mit dem ich ein Hintergrundgespräch zu der Sache führen konnte. Warum die Person gerade meinen Namen als »Pseudonym« ausgewählt hatte, werde ich wohl nie erfahren. Auch nicht, wie der Prozess ausgegangen ist.

Im PUA war diese Opfer-Täter-Umkehr kein Thema, obwohl ich das bei meiner Zeugenbefragung vorgetragen habe. Es wurde nicht nach Verantwortlichen gesucht und niemand aus den Behörden dazu befragt.

»Öffentlichkeit herstellen«

Offener Brief vom 14.9.2022

Die Öffentlichkeit im Untersuchungsausschuss muss hergestellt werden!

Jahrelang hat das Berliner Abgeordnetenhaus die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum »Neukölln-Komplex« verhindert. Seit kurzem kommt nun endlich die parlamentarische Aufklärung voran. Dass es überhaupt zu diesem Untersuchungsausschuss zu rechtem Terror in Neukölln gekommen ist, ist der unermüdlichen, jahrelangen Arbeit der Betroffenen und ihrer Initiativen zu verdanken.

Jetzt steht die solidarische Öffentlichkeit im laufenden Ausschuss leider wieder vor der Tür. Aufgrund der Verordnungen im Abgeordnetenhaus müssen Medienvertreter*innen und Zuschauer*innen in einem anderen Saal als der Ausschuss sitzen und dürfen die Sitzungen nur durch einen Livestream auf drei Leinwänden verfolgen.

Die Öffentlichkeit im Untersuchungsausschuss ist damit nicht in unserem Sinne hergestellt.

1. Die Betroffenen dürfen vor dem Ausschuss nicht alleine gelassen werden!

Nachdem Polizei und Strafverfolgungsbehörden die Betroffenen des rechten Terrors in Neukölln jahrelang allein gelassen hatten, sind diese jetzt gezwungen, sich alleine den Fragen des Ausschusses zu stellen. Das finden wir inakzeptabel. Betroffene Zeug*innen dürfen sich zwar von einem Rechtsbeistand begleiten lassen, aber das halten wir nicht für ausreichend. Schon in der ersten Sitzung mit Zeug*innenaussagen hat sich gezeigt, dass einige Ausschussmitglieder den Betroffenen gegenüber nicht freundlich gesinnt sind und dies auch durch polemische Kommentare und irreführende Fragen deutlich machen.

2. Die Öffentlichkeit ist nicht hergestellt, wenn der Ausschuss sie nicht wahrnimmt

Durch die jetzige Regelung können die Zuschauenden und die Medien zwar den Ausschuss verfolgen, aber der Ausschuss hält die Öffentlichkeit fern. Wir erwarten, dass der Ausschuss sich auch mit der kritischen Öffentlichkeit vor Ort auseinandersetzt. Die Betroffenen und die Initiativen haben lange für den Ausschuss gekämpft, um einen öffentlichen Ort der Verhandlung zu haben. Die Öffentlichkeit hat unseres Erachtens das Recht, von dem Ausschuss wahrgenommen zu werden, auch in ihren Reaktionen auf die Arbeit des Ausschusses.

Wir, die unterzeichnenden Betroffenen und Initiativen, fordern den Ausschuss und seine Mitglieder daher auf, die räumlichen Bedingungen herzustellen, die auch in anderen Bundesländern in ähnlichen Ausschüssen eingehalten werden können, damit die Öffentlichkeit pandemiekonform in einem Raum mit dem Ausschuss sitzen kann.

Größere Räume sind vorhanden, im Zweifel der Plenarsaal, welche auch in anderen Bundesländern für Ausschusssitzungen freigehalten werden.

Detlef Fendt – Claudia v. Gélieu – Christian v. Gélieu – Ferat Koçak – Heinz Jürgen Ostermann – Christiane Schott – Jürgen Schulte – *aze (andere zustände ermöglichen) – BASTA – Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V. (Berliner VVN-BdA e. V.) – Bündnis Neukölln. Miteinander für Demokratie, Respekt und Vielfalt – Galerie Olga Benario – Hufeisern gegen rechts – Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş – Initiative Kein Generalverdacht – Neukölln Watch – ReachOut. Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus – Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. (VBRG) – Verein für Demokratische Kultur in Berlin. Initiative für urbane Demokratieentwicklung (VDK) e. V. – NSU-Watch

»Drei Anschläge getrennt behandelt«

Heinz Jürgen Ostermann im PUA am 22.9.2022

Bis ins Frühjahr 2007 war ich zunächst Controller in der damaligen Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, nach der Aufsplittung dieser Verwaltung Controller in der Senatskanzlei für den Kulturbereich.

Mit dem Goldenen Handschlag habe ich im Septembevr 2007 meine Buchhandlung »Leporello« in Rudow eröffnet. Damals wohnte ich noch in Mahlow, wo ich mich in der Initiative »Tolerantes Mahlow gegen Rechts« engagierte. Die rechte Problematik in Rudow war mir anfangs nicht so bewusst. Im Laufe der Zeit wurde mir immer deutlicher, dass hier derartige Probleme herrschten. Damals gab es in Rudow das »Aktionsbündnis gegen Rechts«, zu dem meinerseits rudimentäre Kontakte existierten.

In meiner Buchhandlung, die 2017 mit dem Deutschen Buchhandlungspreis ausgezeichnet wurde, gibt es regelmäßig Lesungen. In dem Wissen, dass es in Rudow rechte Umtriebe gibt, habe ich in Einzelfällen die zuständige Polizeiwache gebeten, ein Auge auf die Leporello-Veranstaltung zu haben. So z. B. bei Veranstaltungen mit einem kleineren jüdischen Verlag oder bei einer Jugendbuchlesung zum Thema nationale Umtriebe in einer Dorfgemeinschaft in Mecklenburg. Offensichtliche Probleme gab es allerdings hier nie.

Ich habe viele Freunde, die ausländische Wurzeln haben. Fremdenhass kann ich nicht ab. Das war damals schon ein wichtiger Grund mich in Mahlow zu engagieren und auch wieder stärker tätig zu werden, als die AfD mit dem Schüren von Hass gegen Fremde auf Stimmenfang ging. Und damit auch Erfolg hatte. Insofern finde ich es auch für mich besonders problematisch hier angesichts eines AfD-Vertreters im Raum als Zeuge auszusagen. Als die AfD 2016 bei den Wahlen ins Abgeordnetenhaus einzog, war meine persönliche Grenze überschritten. Zusammen mit anderen Neuköllner Buchläden gründete ich die Initiative »Neuköllner Buchläden gegen Rechtspopulismus und Rassismus«. In kurzer Zeit entwickelten wir eine kleine Veranstaltungsreihe, innerhalb derer wir uns mit der AfD auseinandersetzten.

Anfang Dezember 2016 fand die vierte Veranstaltung bei mir im Laden statt. Circa 50 Leute kamen zu dieser gutbürgerlichen Veranstaltung mit dem Titel »Was tun gegen die AfD?« Vor der Tür trieb sich damals ein AfD-Mitglied rum, der als Jens Irrgang erkannt wurde. In der Buchhandlung »Die gute Seite« wurde Hendrik Pauli der Einlass verweigert. Mir war damals klar, dass diese Veranstaltung Gegenreaktionen hervorrufen könnte. Ein paar Tage später war es dann soweit. Als ich morgens zum Laden ging, fand ich eine der Fensterscheiben großflächig gesplittert. Davor lagen Pflastersteine.

Ich habe dann die 110 gerufen. Es kamen zwei ganz normale Streifenpolizisten, die ungläubig schauten, als ich ihnen erklärte, welcher Zusammenhang hier besteht. Es war ein feuchter Tag. In der Nacht hatte es wohl geregnet. Eine Beweisaufnahme wurde mit dem Hinweis, dass da angesichts der Witterung wohl nichts zu holen sei, nicht weiter durchgeführt. Letztlich wurde der Vorgang zu den Akten genommen. Die nächsten Tage habe ich nichts weiter gehört. Schließlich habe ich dem Vorgang hinterhertelefoniert und in Erfahrung gebracht, dass dieser zwischenzeitlich beim LKA angekommen sei. Kontakt wurde diesbezüglich nicht mit mir aufgenommen.

Vielleicht liegt es auch daran, dass die Nazis zu schnell waren. Denn was dann kam, folgte sehr schnell und lag außerhalb des Vorstellbaren. Einen guten Monat nach dem ersten Anschlag brannte mein Pkw nur wenige Meter von der Eingangstüre des Mietshauses, in dem ich wohnte, komplett aus. Mitten in der Nacht gegen 2:30 Uhr klingelte mich die Polizei aus dem Bett. Das war ein Schock, der auch in meinem persönlichen Umfeld für eine tiefe Verstörung mit teilweise traumatischen Wirkungen sorgte.

Erst relativ spät wurde mir klar, dass die Nazis mich ausgespäht und bis nach Hause in Britz verfolgt hatten. Angesichts der Versäumnisse im Fall von Ferat Koçak, der ja bekanntlich nicht vor den Nazis gewarnt wurde, frage ich mich, ob in meinem Fall vielleicht ähnliche Versäumnisse vorliegen. Zumal die Hauptverdächtigen ja irgendwann – die Frage ist ab wann – einer verstärkten Observation unterlagen. Zumindest bei dem zweiten Brandanschlag Anfang 2018 war die Observation ja doch relativ umfassend, wie der Fall Koçak deutlich macht.

Ich bin Mitte 2018 nach Rudow gezogen – in unmittelbare Nähe zu meiner Buchhandlung in der Krokusstraße. Ende August brannte relativ mittig zwischen der Buchhandlung und meiner neuen Wohnung wieder ein Pkw komplett aus. Für mich war es ein an mich adressiertes Signal, zumal Sebastian Thom sehr schnell in der Nähe des Tatortes dingfest gemacht wurde. Scheinbar konnte Thom die Ermittler davon überzeugen, dass er mit diesem Brandanschlag nichts zu tun hatte. So wurden bspw. keine Schmauchspuren bei ihm gefunden. Aber Schmiere stehen hinterlässt keine Schmauchspuren!

Die Vorkommnisse, das Versagen, die Verfehlungen etc. im Rahmen der Neuköllner Anschlagsserie haben mein Vertrauen in den Rechtsstaat erschüttert. Alle bekannten Skandale wurden durch Aktivitäten der Zivilgesellschaft aufgedeckt. Ich kann mich an keinen Vorgang erinnern, bei dem die Sicherheitsbehörden Fehler von sich aus öffentlich gemacht haben. Dabei kann ich über den Umgang mit mir und meinen Anschlagsgeschichten nicht unbedingt meckern. Die Begegnungen mit den LKA-Leuten waren ok.

Bei mir wurden Gefährdetenansprachen durchgeführt, mir wurde mitgeteilt, dass bei Thom Hinweise gefunden wurden, dass er mich auf dem Schirm hat, und ich bekam in Bezug auf meine Buchhandlung eine Sicherheitsberatung.

Nach dem zweiten Anschlag wurde mein Auto zur Spurensicherung polizeilich gesichert. Seit Jahren wird sowohl meine Buchhandlung wie auch mein Wohnsitz regelmäßig von der Polizei bestreift und die OG REX hält regelmäßigen Kontakt zu mir. Es gab auch gemeinsame Gespräche von uns Betroffenen mit höheren Leitungskräften des LKA und der Senatsinnenverwaltung. Diese sollten wohl vertrauensbildend sein, kamen aber rüber wie Versuche uns ruhigzustellen.

Was mich in Bezug auf meine Geschichte extrem irritiert und ärgert (und auch gleichzeitig andere Betroffene betrifft), ist, dass meine drei Anschläge nicht in einen Zusammenhang gestellt wurden. Nach Ende der normalen »Bearbeitungszeit« wurde die »Fenstergeschichte« eingestellt, wie dann auch der erste Anschlag auf meinen Pkw. Warum wurden die drei Anschläge nicht als ein Komplex betrachtet?

Immer wieder wurde uns »beruhigend« mitgeteilt, dass alle Fälle zusammen betrachtet werden. Aber so war es nicht. Das löst auch Fragen danach aus, mit welcher Ernsthaftigkeit die Anschlagsserie bearbeitet wurde. Dass zu wenig Personal eingesetzt wurde, ist mittlerweile keine Neuigkeit mehr. Wenn man weiß, dass zwei Staatsanwälte wegen des Verdachts der Befangenheit vom »Neukölln-Komplex« abgezogen werden mussten, dann betrachtet man die Einstellung der Ermittlung zu den einzelnen Tatbeständen auch mit anderen Augen.

In zwei Wochen feiere ich das 15-jährige Firmenjubiläum meiner Buchhandlung. Natürlich unter Polizeischutz. Man weiß ja nicht, was kommt!

»Die AfD gehört nicht in diesen Untersuchungsausschuss.«

Jürgen Schulte im PUA am 30.9.2022

Ich bin Mitglied der Anwohnerinitiative »Hufeisern gegen Rechts«, die sich seit nunmehr elf Jahren in Britz, und hier vor allem in der Hufeisensiedlung und dem Umfeld, gegen Rassismus, Nationalismus und rechte Gewalt sowie für ein soziales und tolerantes Miteinander engagiert.

Daher finde ich die Anwesenheit eines AfD-Funktionärs in diesem Ausschuss mehr als befremdlich. Soll der Ausschuss doch das Handeln von Polizei und Staatsanwaltschaft auf ihre Rechtsstaatlichkeit untersuchen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass das Auftreten der AfD den Grundsätzen von Demokratie und Menschenwürde nicht nur widerspricht, sondern diese mit Füßen tritt.

Ich will am Beispiel der AfD-Kandidaten, die im letzten Jahr zur Neuköllner BVV-Wahl angetreten sind, deutlichen machen, warum ich die Anwesenheit eines AfD-Vertreters als Zumutung empfinde:

Auf Listenplatz 1 fand sich Julian Potthast, bekannt als Referent des Bundestagsabgeordneten Götz Frömming, der für Schulen und andere Bildungseinrichtungen eine Zensur der Bildungspläne im Sinne einer völkischen Ausrichtung fordert, so z. B. in der Bundestagsrede vom 31.1.2019 »Umerziehung unter dem Vorwand der Kulturförderung?«. Außerdem engagiert er sich in der Nachwuchsorganisation der AfD, der »Jungen Alternative«, die vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall für extremistische Bestrebungen beobachtet wird. Nicht zu Unrecht, wie das folgende Zitat von Markus Frohnmaier zeigt: »Ich sage diesen linken Gesinnungsterroristen, diesem Parteienfilz ganz klar: Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet, dann wird wieder Politik für das Volk und nur für das Volk gemacht – denn wir sind das Volk, liebe Freunde.«

Auf Platz 2 stand Jörg Kapitän, der sich bereits in der vorhergehenden Legislaturperiode mit rassistischen Ausfällen gegenüber Neuköllner*innen mit Migrationsgeschichte, vor allem gegenüber Geflüchteten, hervorgetan hatte. Als Mitglied des »Vereins Deutscher Sprache« (VDS) sieht er in der Zuwanderung eine Verschwörung gegen das deutsche Volk. Der VDS hält die »aktuelle Völkerwanderung« für ein »regierungsamtliches Großexperiment«, das die Zerstörung eines deutschen Wesens und seiner Kultur anstrebt. Ein Mittel sei dabei die Sprache, deren Veränderung einer »feindlichen Übernahme« gleichkomme. Der öffentliche Rundfunk habe sich immer mehr zum »Erfüllungsgehilfen des angelsächsischen Kulturimperialismus« entwickelt.

An dieser Stelle hat mich der Ausschussvorsitzende unterbrochen, um mich darauf hinzuweisen, dass der Ausschuss rechtskonform zusammengesetzt sei und meine Ausführungen nicht zur Sache gehören würden. Ich habe dann sinngemäß geantwortet, dass ich die Rechtmäßigkeit auch gar nicht anzweifeln wolle, es aber als mein demokratisches Recht ansehe, meine Auffassung zur Anwesenheit eines Vertreters einer rassistischen Partei deutlich auszusprechen. Ich habe dann auf die Charakterisierung der weiteren Kandidaten der AfD-Liste verzichtet und lediglich noch auf den weiter unten auf der Liste stehenden Christian Blank hingewiesen, der (und jetzt wieder im Originalwortlaut) enge Kontakte zu der Neonazigruppe »Nationaler Widerstand« sowie zu dem rechten Fußballfanclub »Wannseefront« unterhält. Beide Gruppierungen fielen in der Vergangenheit durch massive Gewaltaktionen gegen Menschen mit anderen kulturellen Wurzeln sowie Andersdenkende auf.

Ein weiterer Beleg für den Umstand, dass sich mir bei der Befragung durch einen AfD-Funktionär die Nackenhaare sträuben müssen, liegt drei Jahre zurück: Anlässlich der Europawahlen hatten wir in der Hufeisensiedlung 120 Plakate aufgehängt, auf denen wir gemeinsam mit den Bezirksorganisationen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, dem DGB-Kreisvorstand, drei Schulen sowie dem Neuköllner Bezirksverband der Falken aufgerufen haben, gegen Nationalismus und Rassismus zu stimmen. Die Aufforderung enthielt keinen Parteinamen. Aber getroffene Hunde bellen. Auf der AfD-Facebook-Seite vom 10.4.2019 waren unter einem Foto des o. g. Europawahl-Plakats u. a. folgende Sätze zu lesen: »Nur noch Mafia.« – »Sie haben alle den Hauch einer Diktatur.« – »Alle Volksverräter auf einer Tafel.« – »Es wird Zeit, dass wir zu unserem positiven, natürlichen Rassismus stehen, denn er ist legitim. Ne Partei dafür haben wir ja.« – »Wer so eine Schande aufhängt, müsste ins Lager.«

Ich denke, es leuchtet der großen Mehrheit der Anwesenden ein, dass meine Wohlfühltemperatur angesichts der Anwesenheit eines Funktionärs, dessen Partei mich in ein Lager verfrachten will, gleich null ist.

Ein letztes Beispiel, das nun einen direkten Bezug zu einem Vorgang hat, der bei der heutigen Befragung sicherlich eine Rolle spielen wird: die Schändung von Stolpersteinen. In der Oktober-Sitzung 2017 der Neuköllner BVV [Bezirksverordnetenversammlung] wurde von der AfD der Antrag gestellt, jegliche Form öffentlicher Unterstützung für die Verlegung von Stolpersteinen einzustellen, da es sich bei den Verlegungen um eine politische Waschmaschine handele, mit der stalinistische Verbrecher zu Demokraten weißgewaschen würden.

In der Sitzung saß der AfD-Aktivist Tilo Paulenz, einer der Hauptverdächtigen im »Neukölln-Komplex«, auf der Zuschauertribüne. Eine Woche später wurden in der Nacht vom 6. auf den 7. November 12 von 16 Stolpersteinen in Britz aus dem Pflaster gerissen und entwendet. Ein Schelm, der nichts Böses dabei denkt, zumindest die Rolle des Stichwortgebers liegt nahe.

Die Verbindungen zwischen dem in der Hufeisensiedlung wohnenden Polizisten Detlef Moritz sowie dem BKA-Beamten Stefan Wischnowski und der AfD (u. a. zu dem bereits genannten Tilo Paulenz) sind ja bereits von mehreren Betroffenen benannt worden. Das erspare ich mir jetzt.

Die AfD gehört nicht in diesen Untersuchungsausschuss, vielmehr ist sie Bestandteil des Untersuchungsgegenstandes.

Weiterhin möchte ich mich in meiner persönlichen Erklärung zum Thema »Umgang mit der Öffentlichkeit in diesem Untersuchungsausschuss« äußern:

Ich habe mit vielen anderen Betroffenen den offenen Brief unterzeichnet, der die Herstellung von Öffentlichkeit fordert. Öffentlichkeit ist nicht hergestellt, wenn Zuschauer und -hörer in einen anderen Raum verbannt werden, von dem aus sie die Befragung nur in Bildausschnitten verfolgen können, die jeweils den gerade Sprechenden zeigen. Öffentlichkeit muss die gesamte Sitzung abbilden. Dazu gehören die Mimik und Gestik sowie der Tonfall, in denen sich eben auch Einstellung und Haltung der Mitglieder des Ausschusses ausdrücken.

Wenn wir sagen, dass die Wirkung der Vorgänge des »Neukölln-Komplexes« weit über den Kreis der unmittelbar Betroffenen hinausgeht, dass es sich hier um eine Frage von gesellschaftlichem Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit handelt, so gehören auch die interessierten Teile dieser Gesellschaft in diesen Raum. Gerade die Vorenthaltung von Informationen, die ständige Weigerung von Teilen der Politik und der Behörden, Fehler und Ungereimtheiten sowie Verstrickungen aufzudecken, haben zu diesem Vertrauensverlust, ja zu offenem Misstrauen geführt.

Die Einrichtung dieses Untersuchungsausschusses war eben nicht nur dem Engagement einiger weniger Betroffener zu verdanken, sondern der vielzähligen Unterstützung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich durch den berechtigten Zweifel an demokratischem und rechtsstaatlichem Verhalten von Teilen der Behörden und der Politik ebenfalls unmittelbar betroffen fühlen und nun zu Betroffenen zweiter Kategorie degradiert werden.

An der Aufklärung der Vorgänge des »Neukölln-Komplexes« haben alle Demokraten ein Interesse, da darf es keine der ersten oder zweiten Klasse geben.

https://hufeiserngegenrechts.de

Anschläge auf die evangelische Kirche Rudow

Die Pfarrerin Beate Dirschauer im PUA am 30.9.2022

Vorneweg: Im April dieses Jahres ging durch die Nachrichten, dass extremistische Mitglieder einer bundesweiten Telegramm-Chatgruppe Sprengstoffanschläge und die Entführung etwa des amtierenden Gesundheitsministers geplant hätten. Der Hauptverdächtige aus Brandenburg wurde dabei der Reichsbürgerszene zugeordnet. Bundesinnenministerin Faeser sagte, die Ermittlungen offenbarten einen »Abgrund« und zeigten eine »schwerwiegende terroristische Bedrohung«. Bewaffnete »Reichsbürger« und radikalisierte Corona-Leugner verbinde ein »grenzenloser Hass auf die Demokratie, auf unseren Staat und auf Menschen, die für unser Gemeinwesen einstehen«. Die Umsturzfantasien und die Entführungspläne zeigten eine neue Qualität der Bedrohung. Der Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) dazu: »Wer Anschlags- und Entführungspläne verfolgt, legt Axt an unsere freiheitliche Demokratie«.

Sehr geehrte Anwesende, Zuhörende, Einladende!

Ich weiß wohl, dass ich Ihnen damit nichts Neues sage. Sie alle wissen darum, sind bestens informiert. Ich habe diese Informationen dennoch an den Anfang meines Statements gesetzt. Weil ich davon überzeugt bin, dass alles immer klein beginnt, lokal, regional … So wie der Tatbestand, der uns hier zusammenführt, sich auch zunächst regional eingrenzen lässt. Auf Neukölln. Ein Stadtteil in der Hauptstadt.

Die Vermutung, ja der Verdacht, dass diese regionalen Angriffe rechtsextremer Menschen auch im Zusammenhang mit größeren Netzwerken zu verstehen sind, verdichten sich für mich. Ich hoffe, aus meiner regionalen Perspektive heraus daran mitwirken zu können, dass dem Einhalt geboten wird. Das, um die Würde des Menschen auch weiterhin als unantastbar zu postulieren, wie es im Grundgesetz Artikel 1 heißt, um sie zu achten und zu schützen. Bekennen wir alle uns doch (drei Tage vor dem Tag der Deutschen Einheit) zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

In den über Jahrzehnte sich summierenden rechtsextremistischen Straftaten sehe ich sowohl die Würde als auch das Menschenrecht unzähliger Menschen verletzt.

Ich will konkret werden:

Mein Name ist Beate Dirschauer. Ich bin Pfarrerin in der evangelischen Gemeinde in Rudow.

Als ich im Herbst 2015 beschloss, mich auf eine freiwerdende Pfarrstelle in Berlin-Rudow zu bewerben, stieß das auf wenig Verständnis. »Was?« »Nach Rudow?« »Da sind doch so viele Rechte und treiben ihr Unwesen!« Mehr als dreimal habe ich das gehört. Ich habe es beiseitegeschoben, mich beworben, im April 2016 dann die Pfarrstelle angetreten.

In den sechs Monaten zuvor hatte ich als Pfarrerin bei der Einrichtung der sog. Flüchtlingskirche der EKBO [Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz], der ersten in der EKD [Evangelische Kirche in Deutschland], in der Wassertorstraße in Kreuzberg mitgearbeitet. Ihre Eröffnung war die Folge eines Synodenbeschlusses der Landeskirche im Herbst 2014. Die sog. Flüchtlingskirche eröffnete just im September 2015, jenem Spätsommer, in dem in Deutschland das Thema Flucht und Migration nicht mehr am Rand stockte, sondern in der Mitte der Gesellschaft angekommen war.

Themen wie Migrationspolitik, konkrete behördliche Einwanderungsmodalitäten, der Diskurs um gute Integrationsmodelle und der Umgang mit Fluchttraumata standen jetzt auf der täglichen Agenda. Zu einem zunächst erfreulich hohen Aufgebot an zivilgesellschaftlichem Engagement gesellte sich spätestens mit den Vorfällen der Silvesternacht 2015/16 in Köln eine massive rassistische und fremdenfeindliche Stimmung in der Gesellschaft.

Als Pfarrerin noch recht neu in Rudow, sollte ich dann das erste Mal im Vorfeld der Wahlen fürs Abgeordnetenhaus eine Wahlkundgebung der NPD erleben. An der Rudower Spinne am helllichten Nachmittag wurde mit Fremdenhass, Worten wie »Überfremdung«, Parolen wie »Deutschland den Deutschen« übers Megafon Stimmung gemacht. Mit einer spontanen Aktion »Hupen gegen Nazis« versuchte ich dem etwas entgegenzusetzen und freute mich über spontan mitmachende Passanten*innen. In Gesprächen dabei und danach erfuhr ich vom »Aktionsbündnis gegen rechts«, von bisherigen Protestnoten in Rudow und vom Ausmaß rechter Gewalt, bei dem bestimmte Rudower Bürger*innen, die Gesicht gezeigt hatten, schon auch mal die PKWs vor den Häusern angezündet wurden. Eine Betroffene dieser Anschläge davon ist eine Lehrerin i. R. [im Ruhestand] und Mitglied meiner Gemeinde.

Nicht die NPD, die mit ihrer Hetze gegen Fremde zunächst nur am rechten Rand auf Interesse stieß, aber die AfD gewann gesellschaftlich an Relevanz. Als die Partei bei den Wahlen 2016 dann ins Abgeordnetenhaus einzog, wurde mir mulmig.

Weiß ich doch von der Geschichte unseres Landes im 20. Jahrhundert und kannte ich nun auch aus der unmittelbaren Begegnung in der Flüchtlingskirche die Angst Geflüchteter vor Fremdenhass und rechter Gewalt.

Als Anfang Dezember 2016 im Rudower Buchladen Leporello eine Veranstaltung mit dem Titel »Was tun gegen die AfD?« stattfand, ging ich mit einem Gemeindeglied dorthin. Wenige Tage darauf erfuhr ich, dass die Fensterscheibe der Buchhandlung durch äußere Gewalteinwirkung zersplittert worden war.

Just in der Nacht übrigens waren auch die in der Gemeinde an den Zäunen ausgehängten Banner des Kirchenkreises mit dem Text »Evangelischer Kirchenkreis Neukölln für Demokratie, Respekt und Vielfalt. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar« zerschnitten worden.

Ich weiß noch, dass ich diesen Vorfall nicht zur Anzeige gebracht habe.

Ich ahnte vielleicht, dass der Inhalt dieses Banners und die Zerstörungswut an beiden Orten möglicherweise zusammenhingen … Ich war in Rudow angekommen!

Straftaten hingegen, die noch folgen sollten, wurden dann von mir zur Anzeige gebracht. Leider alle erfolglos:

- der Diebstahl eines erneut angebrachten Banners,
- vier eingestochene Autoreifen meines PKWs im Januar 2017,
- dann mehrere fremdenfeindliche Graffitis und Hakenkreuzschmierereien am Gemeindehaus in der Köpenicker Straße 187, unweit der alten Dorfkirche,
- ein Brandanschlag auf den Gemeindebriefkasten ebendort in der Nikolausnacht 2020.

Doch zurück:
Spätestens nachdem ich davon erfuhr, dass zum zweiten Mal ein PKW des Buchhändlers Ostermann Ende Januar 2018 (31.1./1.2) – unweit der von ihm gemieteten Wohnung, mitten in der Nacht – in Brand gesetzt worden war, war es für mich mit der Wahrnehmung, dass es sich dabei um zusammenhanglose Gewalttaten von rechts handeln könne, endgültig vorbei. Die Situation spitzte sich zu. Es wurde vor Ort augenscheinlich brandgefährlich, sich für grunddemokratische Strukturen und gegen Rassismus und Fremdenhass zu äußern.

Aus Solidarität mit dem Buchhändler Ostermann, aus eigener Betroffenheit und mit dem Gefühl von beklemmendem Bedrohtsein – gründeten wir im Februar 2018 die Initiative »Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt«.

Als ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Personen und Institutionen wollen wir damit bis heute ein mutiges Zeichen setzen. Unsere erste Wesensäußerung war eine Postkarte, mit der Bürger*innen im Süden Berlin den damaligen Innensenator Geisel um Aufklärung und Strafverfolgung der rechten Gewalttaten baten. Unsere erste Idee, man könne Listen auslegen, auf denen Bürger*innen das mit ihrer Unterschrift einforderten, wurde verworfen. Die Sorge, daraufhin selbst ein Opfer rechter Gewalt zu werden, war bei den meisten zu groß.

Das wurde für mich ein deutlicher Indikator dafür, wie sehr das Klima der Angst den öffentlichen Raum im Süden Berlins, in Rudow insbesondere, bis heute bestimmt.

Das verwundert aber auch nicht weiter, betrachtet man etwa den Anschlag auf Ferat Koçaks Auto unweit der Garage seines Wohnhauses, eben auch in jener Nacht zum 1.2.2018. Dieser Vorfall war für mich erschütternd und der Gipfel an rechter Gewalt! Machte er doch das Ausmaß des Hasses und die Gewaltbereitschaft der rechten Gruppierungen, auch jenseits von Sachbeschädigungen Menschenleben zu gefährden, deutlich. Jede Verharmlosung rechter Attacken als »jugendliche Jungenstreiche« (O-Ton eines älteren Gemeindeglieds) verbietet sich für mich seither.

Dabei: Als Vertreterin der Evangelischen Kirchengemeinde wurde ich von Mitarbeitenden des LKA und der OG REX angesprochen. Mir/uns wurde zugesichert, dass wir keine Angst haben müssten und dass man verdächtige Personen im Blick habe. Die Gebäude der Kirchengemeinde stünden unter Staatsschutz und würden regelmäßig kontrolliert. Als Vertrauen stiftend habe ich das nicht erlebt.

Ermittlungserfolge blieben bislang aus. Und das, obgleich die Namen bestimmter offenkundig verdächtiger Personen mittlerweile fast allen bekannt waren.

Ich bin froh darüber, dass wir als zivilgesellschaftliche Initiative einen Blick dafür gewonnen haben, dass all die vielen Attacken unterschiedlich gewalttätigen Ausmaßes auf einzelne

Personen, auf Institutionen und an Rudower Gebäuden in einem komplexen Zusammenhang zu sehen sind. Von Seiten der ermittelnden Behörden vermisse ich bis heute diese Perspektive.

Zwar wurde immer wieder behauptet, die Summe der Anschläge würde als ein Komplex betrachtet, aber ich bezweifele das! Erst recht, wenn dann etwa nach jahrelangem Warten auf eine Antwort von Seiten der Staatsanwaltschaft nach einer Anzeige, etwa wegen Sachbeschädigung, lediglich die Einstellung der Ermittlungen schriftlich mitgeteilt wird.

Auch die Nachricht, dass zwei in der Sache ermittelnde Staatsanwälte aufgrund des Verdachts auf Befangenheit vom sog. »Neukölln-Komplex« abgezogen wurden, nährt die Skepsis.

Fazit:
Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln durch das Abgeordnetenhaus in seiner 19. Wahlperiode ist ein für mich hoffnungsvoller Schritt! Die darin formulierten Fragen, angefangen mit dem Hinterfragen des bisherigen Behördenhandelns bezüglich der Anschlagsserie in Berlin Neukölln bis hin zu der Frage nach der Vernetzung rechtsextremer Strukturen innerhalb Berlins wie bundesweit, erfordern endlich eine gründliche Beantwortung.

Ich behaupte: Die Forderung nach lückenloser Aufdeckung rechtsextremer Netzwerke in Neukölln und Berlin ist vermutlich nur ein kleiner Knotenpunkt im bundesweiten Netz rechtsextremer und antidemokratischer Gruppierungen. Dennoch, alles muss klein beginnen: Die grundsätzliche Aufklärung und Strafverfolgung der seit 2009 festgehaltenen Straftaten von rechter Gewalt wird dazu verhelfen, vor Ort das Vertrauen in die Sicherheit wiederherzustellen und die Opfer Gerechtigkeit erfahren zu lassen. Es kann darüber hinaus dazu beitragen, die Sicht auf rechtextremistische Einzeltaten in einem komplexeren, bundesweiten Zusammenhang zu betrachten und Menschen, die weiterhin für Demokratie und das Gemeinwesen eintreten, zu schützen. Wir brauchen sie.

»Zehn Jahre lang terrorisiert von Nazis«

Christiane Schott auf einer Veranstaltung am 4.6.2024

Wir sind zehn Jahre lang in der Hufeisensiedlung terrorisiert worden von Nazis. Vor zwei Jahren sind wir weggezogen, nachdem wir gehört haben, dass ein Polizist, der bei der Neuköllner AfD aktiv ist, direkt in unserer Nachbarschaft wohnt. Der hat von seinem Balkon in mein Arbeitszimmer geschaut und ist jeden Tag an unserem Haus vorbeimarschiert. Da war das Fass voll. Da haben wir gesagt, wir halten es nicht mehr aus und verkaufen das Haus.

Ich war nicht begeistert von der Idee eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Über die Behandlung als Zeugin bei der Befragung im PUA im Nachhinein bin ich immer noch wütend. Ich fühlte mich auf der Anklagebank.

Die AfD hat unverschämte Fragen gestellt, zum Beispiel, ob mein Arbeitgeber wüsste, was ich privat so treibe. Die CDU hat Zweifel geäußert gegenüber meiner Aussage, dass Sprengstoff benutzt worden war für unseren Briefkasten. Der in unserem Fall ermittelnde LKA-Beamte hat bei seinen Aussagen ständig gelogen. Die Akte sei verschwunden gewesen. Er konnte sich nicht erinnern und hat sich negativ geäußert über NGOs und den rbb. Andererseits hat er Pannen zugegeben – seine Begründungen waren lächerlich.

Der Untersuchungsausschuss hat in bestimmten Fragen nicht hartnäckig genug nachgefragt. Und das gilt für alle Parteien, alle Abgeordneten. Das war für mich die größte Enttäuschung.

Es müssten meines Erachtens noch mehr Polizisten befragt werden im Untersuchungsausschuss. Zum Beispiel der Polizist Moritz, der bei uns in der Nachbarschaft gewohnt hat, ist überhaupt noch nicht befragt worden. Manche Aussagen sollten mehr hinterfragt werden. Da, finde ich, sind die Abgeordneten viel zu zögerlich. Mehr Druck muss aufgebaut werden wegen der nicht gelieferten Akten.

Aber die Hoffnung stirbt zuletzt. So halte ich es auch beim Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Und wichtig ist für mich: Die Berliner Sicherheitsbehörden stellen für mich ein Risiko dar.

BASTA vor dem LKA

Karin Wüst im PUA am 30.9.2022

BASTA engagiert sich seit 2015 für die Aufklärung rechtsextremer Straftaten insbesondere in Neukölln und die Offenlegung rechter Strukturen bei den Ermittlungsbehörden – Landeskriminalamt, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft, Justiz.

Aus der Presse haben wir 2016 erfahren, dass die Ermittlungsgruppe gegen Rechts (EG REX) im Abschnitt 56 in Neukölln aufgelöst werden sollte. Für uns war das nicht nachvollziehbar, da weder die Zahl der rechten Straftaten im Bezirk abgenommen hatte, noch eine rechte Straftat aufgeklärt wurde.

Wir haben uns an den damaligen Polizeipräsidenten Herrn Kandt gewendet. Die Antwort des Chefs des LKA, Herrn Steiof, hat uns nicht beruhigt – das Gegenteil war der Fall. Im Schreiben wurden Telefonnummern genannt, wo zu keiner Zeit jemand ans Telefon geht. Es wurde von einer Reduzierung der rechten Straftaten ausgegangen und von Erfolgen in der Ermittlungsarbeit gesprochen.

Es folgten Gespräche mit dem Leiter der Direktion 5, Herrn Krömer, der sich erstaunt zeigte, dass die Auflösung der EG REX nicht in unserem Interesse war. Wir waren im Gegenzug sehr erstaunt, dass Herr Krömer noch in der Besprechung mit uns die Gründung der OG REX veranlasst hat.

Fast zeitgleich mit der Gründung der OG REX im Abschnitt 56 wurde beim LKA die Ermittlungsgruppe RESIN eingerichtet. Die Dezernatsleiterin Frau Jürgens-El-Hansali hat uns in einem Gespräch mitgeteilt, dass RESIN nicht alle rechtsmotivierten Straftaten in Neukölln bearbeitet – u. a. keine Hakenkreuz-Schmierereien. Unsere Fragen, z. B. wie groß der vermutete Täterkreis ist und ob sie von einer terroristischen Vereinigung im »Neukölln-Komplex« ausgeht, wurden nicht beantwortet. Hier haben wir zum ersten, aber nicht zum letzten Mal gehört, dass aus ermittlungstechnischen Gründen keine Angaben gemacht werden können.

Um Druck aufzubauen, haben wir uns für wöchentliche Demonstrationen/Mahnwachen vor dem LKA am Tempelhofer Damm 12 entschieden. Die erste Mahnwache war am 2.5.2019. Es begann gleich mit einem Verfahren gegen uns – wir hatten ein Plakat dabei, auf welchem das Hoheitszeichen der Berliner Polizei abgebildet war. Nach einem Hinweis haben wir es sofort entfernt. Trotzdem wurden unsere Personalien aufgenommen. Nach langen Diskussionen zwischen den Polizeibeamt:innen und vielen Telefonaten der Polizeibeamt:innen hat man es bei einer mündlichen Verwarnung belassen.

BASTA hatte ein weiteres Strafverfahren – wir haben am 9.7.2020 ohne Genehmigung vor dem LKA gestanden. Diese war am 31.6.2020 abgelaufen. Bei der Kontrolle am 9.7.2020 haben

die Polizist:innen den Verstoß festgestellt und ein Strafverfahren gegen uns eingeleitet. Es haben sich immerhin die Polizei, die Staatsanwaltschaft und die Polizeipräsidentin mit dem Fall beschäftigt. Wir haben natürlich das Versäumte sofort nachgeholt. Das Verfahren wurde von der Staatanwaltschaft wegen Geringfügigkeit eingestellt.

Ich könnte zynisch sein und sagen – zwei Ermittlungserfolge des LKA.

Nun komme ich zu den Erlebnissen vor dem LKA. Aussagen von Mitarbeiter:innen der Berliner Polizei wie »geht arbeiten, schämt euch, die Linken benehmen sich viel schlimmer, links-extremes Gesocks« bekommen wir zu hören.

Es gibt Kollegen, die berichten, dass sie sich innerhalb der Behörde nicht antirassistisch äußern dürfen – dann werden sie gemobbt. Eine Solidarisierung mit uns wagen sie nicht. Sie trauen sich auch nicht, gegen Kolleg:innen, die sich rassistisch äußern, vorzugehen. Offensichtlich können sie keine Unterstützung von den Vorgesetzten erwarten. Die Aussagen der Polizeipräsidentin, dass jeder Form von Rassismus entgegengetreten wird, ist offensichtlich falsch.

Drei Erlebnisse sind BASTA besonders wichtig:

1. Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Frau Dr. Slowik wegen Untätigkeit

Am 20.6.2019 hat sich der Mitarbeiter der Berliner Polizei mit der Nummer 88564 gegenüber BASTA bei der Mahnwache rassistisch und rechtsextrem geäußert. Er sagte u. a., er habe täglich Fälle auf seinem Schreibtisch, dass Ausländer deutsche Mädchen vergewaltigen und denen dann die Gebärmutter entfernt werden muss. Und: »Den rechten Arm zum Hitlergruß zu heben, tut niemandem weh.«

Diesen Vorfall haben wir Dr. Slowik gemeldet – sie hat uns zeitnah bei unserer Mahnwache besucht, sicherte zu, die Staatsanwaltschaft zu informieren und ein Disziplinarverfahren einzuleiten.

Beides ist geschehen.

Die Staatsanwaltschaft hat schnell festgestellt, es handele sich weder um Beleidigung noch um Volksverhetzung – es wurden keine strafrechtlichen Ermittlungen eingeleitet.

Bis Ende Dezember 2019 wurden vier Engagierte zum Vorfall als Zeuginnen vernommen. Im Juli 2021 haben wir bei der Polizeipräsidentin nachgefragt, ob das Disziplinarverfahren abgeschlossen sei – Antwort: diese Frage kann nicht beantwortet werden. Wir haben nicht gefragt, wie entschieden wurde, nur ob entschieden wurde. Da nach unserer Einschätzung innerhalb von mehr als zwei Jahren über diesen Fall hätte entschieden werden müssen, haben wir Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht. Die Antwort von Herrn Geisel kam schnell und war ernüchternd:

- Wir werden aufgeklärt, wie Disziplinarverfahren ablaufen – dass grundsätzlich Strafverfahren abgewartet werden müssen – in diesem Fall gibt es kein Strafverfahren.
- Es wird umfangreich ausgeführt, dass gegen Rassismus in eigenen Reihen entschlossen vorgegangen wird.
- Frau Dr. Slowik hat gegenüber der Presse bestätigt, dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist – nichts anderes haben wir gefragt, aber keine Antwort bekommen.
- dass kein Fehlverhalten der Polizeipräsidentin feststellbar ist.

Auch bei Senatorin Spranger haben wir nachgefragt. Sie kommt zum gleichen Ergebnis: kein Fehlverhalten feststellbar. Es sei bekannt, dass es kein Strafverfahren in dieser Sache gebe – man habe nur allgemein informieren wollen. Wir wollen keine allgemeine Aufklärung zu Disziplinarverfahren – uns interessiert nur das Verfahren gegen den Polizeibeamten Nr. 88564.

Wir haken im Mai 2022 bei Frau Spranger nach – wir wollen wissen, warum das Verfahren nicht abgeschlossen werden kann und mit welchen Aufgaben 88564 beschäftigt ist. Ist er weiter im Außendienst? Im August haben wir eine Eingangsbestätigung bekommen und wurden um Geduld gebeten. Zügige Verfahren und Interesse an den Aufklärungen sehen nach unserer Einschätzung anders aus.

2. Sicherheitsgespräch am 20.7.2022

Am 20.7.2022 gab es im LKA 53 ein Sicherheitsgespräch zwischen Vertreter:innen von BASTA und dem LKA 53. Zu Beginn des Gesprächs wurde mitgeteilt, dass vom LKA 53 AE ein Protokoll gefertigt wird. Am Ende des Gespräches haben wir um eine Kopie des Protokolls gebeten – dieses wurde mit der Begründung abgelehnt, wir seien doch im Gespräch dabei gewesen. Soviel zum Thema Transparenz und gute Zusammenarbeit!

Wie immer haben wir nicht lockergelassen und haben nach langem Hin und Her erreicht, dass wir das Protokoll lesen und Notizen machen dürfen.

Für uns wichtige Aussagen, wie z. B. zum Untersuchungsausschuss sind nicht enthalten. Frau Wegener hatte geäußert, dass sie sicher sei, dass dieser keine neuen Erkenntnisse bringen werde – das habe ja auch die Expertenkommission ergeben. Probleme lägen in der Kommunikation mit Opfern und Engagierten. Die Kolleg:innen der Polizei machten eine ausgezeichnete Arbeit. Das fehlt im Protokoll!

Das Protokoll macht deutlich:

- Die Polizei arbeitet nicht transparent – warum hätte uns sonst das Protokoll verweigert werden sollen – es war keine Vernehmung.
- Wir fragen uns, für welche Zwecke werden sogenannte interne Arbeitspapiere erstellt? Soll das ein Beweis sein, wie gut gearbeitet wird?
- Es werden Sachverhalte dokumentiert, die für das LKA wichtig sind – andere Sachverhalte werden nicht erwähnt – den anderen Beteiligten wird grundsätzlich nicht die Möglichkeit gegeben, diese zu ergänzen bzw. zu korrigieren.
- Die Engagierten haben die Rolle, alle Informationen dem LKA mitzuteilen. Das ist eine einseitige Kommunikation. Das LKA teilt in der Regel mit: Aus ermittlungstechnischen Gründen können wir dazu nichts sagen.

Wir von BASTA haben das Protokoll ergänzt und dem LKA 53 gesendet – bis heute haben wir keine Reaktion.

3. Meldung eines Strafverfahrens, geschildert durch BASTA

Sachverhalt: An einem Auto wurde ein Reifen zerstochen; mit rassistischen Stickern wurden am Auto antirassistische Sticker überklebt; in der Straße waren die Laternenmaste mit rassistischen Stickern beklebt.

- OG REX war nicht erreichbar.
- 110 wurde angerufen, zwei Beamt:innen erschienen vor Ort, diese informierten wegen des Verdachts der politisch motivierten Tat das LKA.
- Ein Mann beobachtete unsere Gespräche mit der Polizei. Auf Nachfrage, ob er die Tat beobachtet hat, erklärte er, dass es bestimmt Kinder gewesen seien. Er habe solche (rassistischen) Sticker auch zu Hause. Der Wagen hinter dem geschädigten gehöre ihm.
- Spurensicherung – drei Kolleg:innen – treffen ein. Es werden Aufkleber und Spuren am Auto gesichert. Das Gespräch mit dem Mann hat keine Relevanz für die Tat. Der zerstochene Reifen trägt nach Einschätzung der Spurensicherung auch nicht zur Aufklärung bei.

Wir fragen uns, warum werden potentielle Beweismittel nicht gesichert? Warum wurde der Mann nicht befragt? Er selbst hatte gesagt, dass er rassistische Aufkleber besitzt. Vielleicht besitzt er noch mehr. Ein solches Verhalten erschüttert unser Vertrauen in die Arbeit der Polizei.

Resümee nach nun mehr als drei Jahren Demonstration vor dem LKA:

Uns wird immer wieder wortreich erklärt, dass die Polizei gute Arbeit leistet – leider nur keine Straftaten aufgeklärt – kein Täter verurteilt wurde. Für jedes Versagen gibt es eine Entschuldigung.

Die Kommunikation mit den staatlichen Stellen ist außerordentlich mühsam. Wir stellen Fragen. Wenn wir Antworten bekommen, haben diese oft wenig mit unserer Frage zu tun. Wir erhalten auch ungefragt Staatskundeunterricht.

Ermittlungsgruppen werden regelmäßig neu gegründet. EG RESIN, BAO Fokus, Team Neukölln usw. – das Personal wechselt schnell. Wir haben den Überblick verloren und um Aufklärung gebeten, welche Gruppen es gibt, welche Aufgaben sie haben und wie die Zusammenarbeit geregelt ist – bis heute haben wir keine Antworten erhalten.

Es wird immer wieder von Einzelfällen innerhalb der Berliner Polizei gesprochen – es werden keine rechten Strukturen gesehen.

Ohne Druck von Engagierten und der Presse wären die Versäumnisse bei den Ermittlungen bis heute nicht bekannt.

https://basta-britz.de

»Vom ›Nationalen Widerstand Berlin‹ zu rechtsextremen Angriffsserien«

Bianca Klose/Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) im PUA am 25.11.2022

Dieser Text ist eine gekürzte und sprachlich leicht überarbeitete Fassung des mündlichen Vortrags, den Bianca Klose, Projektleitung der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), am 25. November 2022 vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) als Sachverständige gehalten hat. Die MBR hat dem PUA zudem ein 40-seitiges Gutachten mit dem Titel »Vom ›Nationalen Widerstand Berlin‹ zu rechtsextremen Angriffsserien« zur Verfügung gestellt.

Ab dem Jahr 2001 wurde die MBR aus der Neuköllner Zivilgesellschaft sowie der Politik und Verwaltung angefragt. Sie begleitete Akteure zur Berliner Polizei, nahm an Dialogformaten teil und hatte Einzelgespräche mit den unterschiedlichen Abteilungen und verschiedenen Strukturen der Ermittlungsbehörden. Ab 2006 beriet und unterstützte die MBR zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse wie das »Aktionsbündnis Rudow«, die Britzer Initiative »Hufeisern gegen Rechts« sowie das Bündnis Neukölln. Anlassbezogen beriet die MBR zudem Die Falken in Neukölln seit Beginn der Bedrohungen sowie nach den Angriffen auf sie, wie etwa im Fall der Brandanschläge auf deren Jugendeinrichtung Anton-Schmaus-Haus 2011. Durch Kontinuität, Verlässlichkeit, aber auch durch die Qualität der Beratung konnte die MBR zunehmend belastbare Beziehungen zu engagierten Einzelpersonen, Initiativen und Vereinen aufbauen. Dadurch erhielt die MBR sehr präzise und aktuelle Informationen über die Entwicklungen und Tendenzen der rechtsextremen Szene in Neukölln, die in die Problemanalysen und -beschreibungen stets eingeflossen sind.

Die MBR unterteilt die rechtsextremen Angriffsserien in die Zeiträume von 2009 bis 2015 und von 2016 bis 2019, und betrachtet im Zusammenhang mit diesen Serien jeweils den Umgang mit Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie mit den rechtsextremen Strukturen innerhalb Berlins. Die MBR zeigt in ihrem Gutachten verschiedene Episoden der rechtsextremen Angriffsserien auf, welche Informationen und Erkenntnisse dem Projekt zu den Sachverhalten vorlagen und welche Schlüsse daraus gezogen werden konnten, sowohl zu den damaligen Zeitpunkten als auch retrospektiv. Eine zentrale Erkenntnis ist, dass der Modus Operandi der späteren rechtsextremen Angriffsserie in Berlin-Neukölln bereits im Kontext des neonazistischen Netzwerks »Nationaler Widerstand Berlin« (NW Berlin) entstand. Staatliche Fehleinschätzungen und Unterlassungen im Umgang mit NW Berlin erlaubten es

den Tätern, ihr Vorgehen zu professionalisieren und in der Angriffsserie seit Mai 2016 umzusetzen. Fünf Themenkomplexe sind hierbei relevant.

1. Feindeslisten als Teil militanter sogenannter Anti-Antifa-Strategien zur Bedrohung politisch Engagierter

Das Ausspähen von Adressen von Personen, die Rechtsextreme für politische Gegner_innen halten, ist seit Jahrzehnten gängige Praxis und Teil einer als »Anti-Antifa-Arbeit« bezeichneten Strategie, die engagierte Einzelpersonen aus Initiativen, Journalist_innen, Gewerkschafter_innen, Kommunalpolitiker_innen, aber auch linke Aktivist_innen betrifft. Sogenannte Anti-Antifa-Arbeit ist zudem fester Bestandteil neonazistischer Aktionsformen, die auf das Ausspähen folgen und bis hin zu rechtsterroristischen Gewalttaten reichen. Gezielt werden Gerichtsprozesse besucht und Akteneinsichtsrechte in Ermittlungsverfahren genutzt, oder es wird versucht, sich Zugang zu den Kundendaten von Versandunternehmen zu beschaffen. Auch private Post aus Briefkästen wurde bereits entwendet. Es sind der MBR ferner Einzelfälle bekannt, in denen Rechtsextreme ihre Tätigkeiten in Behörden oder Unternehmen mutmaßlich dazu nutzten, sich Zugang zu personenbezogenen Daten zu verschaffen. Ergänzt werden all diese Recherchen durch Observationen. Die so gewonnenen Informationen fließen in Feindeslisten ein. Diese meist arbeitsteilig zusammengetragenen Listen werden teils intern geführt, teils aber auch veröffentlicht und etwa über Social Media und Messengerdienste verbreitet. Die sichtbare Feindmarkierung soll die Betroffenen zum einen einer realen, wenn auch diffusen Bedrohung aussetzen, zum anderen dienen die Listen aber auch der Vorbereitung von konkreten Gewalttaten. Unter dem Label »Freie Kräfte Berlin Neukölln« wurden im Sommer 2016 verschiedene solcher Feindmarkierungen in den sozialen Medien veröffentlicht. Eine Karte führte Neuköllner Geflüchtetenunterkünfte auf, eine weitere alternative Projekte und Büros demokratischer Parteien. Mindestens zwei der aufgeführten Einrichtungen wurden in der Angriffsserie seit Mai 2016 zum Ziel von Brandanschlägen. Neu an der Serie seit 2016 ist, dass im Unterschied zur ersten Serie nicht mehr in erster Linie Einrichtungen ins Visier genommen wurden, sondern vor allem engagierte Personen: Einzelpersonen wurden in ihrem Wohnumfeld bedroht, ihre Autos in Brand gesteckt u. Ä.

In diesem Zusammenhang sind vier bekannt gewordene, konspirativ geführte Feindeslisten relevant, die in Verbindung zur Angriffsserie seit 2016 stehen. Drei der Datensammlungen werden dem Tatverdächtigen S. T. zugeordnet, eine seinem engen politischen Weggefährten J. B. Insgesamt befinden sich auf diesen Feindeslisten personenbezogene Daten von mehreren hundert Personen, die offenbar über Jahre hinweg aus verschiedenen Quellen zusammengestellt wurden und die – das ist im Rahmen der Beratung der MBR immer wieder verdeutlicht worden – zwischendurch aktualisiert und ergänzt wurden.

Aus Sicht der MBR stellen sich für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss unter anderem diese Fragen: Welche Erkenntnisse haben die Strafverfolgungsbehörden zur Erstellung von Feindeslisten sowie zum Zusammentragen von Daten durch Rechtsextreme? Inwiefern konnte die Postzustellung als Weg der Informationsgewinnung ausgeschlossen werden? Sind Feindeslistenfunde bekannt, die zeitlich vor dem Untersuchungszeitraum des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses liegen? Wenn ja, wurden diese Daten mit den Feindeslisten abgeglichen, die den vor Gericht stehenden Tatverdächtigen zuzuordnen sind?

2. Das militante Neonazinetzwerk NW Berlin und die öffentlich geführte Feindesliste

Eine zentrale Plattform für die Berliner Neonazis, um ihre Feindeslisten zu verbreiten, war die seit 2005 existierende Homepage nw-berlin.net. Dort wurde nicht nur zu Aktionen und Kampagnen mobilisiert, sondern auch eine umfangreiche, regelmäßig aktualisierte und verschlagwortete Sammlung über politische Gegner_innen und ihre Einrichtungen verbreitet. Über mehrere Jahre wurden über 200 Personen mit Namen, Fotos und teilweise mit Adressen aufgelistet. Zudem waren seit März 2009 unter der Überschrift »Linke Läden« Adressen und teilweise Bilder linker und alternativer Einrichtungen zu finden. In dem Zeitraum 2009 bis 2015 sind mindestens 13 der dort genannten Einrichtungen Ziel von Sachbeschädigung und Brandanschlägen geworden. Dabei wurden explizite Bezüge zur genannten Internetseite hergestellt. Die URL wurde an Tatorten als eine Art Tatbekenntnis gesprüht. Zudem gab es einen Verweis auf die »Linke-Läden«-Liste als Informationsquelle für mögliche Angriffsziele, so zum Beispiel im Vorfeld von mutmaßlich koordinierten Brandanschlägen auf mehrere linke Projekte in der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 2011. Viele Jahre konnten diese Rechtsextremen ungestört ihr Vorgehen in der Recherche, im Ausspähen von demokratisch Engagierten sowie bei der Ausführung dieser Anschläge professionalisieren. Möglicherweise haben ausbleibende Ermittlungserfolge und fehlender Repressionsdruck sie ermutigt, immer weiter zu gehen, und ein Gefühl der Unbesiegbarkeit erzeugt.

NW-berlin.net war also nicht nur eine Internetseite, sondern ein Netzwerk militanter Neonazis – der Nationale Widerstand Berlin. Das Label entstand nach zwei Kameradschaftsverboten im Jahr 2005. Es war der Versuch der Neonazis aus dem sogenannten aktionsorientierten Spektrum, in strategischer Abgrenzung zum klassischen Kameradschaftsmodell und durch eine informelle, flache Organisierung ohne erkennbare Strukturen zukünftig Verbote zu umgehen. Das Label sollte eine identitätsstiftende Verwendung und Wiedererkennung bei Aktionen und Kampagnen ermöglichen, ohne jedoch als Gruppierung angreifbar oder greifbar zu sein. Die Personen in diesem Netzwerk waren berlinweit untereinander unterschiedlich eng vernetzt. Es gab Protagonisten in verschiedenen Bezirken. Diese Protagonisten nahmen eine Führungsrolle ein. Die Führungsrolle bestand darin, Rechtsextreme ins Netzwerk einzubinden sowie die Aktivitäten in ihren jeweiligen Bezirken und berlinweit zu koordinieren und zu organisieren. Aus Sicht der MBR stellen sich folgende Fragen: Wie wurde nach der Abschaltung von nw-berlin.net das dahinter agierende Netzwerk von Rechtsextremen weiter beobachtet? Hätte zum damaligen Zeitpunkt durch eine frühere und konsequentere Strafverfolgung die spätere, erst im Mai 2016 beginnende Serie verhindert werden können?

3. Zufallsfund an einem Arbeitsplatz einer Führungsperson der rechtsextremen Szene

Am 13. Oktober 2020 wurden bei einer Durchsuchung des Zolls am Arbeitsplatz von B. W. bedruckte und teilweise handschriftlich ergänzte Blätter mit personenbezogenen Daten von über 400 Betroffenen gefunden. Diese Daten soll ihm der Tatverdächtige S. T. zur Aufbewahrung übergeben haben. Die beiden Rechtsextremen kennen sich seit Jahren über ihre

gemeinsamen Aktivitäten unter dem Label des NW Berlin. B. W. trat über Jahre hinweg als Protagonist der sogenannten Anti-Antifa-Arbeit in Erscheinung und fertigte etwa am Rande von Versammlungen Fotoaufnahmen politischer Gegner_innen an. Bereits Mitte der 2000er-Jahre soll B. W. im Rahmen der Beschäftigung in einem Berliner Finanzamt von einem Behördencomputer private Daten von Polizistinnen und Polizisten und politischen Gegner_innen entnommen haben. Laut einem Szeneaussteiger soll er maßgeblicher Protagonist hinter der Internetseite nw-berlin.net und ihrer Feindesliste gewesen sein. Gegen ihn wurde damals zwar ermittelt, aber erfolglos. Unter den Funden im Rahmen dieser Durchsuchung 2020 befanden sich unter anderem Namen von Mitgliedern der linken Rechtshilfeorganisation Rote Hilfe sowie ein Stadtplan mit Markierungen.

Diese umfangreiche Sammlung speist sich nach Informationen der MBR zum Großteil aus der Einsichtnahme in Vereinsregisterakten. Davon betroffen war auch der Trägerverein der MBR, der Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e. V. Darüber wurde der VDK e. V. bis heute vom LKA nicht informiert. Alle diese Daten waren mit hoher Wahrscheinlichkeit eine der Grundlagen für die erwähnte öffentliche Feindesliste auf der Webseite des NW Berlin. Von den Betroffenen, die sich dazu von der MBR beraten ließen, waren knapp 20 Prozent schon auf der öffentlich einsehbaren NW-Berlin-Feindesliste, und 12 Prozent all derjenigen, die sich an das Projekt wandten, weil sie auf dieser nur zufällig gefundenen Feindesliste standen, waren sogar von Angriffen im Rahmen der zweiten Serie betroffen gewesen. Laut Beratungsnehmenden gab es mindestens zwei ausgedruckte Listen, überschrieben mit »Rote Hilfe Neukölln« und »Rote Hilfe Wedding«. Darin waren einfache Mitglieder samt Anschriften und teilweise weitere Mitbewohner dieser Personen aufgeführt. In genau diesen beiden Bezirken wurden Mitglieder der Roten Hilfe in der späteren Angriffsserie mit Drohsprühereien angegriffen.

Die offenen Fragen aus Sicht der MBR: Welche Erkenntnisse gibt es zur Rolle von B. W. in Bezug auf diese Angriffsserie in Neukölln, insbesondere zu Kontakten von B. W. zu S. T.? Wurde möglichen Verbindungen von Tatverdächtigen der Angriffsserie zu B. W. und weiteren Personen aus dem Netzwerk NW überhaupt systematisch nachgegangen? Wurden die gefundenen Daten auf einen Ursprung im militanten Neonazinetzwerk NW Berlin hin untersucht? Da der Fund der Liste bei B. W. nur ein Zufallsfund war, stellt sich die Frage, ob Protagonist_innen aus dem Netzwerk NW Berlin in den Ermittlungen zur Angriffsserie ab Sommer 2016 eigentlich ausreichend in den Blick genommen wurden.

4. Umgang mit einem Überwachungsvideo von einer Drohsprüherei am 16. März 2019

Ebenfalls nur durch einen Zufall soll eine verdeckte Polizeikamera in der Nacht zum 16. März 2019 das Sprühen einer der zahlreichen Bedrohungen gefilmt haben. In diesem Fall wurden Vor- und Zuname einer Person sowie »Antifa-Hurensohn« an die Fassade eines Mehrfamilienhauses im Norden Neuköllns gesprüht. An insgesamt vier Wohnanschriften wurden außen und zum Teil auch im Hausflur solche Drohungen gesprüht, mitunter mit expliziten Morddrohungen wie »Kopfschuss« und »9 Millimeter« samt Vor- und Zunamen. Betroffen davon waren auch ein Familienvater, eine Familienmutter sowie ein langjähriger Mitarbeiter der MBR. Diese Bedrohungen im März 2019 reihen sich ein in drei weitere, offenbar koordinierte

Aktionen bereits im Dezember 2016 und Februar 2017. In Neukölln, Kreuzberg, Schöneberg und im Wedding wurden an den Privatadressen von Personen sehr ähnliche Drohungen und teils sexistische Beleidigungen gesprüht.

Nach Kenntnis der MBR wurden in der Mehrheit dieser Fälle die Verfahren zeitnah und ergebnislos eingestellt. Das erwähnte Video entstand bezeichnenderweise nicht im Rahmen der Ermittlungen zu der rechtsextremen Angriffsserie. Die Überwachungsmaßnahme richtete sich vielmehr gegen den im Mehrfamilienhaus wohnenden Geschädigten. Das Video wurde der BAO Fokus zwei Monate später zur Kenntnis gegeben. Dieses Video fand jedoch erst eineinhalb Jahre später – und erst nach Übernahme der Verfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft – als Beweismittel Eingang in die Ermittlungen. Die LKA-Beamten identifizierten darauf schließlich neben S. T. den mit ihm eng verbundenen Rechtsextremen O. W. als Mittäter. Auch diese eigentlich naheliegende Identifizierung gelang erst im zweiten Anlauf nach einer Verwechslung und ein weiteres halbes Jahr später. S. T. steht unter anderem wegen der aufgezeichneten Drohsprühereien derzeit vor Gericht. O. W. dagegen war im selben Prozess wegen anderer Taten angeklagt, und sein Verfahren wurde zwischenzeitlich abgetrennt. Das ist unverständlich, weil O. W. als eine der zentralsten Figuren in der politischen Sozialisation und Radikalisierung des Tatverdächtigen S. T. angesehen werden muss und bereits seit den frühen 1990er-Jahren mit zahlreichen, teils schweren rechtsextremen Straf- und Gewalttaten aktenkundig geworden ist.

Zusammenfassend und etwas zugespitzt lässt sich sagen: Wo Kameras im Rahmen der Ermittlungen zu der Anschlagsserie ab 2016 aufgestellt waren, fanden keine Angriffe statt. Wo Angriffe trotz Kameras stattfanden, ging die Kamera offenbar nicht. Und wo eine Kamera Aufnahmen von einem Angriff machte, war die Kamera gegen einen Linken eingesetzt, und anschließend wurde den rechtsextremen Tätern offenbar nicht ausreichend nachgegangen. Aus Sicht der MBR stellen sich unter anderem folgende Fragen: War hier die Informationsgewinnung über die linke Szene wichtiger als die Verfolgung und Aufklärung einer rechtsextremen Angriffsserie, oder welche Abwägungen führten zunächst zur Einstufung des Videos durch das LKA als nicht gerichtsverwertbar? Warum war die aufgezeichnete Tat nicht Gegenstand der Anklage der Generalstaatsanwaltschaft gegen O. W. vor dem Amtsgericht Tiergarten? Warum folgten aus der Identifizierung des O. W. als Mittäter von S. T. keine zeitnahen strafprozessualen Maßnahmen, warum wurde z. B. von einer Hausdurchsuchung abgesehen? Welche Informationen liegen dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum abgetrennten Strafverfahren gegen O. W. vor, gerade auch mit Kenntnis dieses Videos?

5. Abweichende Einschätzungen der BAO Fokus und der Berliner Datenschutzbehörde zur Abfrage oder zu Abfragen im polizeilichen Informationssystem

In den Jahresberichten 2020 und 2021 sowie in einer Pressemitteilung thematisierte die Berliner Datenschutzbeauftragte den Fall eines Geschädigten der Angriffsserie. Dieser war Betroffener eines Angriffs auf seine Privatwohnung im Dezember 2016. Es wurden mit Bitumen gefüllte Gläser durch die Fensterscheiben geworfen, während Kinder in der Wohnung waren. Aus Angst zog er um. Doch trotz des Wohnortwechsels im August 2018 gab es bereits im März 2019 Morddrohungen durch Sprühereien an seiner neuen Anschrift. Der Betroffene

fragt sich bis heute, wie die rechtsextremen Täter die neue Wohnanschrift so schnell herausfinden konnten. Nun gab es genau zu seiner Person laut der Berliner Datenschutzbeauftragten mehrere dienstlich unbegründete Datenabfragen. Die Abfragen konnten nicht nur nicht geklärt werden, die Datenschutzbeauftragte beklagte auch die fehlende Kooperationsbereitschaft der Behörde bei der Aufklärung. Die BAO Fokus behauptete dagegen in ihrem Abschlussbericht – nach Kenntnis der MBR –, dass eine Recherche zu personenbezogenen Abfragen durch Polizeibeamt_innen über Geschädigte der rechtsextremen Angriffsserie zwar durchgeführt wurde, aber sich dabei keine Hinweise auf missbräuchliche Datenabfragen von Dienstkräften der Polizei Berlin ergeben hätten.

Eine Prüfung des Vorgangs durch die später eingesetzte Kommission Neukölln fand offenbar nicht im notwendigen Umfang statt. Laut Presseveröffentlichung konnten zwei der drei von der Datenschutzbeauftragten beanstandeten Abfragen zu dem Geschädigten konkreten Beamten zugeordnet werden. Im dritten Fall war die Auskunft zu dem Beamten gesperrt. Zu klären wäre aus Sicht der MBR, ob die BAO Fokus bei der Überprüfung von Datenabfragen zu Betroffenen der Anschlagsserie im Polizeicomputer einfach den gelieferten Erläuterungen ihrer Kollegen von angeblich dienstlich begründeten Abfragen zu schnell Glauben geschenkt hat und ob dadurch weitere unbegründete polizeiliche Datenabfragen zu bereits Geschädigten möglicherweise bis heute unentdeckt geblieben sind.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Es war aus Sicht der MBR bereits zu Zeiten des NW Berlin der gleiche Personenkreis aktiv, der dann in der Anschlagsserie ab 2016 aktiv war und der noch heute politische Gegner_innen und Engagierte ausspioniert, der noch heute Propagandamaterial verteilt und noch heute personenbezogene Daten von Engagierten ständig aktualisiert – mittlerweile vor allem in der Neonazipartei III. Weg mit dem dort aktiven Tatverdächtigen S. T. Kleine. Bekannte militante Neonazigruppen hatten in Berlin die Möglichkeit, über Jahrzehnte hinweg Hunderte von Taten zu begehen, bis hin zu gefährlichen Brandanschlägen, ohne dass sie mit ernsthaften staatlichen Konsequenzen rechnen mussten. Jeder erfolgreiche und ungeahndete Übergriff auf politische Gegner_innen spornte diese Neonazis an weiterzumachen. Am kommenden Montag wird der Prozess gegen den Tatverdächtigen S. T. im Amtsgericht Tiergarten fortgesetzt. Einer der Tatverdächtigen der Angriffsserie, ebenjener, der auf diesem Video beim Sprühen zu sehen sein soll, sitzt erneut nicht auf der Anklagebank.

Gutachten unter:

https://www.mbr-berlin.de/publikationen/vom-nationalen-widerstand-berlin-zur-rechtsextremen-angriffsserie

https://www.mbr-berlin.de

Erkenntnisse aus der Opferberatung

Özge Sarp/ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung in Berlin im PUA am 25. 11. 2022

Das Gutachten von Özge Sarp stützt sich auf das Monitoring von ReachOut und Erkenntnisse aus der Beratungspraxis. Sarp legte den Fokus auf die Betroffenen und die Auswirkungen des Behördenhandelns auf sie. Sie sprach von den »Opfern, die nicht als Individuum Ziel von Täter*innen werden, sondern über ihre zugeschriebene Zugehörigkeit: Schwarz sein, Kopftuch oder Kippa tragen, obdachlos sein, eine Behinderung haben, Transperson sein, Aktivist*in oder engagiert sein gegen Rechtsextremismus […]. Sie werden von der weißen Dominanzgesellschaft abgewertet. Sie werden zielgerichtet bedroht, beleidigt und angegriffen. In einzelnen Taten oder im Rahmen einer Serie.«

Sie wies auf die Alltäglichkeit rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt hin. Bei ReachOut seien sie fast täglich mit Betroffenen und Ratsuchenden zusammen, für die Gewalt, Bedrohung, Beleidigung alltäglich sind: »Von vielem erfährt die Öffentlichkeit, von vielem aber auch nicht.«

Dazu führte Sarp aus: »Kurz- und Langzeitfolgen der Angriffe zeigen sich bei Opfern unterschiedlich. Sie gehen auch unterschiedlich damit um. Manche gehen mit ihren Erfahrungen an die Öffentlichkeit. Andere ziehen sich aus der Gesellschaft zurück. Häufig kommt es zu psychischen Belastungen, Angstzuständen, bestimmte Orte werden gemieden, es kommt zu Schlafstörungen, häufig kommt ein Gefühl von Hilflosigkeit hinzu.«

»Für die Bewältigungsprozesse kann es bedeutsam sein, ob sie als Opfer behandelt werden oder nicht.« Wenn die Polizei nach der Tat komme, müssten die Opfer und ihre Einschätzungen ernst genommen werden. »Und auch wichtig ist: Beweismittel sichern.« Dass das oft nicht passiere, sei bei den alltäglichen Angriffen festzustellen. »Ob die Beamten das absichtlich gemacht haben, ist nicht so unser Punkt, sondern die Wirkung auf Betroffene ist unser Punkt.«

Zum Fragenkomplex »Behördenhandeln/Handeln der Politik« sagte Sarp: »Damit die Öffentlichkeit von rassistischer und rechter Gewalt und ihrer Dimension erfährt, müssen sich die Opfer selbst oder die Opferangehörigen viel Mühe geben. Für Aufklärungsarbeit, Gerechtigkeit und würdiges Gedenken müssen sie lang und kraftvoll kämpfen. Selbst in einer Zeit, in der es für sie vordringlich um Heilung oder Trauer geht, müssen sie darum kämpfen, dass

sie oder die Angehörigen, die sie verloren haben, als Opfer anerkannt werden. Darum, dass die Polizei ihre Arbeit macht, müssen sie kämpfen. Ob es von Seiten der Politik leere Versprechen gibt oder Konsequenzen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene gezogen werden, auch hierum müssen sie kämpfen.«

Absichtlich oder nicht gebe es, so Sarp, in Deutschland ein strukturelles Problem in den Ermittlungsbehörden. »Bitte nicht auf Absicht oder nicht fokussieren. Sicherheitsbehörden müssen transparent werden und es muss gründlich ermittelt werden.« Betroffene könnten nicht mit dem Erlebten abschließen, wenn Ermittlungen nichts weiter ergeben.

Sarp berichtete, dass sie in der Beratung tätig sei und in den letzten zweieinhalb Jahren keinen Fall gehabt habe, wo die betroffene Person von Polizeibeamt*innen an ReachOut vermittelt wurde. Es gebe zwei Lücken, einmal bereits bei der Aufnahme von Taten, wenn der rechte, rassistische oder antisemitische Hintergrund von Taten nicht ernst genommen werde, und der fehlende Verweis auf ReachOut. Sachbeschädigung als Straftatbestand stehe zudem nicht im Katalog für die Opferentschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz. Und grundsätzlich fehle es an Sicherheits- und Schutzmaßnahmen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt.

Sarp wies darauf hin, dass die Angriffsserien in Berlin-Neukölln in einer Tradition und Kontinuität rechter Angriffe in Deutschland seit den 1980er/90er-Jahren stehen.

Beispielhaft nannte Sarp einige Fälle rechter Gewalt in Neukölln-Rudow vor 2009:

- 2001: Ca. 15 bewaffnete Neonazis überfallen eine Feier im Gemeindezentrum einer evangelischen Kirchengemeinde in Rudow, schlagen Fensterscheiben ein, zerstören die Einrichtung und attackieren migrantische Jugendliche.
- 2003: Angriff von 25 Rechten im Alter von 14 bis 23 Jahren mit Baseballschlägern auf sechs migrantische Jugendliche am U-Bahnhof Rudow
- Am gleichen Wochenende jagt eine Gruppe von ca. 50 Neonazis, bewaffnet mit Messern und Baseballkeulen, unter »Sieg Heil«-Rufen migrantische Jugendliche an der Rudower Spinne.
- 2006: Ein Informationsstand der PDS sowie des Bündnisses »Gemeinsam gegen Rechts«, und seine Betreiber werden in der Nähe des U-Bahnhofs Rudow von 15 Neonazis mit Leuchtspurmunition, Teleskopschlagstöcken, Eisenrohren und Pfefferspray angegriffen.

Hier sei die Frage, wie viele solcher Taten noch zum »Neukölln-Komplex« gehören. »Wie viele Straftaten, insbesondere rassistische, wurden vor diesem Zeitraum in Neukölln bei der Polizei und dem LKA registriert und lassen sich im Hinblick auf eine Terrorserie neu prüfen? Gibt es Hinweise, dass auch schon frühere Taten zu dieser Serie gehören könnten? Ist diesen Hinweisen nachgegangen worden?«

»Nicht nur die Taten haben ihre Kontinuität, sondern auch der Umgang damit, so scheint es. Von Drohbriefen, rechtsextremistischen Chatgruppen – wo u. a. Polizeibeamte involviert sind – bis zu Feindeslisten, von der Rolle des Verfassungsschutzes und seinen Verbindungen zu den Nazistrukturen bis zu den jahrelang unaufgeklärt bleibenden Straftaten. Der »Neukölln-Komplex« als rechtsextremistische und rassistische Anschlagsserie im Zeitraum von 2009 bis 2021 […] muss in diese gesellschaftliche Kontinuität in Deutschland eingeordnet werden.«

»Betroffene der Anschlagserie des »Neukölln-Komplexes« haben genauso wie alle anderen Opfer und Opferfamilien in Berlin und Deutschland kämpfen müssen. Da die Ermittlungsarbeit der zuständigen Behörden über zehn Jahre keine Ergebnisse im Sinne einer Aufklärung ergeben hat, haben die Betroffenen sich vernetzt und einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gefordert. Aus Sicht der Opfer wäre es ein wichtiges Signal gewesen, wenn die Politik dies früher getan hätte.«

Sarp führte aus, dass es Jahre gedauert habe, bis die Taten des »Neukölln-Komplexes« als Serie gewertet wurden. Nazis bzw. rechte TäterInnen seien als harmlos angesehen worden, die Einschätzungen der Betroffenen nicht oder nicht genug wahrgenommen worden. Die Betroffenen hätten die verschiedenen Taten als Serie identifiziert und sich deshalb als Schutz- und Sicherheitsmaßnahme vernetzt.

Sarp kritisierte auch den häufigen Wechsel der zuständigen Polizeibeamt*innen im »Neukölln-Komplex«: »Jedes Mal einer neuen Person das Gleiche erzählen zu müssen, stellt für die Opfer eine große Belastung dar.«

Im »Neukölln-Komplex« seien durch die Behörden zahlreiche Taten lediglich als Sachbeschädigungen betrachtet worden, das erlebten die Betroffenen als Verharmlosung. »Es wurden Steine gegen Fenster des Wohnhauses geworfen; Briefkästen wurden beschädigt und sogar durch Sprengstoff; Autos wurden in Brand gesteckt – auch während Menschen daneben in ihren Häusern schliefen. Es hätte alles anders laufen können, denn Menschenleben wurden hier in Gefahr gebracht. Hinter den beschädigten Sachen steckte ein Ziel: die Aktivitäten, die Sichtbarkeit und die Existenz von Menschen.«

Die Sachverständige ging auch auf den Mord an Burak Bektaş 2012 ein. Es sei der Aufklärungsarbeit der Angehörigen zu verdanken, dass Burak nicht einfach in der Liste unaufgeklärter Taten steht, sondern im Gedächtnis in der Öffentlichkeit weiterlebt. Sie zitiert Buraks Mutter Melek Bektaş: »Die, die wir verloren haben, können wir nicht wieder zurückbringen. Unsere ganze Hoffnung ist, dass keine weiteren Buraks sterben müssen.«

Zusammenstellung aus dem Bericht von NSU-Watch:
https://kurzlinks.de/PuaNkA05

und dem Gutachten von ReachOut für den PUA:
https://kurzlinks.de/PuaNkA06

693 vergleichbare Vorfälle in Berlin von 2009 bis 2021

Kati Becker/Koordinierung der Berliner Register im PUA am 9.12.2022

Auszug aus dem Bericht von NSU-Watch von der Sitzung

Als Sachverständige wurde in der 9. Sitzung des »1. Untersuchungsausschusses (›Neukölln‹)« im Berliner Abgeordnetenhaus Kati Becker gehört. Becker koordinierte die Berliner Register, zuvor hat sie die Registerstelle in Treptow-Köpenick aufgebaut und jahrelang betreut. Sie trug ihr Gutachten zur Neuköllner Anschlagsserie vor. Ihre Aufgabe bestand darin, Bezüge in andere Bezirke zu beleuchten und extrem rechte Strukturen und Rahmenbedingungen zu beschreiben für den Zeitraum 2009 bis 2021.

Kati Becker stellte fest: »Um eine Auswahl vergleichbarer Taten auszuwerten, muss geklärt werden, was die Neuköllner Anschlagserie aus Perspektive der Koordinierung der Berliner Register auszeichnet. […]«

In der Auswertung berücksichtigt wurden entsprechend nur Angriffe (Brandstiftungen und Körperverletzungen), Sachbeschädigungen und Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien für den Zeitraum 2009 bis 2021, die zusätzlich den Taten der Tatverdächtigen der Anschlagsserie ähnlich sind und die sich gegen Menschen richteten, die sich erkennbar gegen die extreme Rechte engagierten.

Nach der Durchsicht aller Vorfälle im genannten Zeitraum komme man dann auf berlinweit 673 Vorfälle. Aus den Daten der Registerstellen gehe außerdem hervor, dass es 18 Nächte gab, in denen mehrere Anschläge verübt wurden: »Aus einigen dieser Beschreibungen von Vorfällen geht hervor, dass die gleichen Täter*innen von Tatort zu Tatort ziehen konnten.«

Eine Erkenntnis aus dem Gutachten formuliert Kati Becker folgendermaßen: »Vergleichbare Anschläge wurden über mehrere Jahre in unterschiedlichen Bezirken dokumentiert.«

Anschläge wie die der Neuköllner Anschlagsserie seien, so die Sachverständige, Teil einer politischen Strategie, die von Neonazis selbst als »Anti-Antifa-Arbeit« bezeichnet wird: »Ziel

ist es, politische Gegner*innen auszuschalten, entweder durch Einschüchterung oder durch Gewalt. Die ›Anti-Antifa-Arbeit‹ umfasst neben Anschlägen auch das Erfassen und Auskundschaften potenzieller Ziele.«

Die Neuköllner Anschlagsserie zeige beispielhaft, mit welchen Mitteln die extreme Rechte ihre Gegner*innen einschüchtern will, so Becker. Sie »bestand aus einem Repertoire an Aktionsformen wie Brandanschlägen, Sprühereien, Sachbeschädigungen und Straßengewalt.« Dabei seien die Anschläge in Neukölln nicht von isolierten »Einzeltätern« verübt worden, sondern von »gut vernetzten Aktivisten der extremen Rechten, die sich Aufgaben aufteilen konnten und die auf eine gemeinsame Geschichte von mehreren Jahren zurückblickten«.

Zusammenfassend stellt die Sachverständige fest: »Die Anschläge in Neukölln unterscheiden sich von denen in anderen Bezirken dadurch, dass häufig mehrere Anschläge pro Nacht durchgeführt wurden. Hinzu kommt, dass es ebenso Brandstiftungen in anderen Bezirken gab, aber deutlich seltener als in Neukölln. Aktivitäten, die der Einschüchterung politischer Gegner*innen dienten, fanden phasenweise sehr konzentriert statt, wie man in Schöneweide und Johannisthal beobachten konnte, aber die Aktivitäten bestanden aus einem Repertoire an Taten. In Neukölln gab es die meisten Brandanschläge. Die ›Neuköllner Anschlagsserie‹ wurde nicht von Einzeltätern verübt, sondern von Personen, die einem bestimmten Zusammenhang von Personen angehör(t)en, die aktionsorientiert und gewaltbereit waren. ›Anti-Antifa‹-Arbeit, zu der das Ausspähen von Gegner*innen, das Veröffentlichen von Feindeslisten und die Durchführung von Anschlägen gehörten, war nur eines der Aktionsfelder dieser Szene. Die Personen dieser Szene organisierten sich über die zwölf Jahre des Untersuchungszeitraums in unterschiedlichen Gruppen und Strukturen, mittlerweile ist es die Partei ›Der III. Weg‹.«

Die Daten der Berliner Register und die Expertise der Sachverständigen Kati Becker sind eine wichtige Wissensressource, wenn es um die Einordnung des »Neukölln-Komplexes« geht. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses hätten sich dieses Wissens nur bedienen müssen. Wie schon bei den vorherigen Sachverständigen blieben die Ausschussmitglieder bei ihrer Befragung aber erneut nur an der Oberfläche. Die Frage nach der zeitlichen Eingrenzung zum Beispiel wäre eine Frage gewesen, die zu Beginn der Befragung hätte gestellt werden können, um von da aus tiefer ins Thema einzusteigen. Statt aber ihre Erkenntnisse zu diskutieren und weiteres Wissen zu erfragen, lässt man sich lieber die Arbeit der Sachverständigen noch ein zweites, drittes oder viertes Mal erklären.

Das Gutachten macht an vielen Stellen deutlich, wie wenig zielführend es ist, bei der Untersuchung des »Neukölln-Komplexes« nur auf die Zeit ab 2009 zu schauen und nur auf den Bezirk Neukölln. Es macht klar, dass es sich beim Netzwerk, das für die Taten des »Neukölln-Komplexes« verantwortlich ist, um eine Gesamt-Berliner Struktur handelt. Und dass dieses Netzwerk aus einem relativ überschaubaren, sich über die Jahre im Kern nur wenig ändernden Personenkreis aus weitgehend namentlich bekannten Neonazis besteht, deren Vorgehensweise im Wesentlichen gleich bleibt. Trotz dieses Wissens erzielten die Behörden aber über Jahre – beinahe Jahrzehnte – hinweg keine großen Ermittlungserfolge. […] Beim Thema des Umgangs der Behörden mit dem »Neukölln-Komplex« müsste der Ausschuss – schon um seinem Untersuchungsauftrag nachzukommen – genauer hinschauen. Häufig macht der Aus-

schuss stattdessen den Eindruck, er sei ganz überrascht über Erkenntnisse, die man schon vor zehn Jahren in diversen Antifa-Broschüren nachlesen konnte.

Link zum Gutachten:
https://kurzlinks.de/PuaNkE10

https://berliner-register.de

»Bevor es wieder einmal zu spät ist«

2. Offener Brief zum PUA am 4.1.2023

Nun wurden von Juni bis Dezember 2022 neun Sitzungen im langerwarteten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss »Neukölln« abgehalten. Betroffene wurden als Zeuginnen und Zeugen angehört und die Einschätzung von externen Sachverständigen wie den Opferberatungsstellen hinzugezogen. Die Phase dieser Anhörungen ist mit der 9. Sitzung (am 9.12.2022) abgeschlossen worden. Der Ausschussvorsitzende Florian Dörstelmann (SPD) bilanziert, der Untersuchungsausschuss zur rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln sei bis jetzt »erfolgreich« verlaufen, der Ausschuss habe »einen hervorragenden Überblick darüber bekommen, wie welche Akteure zugange sind, wie die Vernetzung erfolgt und was einzelnen Akteuren mutmaßlich zugeordnet werden kann« und schlussfolgert: »Das heißt, wir erkennen die Muster der Anschlagsserie immer besser.« (laut »Tagesspiegel«)

In der 10. Sitzung am 6. Januar [2023] soll es weitergehen mit der Beweiserhebung durch die Zeug:innen Uta Leichsenring und Dr. Herbert Diemer, die vom damaligen Innensenator Geisel als Sonderermittler im »Neukölln-Komplex« eingesetzt wurden. In einer gemeinsamen Runde mit den zuständigen Senatsverwaltungen soll außerdem besprochen werden, wie künftig Akten für den Ausschuss zur Verfügung gestellt werden können. Denn zuvor hatten die Sprecher:innen der Fraktionen beklagt, dass kaum Unterlagen vorlägen, und dem Senat eine »Blockade« vorgeworfen.

»Auf gutem Kurs« sind wir erst, wenn wir sehen können, wo es lang geht!

Die Anhörung der Zeuginnen und Zeugen und der externen Expert:innen war sehr aufschlussreich und ein großer Erfolg der Betroffenen von rassistischer und rechter Gewalt sowie der mit ihnen solidarischen Menschen aus Gesellschaft und Politik. In einem ersten Offenen Brief haben wir unsere Anliegen, Vorstellungen und auch Kritiken dargelegt. Nach der 9. Sitzung kommen wir zu einer etwas anderen Schlussfolgerung:

Der Untersuchungsausschuss legt eine Missachtung der Betroffenen zutage, die inakzeptabel ist. Es gibt in der Sache engagierte Abgeordnete und es gibt Abgeordnete, die öffentlich verkünden, sie hätten den Bericht der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) vor deren Anhörung gar nicht gelesen, wie es der Fall beim maßgeblichen CDU-Vertreter im Ausschuss war.

Wir haben den Eindruck, dass Abgeordnete und Fraktionen immer noch nicht verstanden haben, was der Untersuchungsausschuss leisten soll und muss. Der Ausschuss wird bloß

mehr oder weniger durchgezogen. Wir können noch keine Strategie sehen, die etwas verändern möchte und das Potential dazu hat. Derzeit werden letztlich nur Tatsachen zusammengetragen, die in der Zivilgesellschaft seit Jahren bekannt sind. Frau Leichsenring und Herr Dr. Diemer werden darüber hinaus lediglich ihren Bericht – der nach seinem Inhalt unvollständig bleiben musste – bestätigen. Worin liegt da ein Erkenntnisgewinn?

Aktenanforderungen endlich durchsetzen!

Bisher verweigern Innen- und Justizverwaltung die Herausgabe der relevanten Akten aus den Sicherheitsbehörden an den Ausschuss. Die Justizverwaltung verweist dabei auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Frankfurt/Main, wonach die Herausgabe von Akten an den vom Hessischen Landtag hierzu eingesetzten Untersuchungsausschuss im Zusammenhang mit dem Mord an Walter Lübcke bis zum Abschluss des Strafverfahrens die ordnungsgemäße Durchführung des Verfahrens gefährde. Derartige Scheinprobleme sind im Zusammenhang mit den vom Bundestag und einzelnen Landtagen eingesetzten NSU-Untersuchungsausschüssen nie konstruiert worden! Ergeben sich aus den Behördenakten tatsächlich noch Wunder, die in das jetzt noch beim Amtsgericht laufende Verfahren gegen Sebastian Thom eingeführt werden können? Und was ist mit den eingestellten Ermittlungsverfahren? Der Ausschuss muss hier endlich aktiv werden und notfalls auch rechtliche Schritte ohne Rücksichtnahme auf die parteipolitische Zuordnung der betreffenden Ressorts ergreifen.

Eine echte Öffentlichkeit des Ausschusses herstellen!

Noch immer warten wir darauf, dass im Neukölln-Untersuchungsausschuss wirkliche Öffentlichkeit hergestellt wird. Die Betroffenen wurden vor dem Ausschuss weitgehend allein gelassen und mussten sich allein der teilweise unfreundlichen Atmosphäre, polemischen Kommentaren und irreführenden bis absurden Fragen stellen.

Wir, die unterzeichnenden Betroffenen und Initiativen, fordern den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, den Ausschuss und seine Mitglieder daher nochmals auf, die räumlichen Bedingungen für eine echte Öffentlichkeit herzustellen.

Wir fordern alle Abgeordneten auf, ein Konzept zu erstellen und dafür alles Erforderliche einzuholen. Um, wie es in dem Einsetzungsbeschluss heißt, aufzuklären, welche »Akteure« und welche »Vernetzungen« in den Blick genommen werden, oder welche »Muster«, die solche Anschlagsserien ermöglichen, wie betrachtet werden sollen, braucht es Entschlossenheit und Transparenz.

Der Prozess gegen die Nazi-Bande um Sebastian Thom zeigt das strukturelle Behördenversagen nochmals auf!

Der seit Monaten vor dem Amtsgericht Tiergarten laufende Prozess gegen Mitglieder einer Nazibande, deren prominentester Vertreter Sebastian Thom ist, macht deutlich, dass Justiz und Sicherheitsbehörden immer noch nicht verstanden haben oder wahrnehmen wollen, dass der »Neukölln-Komplex« ein berlinweites rechtsterroristisches Netzwerk betrifft.

Vernetzungen und gemeinsame Planungen waren nie Gegenstand der Anklage – es wurden lediglich scheinbare Einzeltaten angeklagt. Das Verfahren gegen den Neuköllner Neonazi Oliver Werner wurde aus gesundheitlichen Gründen abgetrennt, weil der Angeklagte sich krankgemeldet hatte. Ob und wann der Prozess gegen ihn fortgesetzt wird, ist unklar. Das von der Vorsitzenden Richterin deswegen angeforderte Attest ist offenbar nie eingereicht worden. Im Laufe des Prozesses stellte sich außerdem heraus, dass Werner, der als politischer »Ziehvater« von Thom gilt, mit seinem Zögling gerichtsfest dabei beobachtet worden war, Morddrohungen an der Wohnung eines Antifaschisten anzubringen. Eine weitere Anklage gegen Werner könnte daran scheitern, dass der Staatsschutz ein an sich von Amts wegen anzuzeigendes Delikt aus »ermittlungstaktischen Gründen« eben nicht angezeigt hat.

Betroffene der Neuköllner Anschläge und zivilgesellschaftliche Gruppen hatten bereits 2018 eine Übernahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt gefordert. Aber das Bestehen eines kriminellen rechten Netzwerks wurde schon damals nicht einmal in Betracht gezogen. Die Anklagen im Prozess gegen die Neuköllner Nazibande machen die Täter zu Einzeltätern, ihre Taten zu Einzeltaten. Die Justiz geht also nicht von der Tatsache aus, dass in Berlin – nicht nur in Neukölln – seit deutlich mehr als zehn Jahren ein militantes Neonazi-Netzwerk aktiv ist. Die Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedern der Nazibande ist bei dem Prozess nicht berücksichtigt worden, in der Folge wurde Tilo Paulenz, der nachweislich Betroffene der Brandanschläge ausspioniert hatte, dann auch wegen der Anschläge freigesprochen.

Es sind bereits Burak Bektaş (5.4.2012) und Luke Holland (20.9.2015) ermordet worden. Müssen noch weitere Menschen sterben, ehe gegen die Neonazi-Strukturen in Neukölln und den übrigen Berliner Bezirken ermittelt wird?

Auch hier ist klar:

Wir erwarten vom Untersuchungsausschuss Ergebnisse – bevor es wieder einmal zu spät ist.

Erstunterzeichner*innen: Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş – BASTA – NSU-Watch – Claudia v. Gélieu – Christian v. Gélieu – ReachOut – *aze (andere zustände ermöglichen) – Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen – Neukölln-Watch

Demokratische Aufgabe wird nicht wahrgenommen.

Presseerklärung vom 30.11.2023

Der größte Skandal im »Neukölln-Komplex«: Polizei, Senat, Abgeordnete und Presse nehmen ihre demokratischen Aufgaben nicht wahr!

Seit Juni 2023 werden im Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des »Neukölln-Komplexes« Zeug:innen aus der Polizei befragt, unter ihnen der Leiter des LKA Berlin Christian Steiof und weitere führende Polizeibeamt:innen bis hinunter in die Polizeiabschnitte in Neukölln-Süd. Viele Polizeibeamt:innen (auch der Leiter des LKA) fallen durch große Respektlosigkeit gegenüber dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf, teilweise garniert mit antidemokratischen Statements:

Sie beschreiben kleine Anfragen der demokratisch gewählten Abgeordneten als Behinderung der Polizeiarbeit und illegitime Zumutung und kritische Presseberichte als Sicherheitsrisiko und persönliche Beleidigung. Sie drücken immer wieder ihre Ablehnung und ihr Misstrauen gegenüber der kritischen Öffentlichkeit aus und äußern sich völlig empathie- und respektlos gegenüber den Betroffenen der Anschlagsserie. Es fallen Bemerkungen wie die, dass die Betroffenen unter »Verfolgungswahn« leiden würden. Damit bagatellisieren die Polizist:innen die Terrorserie.

»Wir fordern demokratische Kontrolle. Bei der Polizei ist es eigentlich schlimmer, als wir gedacht haben. Da gibt es ein Polizeistaatsdenken, wenn man sagt, die Polizei werde durch demokratische Kontrolle in ihrer Arbeit behindert. Das Nachhaken ist nicht erwünscht, und wenn wir uns diese Kontrolle wirklich wegdenken, heißt das, die Polizei kann tun und lassen, was sie will. Und das ist ein Polizeistaat!« Claudia von Gélieu, Betroffene und Beobachterin des Untersuchungsausschusses im Interview mit der Agentur für soziale Perspektiven (https://kurzlinks.de/PuaNkA07).

Die Polizeizeug:innen geben nur das zu, was sowieso schon öffentlich bekannt ist. Selbst da, wo öffentliche Erkenntnisse vorliegen, werden diese mitunter offensichtlich falsch wiedergegeben. Es gibt permanent Widersprüche in den Aussagen der Polizeizeug:innen: Sie widersprechen sich untereinander, aber auch selbst in der eigenen Aussage. Immer wieder weigern sich die Polizeizeug:innen, Fragen zu beantworten. Sie benutzen Worthülsen und Floskeln wie »Es ist zwar schwer nachzuvollziehen, aber daran kann ich mich nicht mehr erinnern«, auch wenn es um den offiziellen Kernbereich ihrer Arbeit geht.

Zu alledem versuchen die Polizeizeug:innen den Untersuchungsausschuss zu funktionalisieren, um pauschale Forderungen nach mehr Personal und Technik zu platzieren, und werden darin von den Abgeordneten der Regierungsparteien unterstützt.

Die Abgeordneten im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss hören an statt zu vernehmen. Die Abgeordneten stellen die Fragen der Betroffenen nicht und die Polizeizeug:innen werden nicht mit den bereits im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss gemachten Aussagen der Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Einrichtungen konfrontiert. Auch wenn die Aussagen der Polizeizeug:innen offensichtliche Widersprüche oder andere Auffälligkeiten enthalten, haken die Abgeordneten viel zu wenig nach. Die Polizeizeug:innen werden nicht mit ihren Widersprüchen, falschen Behauptungen und Lügen konfrontiert, sie werden hierfür bisher auch nicht erneut vorgeladen. Die Möglichkeit einer Vereidigung der Polizeizeug:innen, um wahrheitsgemäße Aussagen zu erzielen, wurde noch überhaupt nicht genutzt. Das teilweise dreiste und respektlose Auftreten der Polizeibeamt:innen wird hingenommen.

Der Innensenat und die Justiz behindern die Arbeit des Untersuchungsausschusses durch verzögerte Aktenlieferung, Beschränkung der Aussagegenehmigung der Zeug:innen und Rechtsbeistände, die von der Innensenatsverwaltung gestellt werden. Des Weiteren wird versucht, durch Hausdurchsuchungen und das öffentliche Bekanntwerden von Strafermittlungen gegen Polizeizeug:innen – direkt vor ihrer Aussage beim Untersuchungsausschuss! – die Polizeizeug:innen auf Linie zu bringen. Auch hiergegen wehren sich die Abgeordneten des PUA kaum.

Die Presse liefert weder Analysen noch Kommentare zu dem skandalösen Verlauf des Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum »Neukölln-Komplex«. Nur wenige Pressevertreter:innen beobachten den PUA regelmäßig. Die Berichterstattung beschränkt sich auf kurze Berichte. Die Presse scheint passiv auf den nächsten großen Skandal zu warten. Dabei wird völlig versäumt, den eigentlichen Skandal, das Verhalten der Polizeizeug:innen, in seiner Dramatik für das demokratische System darzustellen.

Eine kritische Reflexion der eigenen erfolglosen Ermittlungsarbeit scheint beim LKA und den Polizeieinheiten (EG RESIN, EG REX, OG REX) nicht stattzufinden. Das eigene Versagen oder die Ergebnislosigkeit bei den Ermittlungen gegen rassistische/rechte Gewalt scheint ihnen nichts auszumachen – oder noch schlimmer: Das Selbstverständnis der eigenen Arbeit in diesem Kontext besteht gar nicht darin, Ermittlungsergebnisse zu liefern. Ein Verständnis für die demokratische Gewaltenteilung scheint nicht vorhanden zu sein bzw. es entsteht der Eindruck, die Polizeizeug:innen stellten sich vor außerhalb dieser zu stehen: ein Staat im Staate.

Wir, die Betroffenen der Nazigewalt in Neukölln, politische Initiativen und Organisationen haben diesen Untersuchungsausschuss durch unsere beharrliche, teils jahrzehntelange Arbeit durchgesetzt. Wir sind nach wie vor nicht bereit hinzunehmen, dass nur der Mord an Luke Holland teilweise aufgeklärt wurde, alle anderen Nazigewalttaten seit über 15 Jahren hingegen nicht. Der Mord an Burak Bektaş und der vierfache Mordversuch an seinen Freunden in der Nacht des 5. April 2012 ist noch immer nicht aufgeklärt. Die Angehörigen von Burak haben keine Gewissheit und die Freunde von Burak mit ihren Angehörigen ebensowenig.

Wir sind die Auftraggeber:innen dieses Untersuchungsausschusses! Unsere Ansprüche auf Aufklärung und Gerechtigkeit werden in diesem Ausschuss jedoch mit Füßen getreten.

Obendrein beschließt die CDU/SPD-Regierung gerade eine Ausweitung der Befugnisse der Polizei durch das neue Polizeigesetz. Mehr Waffen, mehr Befugnisse, mehr Bodycams (die durch die Polizeibeamt:innen an- und ausgeschaltet werden können, wie sie wollen) werden nicht zu mehr Sicherheit für die Bürger:innen führen, sondern das Gegenteil bewirken. Eine Polizei außerhalb der demokratischen Kontrolle ist außerhalb der Kontrolle von uns allen.

Dieses alles führt – wie am 27. November 2023 bekannt wurde – zu nicht bearbeiteten rechten Straftaten beim LKA: Drei Jahre Straflosigkeit für Nazigewalttäter in 364 Fällen mussten zugegeben werden!

Wir fordern die Presse auf, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum »Neukölln-Komplex« kritisch medial zu begleiten!

Wir halten eine Beobachtung und Begleitung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum »Neukölln-Komplex« durch Wissenschaftler:innen und anderen Expert:innen für notwendig und fordern sie ein!

Wir rufen alle relevanten zivilrechtlichen Institutionen und Organisationen auf, sich einzubringen, und alle Expert:innen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft, den Sitzungen des PUA zum »Neukölln-Komplex« beizuwohnen.

Erstunterzeichner:innen:
ASP. Agentur für soziale Perspektiven e. V. – *aze (andere Zustände ermöglichen) – Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes. Bund der Antifaschist*innen – Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş – NSU-Watch – Claudia v. Gélieu/Rudow empört sich – Christian v. Gélieu/Galerie Olga Benario – BASTA – VVN-VdA Berlin-Neukölln

Die Morde an Burak Bektaş und Luke Holland

Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş

Hintergrund

In Berlin-Neukölln gibt es seit Jahrzehnten eine organisierte Naziszene und Angriffe auf linke und rassifizierte Menschen. Am 9. November 2011, kurze Zeit vor dem Mord an Burak Bektaş, wurde zum zweiten Mal ein Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus, das Haus der Falken in Berlin Neukölln, verübt. Gleichzeitig verschickten Reichsbürger »Ausreiseaufforderungen« an für sie nicht genügend deutsche Menschen, an Moscheen, Jugendclubs und Privatpersonen mit arabisch klingenden Nachnamen, in denen standrechtliche Erschießungen auf offener Straße angedroht wurden.

Der Mord an Burak Bektaş und versuchte Mord an vier jungen Männern

In der Nacht vom 4. auf den 5. April 2012 wurde Burak Bektaş ermordet. Burak und vier weitere Jugendliche/junge Männer standen gegenüber vom Krankenhaus Neukölln. Vollkommen überraschend ging ein unbekannter älterer weißer Mann auf sie zu und schoss auf die Gruppe. Burak starb an den Schussverletzungen, die anderen vier überlebten das Attentat. Zwei von ihnen wurden lebensgefährlich verletzt.

Die Situation und der Ablauf der Tat sprechen für eine rassistische, extrem rechte Tat.

Der Täter wurde bis heute nicht ermittelt. Ca. zwanzig Kleine Anfragen im Abgeordnetenhaus und einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss später ist die Wahrscheinlichkeit gering, dass sich das auf diesen Wegen ändern wird.

Für die Familie, die Angehörigen und ihnen nahe stehende Personen bedeutet dies, mit Straflosigkeit statt Gerechtigkeit und mit der bedrohlichen Situation eines nicht verurteilten Täters weiterleben zu müssen. Es stellen sich immer wieder die Fragen, was die Ermittlungsbehörden an der Aufklärung der Tat gehindert hat, warum die Möglichkeit einer Nachahmungstat nach dem Vorbild der Morde des NSU keine Konsequenzen für die Ermittlungsarbeit hatte und ob ein Grund dafür auch der Rassismus in den Ermittlungsbehörden und bei den politisch Verantwortlichen ist und ihre Weigerung, konsequent gegen extrem rechte Täter zu ermitteln.

Das gilt auch für den Mord an Luke Holland.

Der Mord an Luke Holland

Am 20. September 2015 wurde Luke Holland von dem Nazi Rolf Zielezinski ermordet.

Luke hatte am frühen Morgen vor einer Kneipe an der Ecke Ringbahnstraße/Walterstraße einem Freund in Großbritannien auf Englisch zum Geburtstag gratuliert. Plötzlich ging ein älterer weißer Mann mit einer abgesägten Schrotflinte auf ihn zu und schoss ihm aus nächster Nähe in den Bauch. Ein Mann und eine Frau kamen aus der Kneipe. In diesem Moment wollte der Täter mit seiner Waffe in die Kneipe gehen, aber der Frau gelang es, ihn daran zu hindern, indem sie mit ihm sprach. Der Mann saß bei Luke und hielt seine Hand, als er starb.

Am Abend des 20. Septembers 2015 wurde Rolf Zielezinski aufgrund von Hinweisen der Zeug*innen nahe seiner Wohnung, die in der Nähe des Tatorts lag, verhaftet. Am Vormittag des 21. September 2015 übergaben Verwandte von Zielezinski der Polizei eine Plastiktüte mit der Tatwaffe und Kleidung, die er direkt nach der Tat bei ihnen versteckt hatte.

Rolf Zielezinski wurde 2016 wegen Mordes zu 11 Jahren und 7 Monaten Haft verurteilt. Das Gericht entschied, ein Tatmotiv könne nicht festgestellt werden. Die Wohnung von Zielezinski war angefüllt mit NS-Devotionalien, Waffen u. v. a., die eindeutig bewiesen, dass er ein bewaffneter Nazi ist. Es fand sich auch Schwarzpulver, das zur Bombenherstellung verwendet werden kann. Warum hat das Gericht entgegen dieser offensichtlichen Sachlage und dem extrem rechten Hintergrund des Täters kein Motiv erkennen wollen? Warum wurde schon während der Ermittlungen kein Fokus auf eine extrem rechte Tat gesetzt? Für Lukes Familie ist das unerträglich.

Lukes Mutter, Rita Holland, nahm sich am 21. Oktober 2019 das Leben. Sie konnte den Mord an ihrem Sohn nicht verwinden. Lukes Mörder Rolf Zielezinski ist auch für ihren Tod verantwortlich.

Die Anhörungen im PUA

Die hier dargestellten Fakten haben wir in Gesprächen mit den Überlebenden des Anschlags am 5. April 2012, den Angehörigen von Burak, den Anwält*innen der Familie Bektaş und Rita und Philipp Holland erfahren. Ergänzt wurden diese durch unsere Beobachtung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum »Neukölln-Komplex« im Abgeordnetenhaus.

Von der 28. bis zur 30. Sitzung des Ausschusses wurden die Ermittlungen zum Mord an Burak Bektaş behandelt, in der 31. Sitzung waren die Ermittlungen zum Mord an Luke Holland Thema.

Am 12. April 2024 wurde Alexander Hübner gehört. Er leitete bis 2019 die Mordermittlungen zu Burak Bektaş. 2020 bis 2023 arbeitete er als Kommissariatsleiter beim Staatsschutz PMK [Politisch motivierte Kriminalität] Rechts. Dort ließ er 387 Fälle von politisch rechts motivierten Straftaten unbearbeitet, dies sollen sechs Prozent der Fälle in Berlin gewesen sein. Anschließend wurde Dieter Horstmann, leitender Staatsanwalt der Mordermittlungen zu Burak Bektaş, gehört. Horstmann beriet 2020 die Sonderermittler zum »Feuertod von Oury Jalloh« im Landtag von Sachsen-Anhalt.(1) 2023 war er Gruppenleiter der Abteilung der Staatsanwaltschaft, die zu den sog. »Silvesterrandalen« ermittelte.(2)

Zuletzt wurde Lukas Theune, Anwalt der Familie Bektaş, gehört.

Bei der öffentlichen Anhörung war Melek Bektaş, die Mutter von Burak Bektaş, anwesend.

Am 26. April 2024 wurden Helga Seyb, Opferberaterin bei ReachOut, Christian Schulz, der Polizeibeamte, der die Durchführung der VICLAS-Anfragen und Teile der OFA (Operative Fallanalyse) leitete und Staatsanwalt Martin Knispel, der zunächst Stellvertreter von Dieter Horstmann, dem leitenden Staatsanwalt der Mordermittlung zu Burak Bektaş, war und diesen 2020 ablöste.

Am 17. Mai 2024 wurde Marianne Emmert gehört, zum Zeitpunkt des Mordes an Burak Tatortermittlerin und Sachbearbeiterin im LKA 116 in der 6. Mordkommission. 2020 wurde Marianne Emmert beauftragt, die Ermittlungen im Fall Burak zu übernehmen. Bis 2022 wurde sie ganz für diese Aufgabe freigestellt.

Am 31. Mai 2024 wurden Onur Özata, Rechtsanwalt der Familien Holland und Bektaş, Kriminalkommissar Thomas Rabehl, leitender Ermittler zum Mord an Luke Holland, und Michael von Hagen, leitender Staatsanwalt, gehört.

Philip Holland, der Vater des ermordeten Luke Holland, war bei der Sitzung anwesend. Er war aus Manchester angereist.

Kein respektvoller Umgang mit den Angehörigen

Die erste Sitzung zum Mord an Burak Bektaş fand wenige Tage nach dem 12. Jahrestag des Mordes an Burak am 5. April 2024 statt. Eine jährlich für die Familie besonders belastende Zeit. Die Ausschusssitzung am 12. April 2024 war eine zusätzliche Belastung.

Staatsanwalt Horstmann schien während der gesamten Befragung am 12. April 2024 in der Offensive zu sein und die Parlamentarier*innen setzten ihm nichts entgegen. Auf die Frage nach Fehlern bei den Ermittlungen antwortete Horstmann: »Ich wüsste von keinen, nur, dass kein Ergebnis vorliegt. Aber jeder 10. Mord wird nicht aufgeklärt.« Und er erklärte, der Mord an Burak sei das perfekte Verbrechen gewesen. Kein Wort des Bedauerns, keine Entschuldigung für die verwehrte Aufklärung und dafür, dass kein Täter überführt wurde. In der Sitzung vom 31. Mai 2024 sagte Kriminalkommissar Thomas Rabehl, sie hätten die Klärung des Mordmotivs bei der Ermordung von Luke Holland aus ermittlungsökonomischen Gründen nicht weiterverfolgt. Und sinngemäß, sie hätten Wichtigeres zu tun gehabt. Auf Nachfrage bezüglich Personalressourcen und Zeit betonte er, daran habe es nicht gelegen.

Auch hier keinerlei Verantwortungsübernahme, kein Bedauern gegenüber Philip Holland, dem anwesenden Vater des ermordeten Luke Holland. Und das alles angesichts des Umstands, dass Rita Holland, Lukes Mutter, aus dem Leben ging, weil sie den Schmerz über den Verlust ihres Sohnes nicht mehr ertragen konnte. Auch die ausgebliebenen Ermittlungen zu einem Tatmotiv waren unerträglich für sie und den Vater von Luke Holland.

Kein Rassismus in den Behörden?

Der Leitende Mordermittler Hübner behauptete, in seinem Team sei niemand rassistisch. Der Initiative wurde berichtet, dass ein rassifizierter Mann, der am 5. April 2012 einen der Überlebenden tröstete, von der am Tatort eintreffenden Polizei mit einer Waffe bedroht wurde.

Auch der erste angebliche Tatverdächtige, den die Polizei am Tatort kurzzeitig verhaftete, obwohl er nicht der Beschreibung der überlebenden Zeugen entsprach, war ein rassifizierter Mensch. Warum behandelten die Ermittler*innen diese Menschen so? Warum wurde keiner der umstehenden älteren weißen männlichen Zeugen als tatverdächtig angesehen?

Nach dem NSU?

In den Aussagen der Verantwortlichen bei den Ermittlungsbehörden ist eine – vorgeschobene – Unkenntnis über Nazis und rechten Terror frappierend. Der leitende Staatsanwalt Horstmann erklärte, ein Bezug zum NSU könne ausgeschlossen werden, da »die ja alle tot oder in Haft« seien. Damit vertritt er die absurde These, der NSU sei nur ein Trio gewesen, und es habe keine Netzwerke gegeben.

Der leitende Mordermittler Hübner sagt, er habe im Rahmen seiner Ermittlungen keine Parallelen zu anderen Mordfällen gefunden, die auf eine rassistische Tatmotivation hindeuten. Er begründete dies damit, dass der Täter nichts sagte und es keine Interaktion mit den Opfern gegeben habe. Daher habe es keine Hinweise auf seine Motivation gegeben. Aber genauso handelte der NSU. Das Gegenteil ist also der Fall.

Hübner erklärte, nach der »Selbstenttarnung« des NSU habe es keine Dienstanweisungen o.ä. bezüglich veränderter Vorgehensweisen gegeben. Hierin waren sich alle Polizist*innen und Staatsanwälte beim PUA einig. Nach dem Bekanntwerden des NSU haben sie nichts geändert und das, obwohl es 2013 im 2. NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag massive Kritik am Berliner Landeskriminalamt gab und Handlungsempfehlungen formuliert wurden.(3)

Statt Steine umdrehen: sinnvoll ermitteln? Verschleppte, unzureichende Ermittlungen beim Mord an Burak Bektaş

Staatsanwalt Horstmann sagt am 12. April 2024, die erste Zeit nach einer Tat sei entscheidend. Was nach drei Wochen nicht ermittelt werde, könne auch später höchstwahrscheinlich nicht mehr herausgefunden werden. Ermittlungsergebnisse wurden in diesem Zeitraum nicht erzielt.

Ende Juni 2012 gab es darum einen Auswertungsbericht der Auswertereinheit LKA 11 AE/OFA mit vielen Hinweisen auf noch zu erledigende Ermittlungen, inklusive Tatverdächtigen. Diese Hinweise sind drei Jahre lang nicht umgesetzt worden und nicht in die Akte gelangt. Horstmann bestätigte dies in seiner Aussage. Schon 2019 musste der Berliner Innensenat öffentlich zugeben, dass es diesen Bericht gab und er jahrelang nicht umgesetzt wurde.

Es gab auch eine Nachfrage beim Verfassungsschutz, der keine Erkenntnisse gehabt haben soll, obwohl, wie Rechtsanwalt Theune ausführt, die Tat in den sozialen Medien diskutiert wurde. Diese »Erkenntnisse« wurden als »nur für den Dienstgebrauch« klassifiziert, das heißt, nicht in der Akte abgelegt. Anwält*innen und Familie hatten darüber keine Informationen.

Helga Seyb (Opferberaterin ReachOut) beschreibt in der Sitzung am 26. April 2024 die Polizeimaßnahmen und Ermittlungstätigkeiten als chaotisch und intransparent. Die Polizei habe viele Aktivitäten begonnen, jedoch seien nur wenige ausgewertet oder zu Ende geführt worden. Die Befragung von Anwohner*innen beispielsweise wurde angefangen, aber nicht zu Ende geführt, und die Fragebögen dann nicht mal ausgewertet.

Rechtsanwalt Theune sagte diesbezüglich, die Polizei habe die Lust an den Ermittlungen verloren. Schon 2013/14 habe es die Idee der Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegeben. Diese Idee wurde jedoch verworfen, vermutlich wegen der zu erwartenden negativen Reaktionen seitens der Familie und der Medien.

2020 verließ Kommissar Hübner die Mordkommission. Seine Kollegin Marianne Emmert übernahm die Akten und veranlasste einen Neustart. Wie Emmert in ihrer Anhörung am 17. Mai 2024 im PUA feststellte, war es zu diesem Zeitpunkt für viele Ermittlungen bereits zu spät. Gleichzeitig war auch Emmert von Anfang an Teil der mit den Ermittlungen zu Burak Bektaş befassten Mordkommission gewesen. Sie analysierte also die gescheiterte Ermittlungsarbeit eines Teams, dem sie damals selbst angehört hatte.

Es ist völlig unverständlich und nicht nachvollziehbar, weshalb die Verschleppung der Ermittlungen und das Aktenchaos – trotz erklärtermaßen vorhandener Kapazitäten – angeblich nicht verhindert werden konnten. Wie der zuständige Staatsanwalt Horstmann unverblümt im PUA bestätigte, gab es von seiner Seite keinerlei kontrollierende Tätigkeiten, Anregungen oder Empfehlungen.

Das LKA 5 (Staatsschutz) ließ der von Kommissar Hübner geleiteten Mordkommission eine Liste von 20 bis 30 möglicherweise tatverdächtigen Nazis zukommen. Laut Rechtsanwalt Theune waren die Auswahlkriterien für die von dieser Liste überprüften absurd wenigen zwei Personen nicht nachvollziehbar. Auch mit den Funkzellendaten wurden nur zwei von ihnen abgeglichen. Die Funkzellenauswertung wurde nicht zu Ende geführt. Stattdessen überprüfte die Polizei vier belgische Telefonnummern, die sich in der Funkzelle am Klinikum Neukölln befanden. Auch diese Ermittlung wurde verschleppt und war schlussendlich sinnlos.

In einer Operativen Fallanalyse (OFA), über die der Polizeibeamte Christian Schulz als Leiter der Abteilung OFA/AE in der Sitzung vom 26. April 2024 spricht, sollte der Fall ergänzend untersucht werden. Schulz erklärte, eine OFA stelle keine Ermittlung im eigentlichen Sinne dar, sondern werte ergänzend Aktenmaterial, also das schriftlich zu den Ermittlungen Festgehaltene aus. »Bis dato« hätten sie keine Erfahrung« mit »vermeintlich« politisch motivierten Taten. Schwerpunkt ihrer Analysen seien eigentlich andere, z. B. Sexualdelikte. Von ihm dabei willkürlich als »subjektiv« definierte Faktoren, wie Ort, gesellschaftlicher und politischer Kontext, und die Frage, wer die Opfer waren – beim Mord an Burak eine Gruppe von Jugendlichen mit Migrationsgeschichten – bezeichnete er als »Überstrahlungsfaktoren«, was bedeute, dass sie bei der Untersuchung keine Rolle spielen dürften. Die OFA solle nur vom Täterhandeln ausgehen.

Der Sinn und das Ergebnis der OFA erschloss sich bei Schulz' verwirrenden Ausführungen und dem Jonglieren mit willkürlich als objektiv und subjektiv definierten Faktoren nicht. Bestand ihr Zweck darin, von einem möglichen rassistischen Tatmotiv abzulenken und gleichzeitig Ermittlungsaktivitäten und Ermittlungseifer zu beweisen? Sollte das alles auch dazu dienen, eine Rechtfertigungsgrundlage für die Einstellung der Ermittlungen zu schaffen?

Für eine OFA im Falle des Mordes an Burak hat das LKA offensichtlich auch nicht die passende Datenbank. Die OFA ist eng mit der VICLAS-Datenbank verbunden. Diese Datenbank soll helfen, Gewaltserien aufzuklären und Ähnlichkeiten bei Tatabläufen zu finden. Rechtsanwalt Theune referierte bei seiner Stellungnahme, dass die verwendeten Eingabedaten »Ta-

ten ohne Motiv«, »Rache«, »religiöses«, »kulturelles«, »soziales«, »Wut«, »Ärger«, »Auseinandersetzung« enthielten, jedoch nicht explizit »Rassismus« oder »Rechtsradikalität«.

Die OFA und die Datenbank VICLAS wurden für eine Tat angewendet, die laut Schulz angeblich nicht zum vorhandenen Datenbestand passend sei.

Das sind nur einige wenige der erschütternden Ausführungen im PUA.

Die Ermittlungen zum Mord an Luke Holland am 20. September 2015

Am Nachmittag des 20. September öffnete die Polizei die Wohnung von Rolf Zielezinski. Direkt an der Eingangstür hing ein großes Bild der Führungsriege des NS, weitere Nazidevotionalien befanden sich ebenfalls schon direkt im Flur der Wohnung, aber auch überall sonst. Die Beamten riefen den Staatsschutz an und informierten ihn darüber, was sie in der Wohnung vorgefunden hatten, über die Nazidevotionalien und Waffen. Der Staatsschutz erklärte, vorbeikommen würden sie nicht. Aber es sollten doch Fotos von der Wohnung gemacht werden. Das war alles.

Die Polizei nahm nur Waffen und einige wenige Nazidevotionalien sowie einen Hefter mit Seiten über das Waffengesetz und ein Kilo Schwarzpulver mit. Weder die Adressbücher, noch die Kontakte von einer Pinnwand noch die Naziliteratur wurden von ihnen mitgenommen, wie der ermittelnde Kriminalkommissar Thomas Rabehl im PUA berichtete. Eigentlich hätten Mordkommission und Staatsschutz mit einem LKW vorfahren müssen und all die Naziliteratur, Metallwerkzeuge, Adressbücher etc. mitnehmen müssen, um ein mögliches Netzwerk von Nazis, Waffen- oder Sprengstoffhandel aufdecken oder ausschließen zu können und das auch in die Ermittlung eines Tatmotivs einfließen zu lassen.

Hätte die Polizei den Mord an Luke Holland verhindern können?

2013 erhielt die Polizei einen Hinweis auf Rolf Zielezinski als möglichen Mörder von Burak Bektaş. Dieser Hinweis wurde erst zwei Jahre später bearbeitet und dann als irrelevant abgeheftet, da Rolf Zielezinski laut Staatsanwalt Horstmanns Aussage im PUA von Mordermittler Hübner nicht mit Neukölln in Verbindung gebracht werden konnte. Dabei wohnte Rolf Zielezinski in Neukölln. Er war der Polizei längst wegen illegalem Waffenbesitz bekannt, nachdem sie 2006 seine Wohnung in der Ringbahnstraße in Neukölln durchsucht hatten.

Kein Motiv – verweigerte Aufklärung

Die Wohnung des Mörders von Luke Holland, Rolf Zielezinski, war voller Hitlerbilder, Karten vom deutschen Reich, Säbeln, Messern, Waffen, Hakenkreuzen. Eine toxische Mischung aus Waffenwahn, Gewaltfantasien und Nationalsozialismus sprang einem in fast allen Räumen entgegen. Dass Polizei, Gericht und Staatsanwaltschaft daraus kein Mordmotiv ableiten wollten, ist erschreckend.

Aus unserer Sicht war die nationalsozialistische Weltsicht des Mörders die Mordmotivation. Das macht es umso dringender, aufzuklären, ob er auch Burak Bektaş ermordet hat. Beim

Prozess zum Mord an Luke Holland wollten weder Gericht noch Staatsanwaltschaft dies tun, sondern weigerten sich, den Anträgen der Nebenklage nachzugehen.

Eine vollständige Aufklärung steht den Familienangehörigen und der Öffentlichkeit zu. Sie ist ein berechtigtes öffentliches Sicherheitsinteresse.

Die Strafe des Mörders wurde obendrein vom Gericht wegen seiner angeblichen Alkoholisierung von 15 Jahre auf 11 Jahre und 7 Monate gesenkt. Der Mörder Rolf Zielezinski kommt nächstes Jahr wieder frei. Dies ist eine große Bedrohung für die Familie von Burak Bektaş und für uns alle.

Der PUA zum »Neukölln-Komplex«

Durch den PUA wissen wir mehr über die Nicht-Aufklärung von rechten/rassistischen Straftaten durch die Polizei, aber dadurch wird es eigentlich noch schlimmer.

Aufgabe des PUA war es, die Ermittlungstätigkeiten, die Vorgänge zu beleuchten, das wurde aber erfolgreich von Polizei, Staatsanwaltschaft und VS abgewehrt. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zum »Neukölln-Komplex« ist seiner Rolle als demokratisches Kontrollinstrument nicht gerecht geworden.

Es ist zu befürchten, dass sich Polizei, Staatsanwaltschaft, VS und Innensenat durch den überstandenen Untersuchungsausschuss gestärkt fühlen.

Offene Fragen, die auch nach dem PUA bleiben

- Weshalb war die Spurensicherung bei allen Naziverbrechen im Untersuchungszeitraum 2009 bis 2021 schlecht? Beweismittel wurden nicht mitgenommen, Steine blieben im Regen tagelang liegen, gesprengte Briefkästen wurden nicht danach untersucht, womit sie gesprengt wurden, etc. Die erste Voraussetzung für erfolgreiche Ermittlungen gab es somit nicht. Warum?
- Weshalb wurden die Ermittlungen nicht nur im Mord an Burak Bektaş verschleppt? Bei Ermittlungen zu rechter/rassistischer Gewalt haben Staatsanwaltschaft und Polizei offensichtlich keine Eile. Zeug*innen können sich so nach Jahren nicht mehr genau erinnern, Wohnungsdurchsuchungen machen keinen Sinn mehr.
- Weshalb wurden Maßnahmen wie Videoüberwachung, Funkzellendatenabfrage, OFA, VICLAS so benutzt und gehandhabt, dass sie keine Ergebnisse produzierten und nutzlos blieben?
- Warum werden Empfehlungen der vorangegangenen Untersuchungsausschüsse nicht umgesetzt?
- Warum werden die Konsequenzen aus dem Ermittlungsdesaster NSU verweigert?

Schlussfolgerungen und Bemerkungen

Diese Polizei und Staatsanwaltschaft sind nicht willens, gegen rechte/rassistische Straftäter zu ermitteln. Sie sind somit eine Gefahr für die Zivilgesellschaft und müssen abgebaut bzw. deutlich reduziert werden.

Die jetzigen stichpunktartigen Kontrollen der Datenschutzbeauftragten sind nicht ausreichend.

Die Polizei und die Staatsanwaltschaft agieren außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle. Für fehlerhafte, sinnlose oder nicht erfolgende Ermittlungen müssen die Ermittlungsbehörden zur Verantwortung gezogen werden.

Der Verfassungsschutz muss aufgelöst werden.

https://burak.site36.net

3 Fußnoten

(1) https://kurzlinks.de/PuaNkA11

(2) https://kurzlinks.de/PuaNkA12

(3) https://kurzlinks.de/PuaNkA13

»Es braucht keine Nazis bei der Polizei, um rassistische Taten nicht aufzuklären.«

Helga Seyb von der Burak-Ini im PUA am 26.4.2024

Die Berliner Polizei hat sicher Nazis in ihren Reihen – aber um mit ihrer Struktur und ihrem Personal rechte, rassistische Taten nicht aufzuklären, braucht es sie nicht.

Warum ich hier spreche.

Ich war mehr als 20 Jahre als Opferberaterin bei ReachOut tätig. Mehr als 20 Jahre, das sind zwei Polizeipräsidentinnen und zwei Polizeipräsidenten: Glietsch, Interim Koppers, Kandt, Slowik. Ich spreche mit Erfahrungswissen.

ReachOut wurde 2001 gegründet. Mit dem neuen Programm der Bundesregierung Civitas sollte erstmals auch den Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung eine Unterstützung- und Beratungsstruktur zur Verfügung stehen. Bis dahin wurde der Blick nur auf die Täter und ihre vermeintlichen Defizite und Bedürfnisse gerichtet.

Zunächst gab es nur Mittel für den Aufbau einer Beratungsstruktur in Ostdeutschland, weil dort das Fehlen einer Zivilgesellschaft vermutet wurde und das Problem Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus gerne in den Osten gedacht wurde. Das war schon damals eine falsche Analyse. Und weil wir in Berlin sind, waren wir als einziges Projekt für Osten und Westen zuständig. Tatsächlich erhielten wir anfangs mehr Meldungen über gewalttätige Angriffe aus Ostberlin, vermutlich, weil unsere Kontakte in Ostberlin zuverlässiger funktionierten. Das änderte sich relativ schnell und beide Teile der Stadt glichen sich bezüglich der Angriffssituation an. Von Anfang an waren wir mit Neukölln beschäftigt.

ReachOut heißt Projekt, ist aber im Prinzip Teil einer unentbehrlichen Beratungsstruktur in dieser Stadt seit 23 Jahren. Eine ausführliche Darstellung über die Arbeitsschwerpunkte haben Sie von ReachOut schon erhalten.

Es gibt drei Aufgabengebiete: Recherche und Dokumentation, Beratung und Bildung.

Meine Aufgabe war die Recherche zu den Angriffen und die Möglichkeiten, die Opfer zu erreichen, und die Beratung.

Was heißt das?

Die aktive Suche und Kontaktaufnahme mit den Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist Teil des Konzeptes und somit Teil des Auftrags der finanzierenden Institutionen in Bund und Land. Wir waren von Anfang an damit konfrontiert, dass wir den Kontakt zu Betroffenen, potentiellen Ratsuchenden mühsam herstellen mussten. Dazu bin ich an Tatorte gefahren, habe Projekte in der Umgebung der Tatorte besucht, Feuerwehr, Polizei und Krankenhäuser kontaktiert. Immer mit Blick darauf, eine Möglichkeit zu

finden, den Betroffenen die Information, dass sie ein Recht auf Beratung haben, zukommen zu lassen.

Natürlich gab es deswegen auch sehr viele Kontakte zum LKA 53, zur Auswerteeinheit und auch zu Ermittler*innen.

Zum Umfang der Problemlagen bei der Polizei allgemein

Ich möchte nicht all die krassen Aussagen der Beamten, mit denen ich im Laufe der Jahre konfrontiert war, hier aufzählen. Nur zur Illustration dafür, wie umfangreich die Probleme der Berliner Polizei auf allen Ebenen sind:

Polizeibeamte in Abschnitten weigerten sich, Anzeigen gegen Nazis entgegen zu nehmen. (Beschwerde beim Polizeipräsidenten)

Eine Frau wurde in der Straßenbahn in Marzahn/Hellersdorf angegriffen und ihr wurde das Kopftuch abgerissen. Ich habe über das zuständige LKA 53 versucht, die Information, dass die Frau zur Beratung kommen kann, loszuwerden. Es ging uns immer darum, die Beamten und Beamtinnen, ganz unten und ganz oben über unser Angebot zu informieren, sozusagen Öffentlichkeitsarbeit, aber auch Sensibilisierung für die Belange der Opfer und für mögliche Motive der Täter*innen zu leisten. Immer in der Hoffnung, bessere Bedingungen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung herzustellen. Antworten auf die Fragen der Opfer nach den Tatmotiven sind für deren Möglichkeiten der Verarbeitung entscheidend.

Die Antwort des Beamten, der den Fall der Frau mit dem Kopftuch zu bearbeiten hatte, war: »Frau Seyb, solche Leute gehen nicht zur Opferberatung, die gehen zum Paten.« Da geht schon viel durcheinander. Wo fange ich da mit Sensibilisierung an? Und vor allen Dingen, wie heißt der zuständige Pate? Dazu keine Information.

Solche Beispiele gibt es viele und nicht nur beim LKA 53. Anderes Beispiel aus dem Alltag: Ich habe zusammen mit einer Schwarzen Frau, die Opfer rassistischer Gewalt geworden war, einen Termin zur Anhörung beim LKA 53. Wir stehen vor der Tür und es steht dort auch ein Typ, nicht sehr gepflegt, aber vermeintlich hilfsbereit. Er fragt uns, wohin wir wollen und ich frage zurück, wer er sei und warum er fragt. Wir sahen ja nicht hilflos aus. Er antwortet, er sei von der Abteilung für »Schöne Frauen« und es hätte ja sein können, dass wir zu ihm wollen. Ich war geschockt und habe ihn stehen lassen, weil ich in Begleitung der Ratsuchenden mit dem jetzt nicht diskutieren wollte. Am Ende der Zeuginnenaussage habe ich dann die Ermittlerin vom LKA 53 gefragt, was sie denn denkt, wofür die Abteilung für »Schöne Frauen« zuständig sei. Nur um mich zu vergewissern, dass ich nicht völlig durchgeknallt bin. Sie bestätigte, dass das nur als Prostitution übersetzt werden kann. Also fuhr ich ins Büro und schrieb eine Dienstaufsichtsbeschwerde.

Im Laufe der Jahre war ich weniger überrascht über Verhalten und Äußerungen von Polizeibeamt*innen, sondern war stets auf alles vorbereitet. Wenn nötig war ich bereit, Dienstaufsichtsbeschwerden zu schreiben. Ob es bei der Berliner Polizei rechte Strukturen gibt? Kommt wohl drauf an, was wir als Strukturen sehen wollen.

Ich habe hier in den Anhörungen wahrgenommen, dass es zuweilen bedauert wurde, auch vom Ausschuss, dass (2015 oder 2013) 50 Prozent der Belegschaft im LKA ausgetauscht wur-

de. Auch das habe ich bei den Begleitungen der Ratsuchenden natürlich wahrgenommen. Vor dem Austausch schlug uns ein erhebliches Misstrauen entgegen. Das ging so weit, dass ein in der Hierarchie weit oben angesiedelter Beamter sich in einer Befragung hinter mich setzte, um zu überwachen, dass ich nichts sage, weil ich mich wohl früher mal aus Versehen ungefragt zu Wort gemeldet hatte. Soviel zu Überlastung des Personals.

Eine Schreibkraft erzählte damals, dass die »Bärenführer« jetzt fehlen würden. Damals war mir nicht klar, dass das ein feststehender Begriff im Apparat ist. Ich dachte, das sei ein Scherz. Von Frau Slowik wissen wir nun, dass sie alle so reden und sich verstehen.

»Bärenführer« führen die jungen Polizeibeamten in alle Aufgaben ein. Wenn die dann fehlen, können sie natürlich auch nicht mehr ihre abwertenden Ansichten über Beratungsstellen, insbesondere ReachOut, weitertragen. Das hilft uns zuweilen im Alltag.

Ich habe den Austausch des Personals 2015 also zunächst sehr begrüßt, weil sowohl die Ratsuchenden als auch wir als Begleitung nun nicht mehr extrem schlecht und misstrauisch behandelt wurden, sondern einfach professionell. Es gab jetzt sogar die Situation, dass der weinenden Zeugin ein Glas Wasser angeboten wurde. Es führte leider nicht dazu, dass die Aufklärungsquote besser wurde.

Als ich einen Ratsuchenden, geflüchtet aus Syrien, zur Zeugenaussage im Dezember 2016 begleitete, sagte mir der Beamte sofort, dass wir mit einer Aufklärung der gefährlichen Körperverletzung nicht rechnen können, weil am gleichen Tag das Attentat auf dem Breitscheidplatz stattgefunden habe. Für mich erstmal eine verwunderliche Aussage. Der Angriff hatte in Lichtenberg stattgefunden. Der sehr junge Ratsuchende war von einer Gruppe gleich dunkel gekleideter, nicht ganz junger Männer mit einem Teleskopschlagstock angegriffen und schwer verletzt worden. Meine Idee war, die einschlägig bekannten Nazis in der Weitlingstraße, wo der Angriff stattgefunden hatte, aufzusuchen und mal nach ihren Teleskopschlagstöcken zu befragen. Die Erklärung des Beamten war: Nach der Berichterstattung über das Attentat am Breitscheidplatz könne jede Person für so einen Angriff in Frage kommen. Teleskopschlagstöcke könne jede Person im Internet kaufen. Also haben sie nicht ermittelt. Und die offensichtlichen Nazis kamen wie immer davon, ohne auch nur mit einer Ansprache irritiert zu werden. Die Kontinuität der Ignoranz bestand fort.

Womit ich endlich beim Mord an Burak angekommen bin.

Der Mord an Burak

Nach dem Mord an Burak Bektaş war ich natürlich auch mit der Recherche nach Hinterbliebenen, den anderen Betroffenen, überhaupt Kontaktsuche beschäftigt.

Warum, wenn ich nicht wusste, was der Hintergrund der Tat war?

Wir wussten sehr oft nicht, was Hintergründe waren und haben genau aus diesem Grund recherchiert, mit den direkt Betroffenen Kontakt gesucht, weil wir viele Gründe sehen, nicht nur der Definition der Polizei vertrauen. Diese Erfahrung gab es schon lange vor der Selbstenttarnung des NSU. Nach November 2011 lagen die Nerven blank, weil wir alle auf die Erzählungen der Ermittlungsbehörden und von dort übernommenen Definitionen der Medien reingefallen waren. Nie wieder sollten Betroffene und Hinterbliebene mit so einer Tat alleine stehen, nie wieder ohne unsere Unterstützung durch dieses Trauma gehen müssen.

Schon 2012 gründete sich daher auch die Initiative für die Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş, die seither sowohl das Gedenken an den nicht aufgeklärten Mord organisiert, als auch die offenen Fragen immer wieder auf die Tagesordnung bringt. Die Erfahrung zeigt, dass nur dort, wo die Betroffenen und UnterstützerInnen sich organisieren, die Fälle nicht in Vergessenheit geraten. Ich bin von Anfang an und bis heute Teil der Initiative.

Erst spät konnte ich dann mit meiner eigentlichen Opferberatungsarbeit anfangen. Wie Sie hier schon gehört haben, gab es immer wieder Bestrebungen von unterschiedlichen Seiten, die Opferberatung außen vor zu lassen, von Leuten wie dem Beamten Minske, weil sie sich für unfehlbar halten, aber auch von AnwältInnen, weil sie zu eng mit der Polizei kooperieren wollen, wie die erste Anwältin der Familie. Von ihr wissen wir bis heute nicht, wie sie an das Mandat gekommen war. Sie war weder für die Opferberatung noch für die Initiative ansprechbar. Die Familie war der Meinung, dass sie vom Konsulat geschickt worden war. Nach Rücksprache mit dem dortigen Juristen war das sicher nicht der Fall.

Wenn es also sein konnte und bis heute kann, dass wir aufgrund der Umstände einer Tat und der möglichen Tatmotive zuständig sind, dann sind wir zuständig, bis uns jemand das Gegenteil beweisen kann.

Was waren also die Überlegungen nach diesem Mord?

Die Anzahl rechter rassistischer Angriffe in Neukölln war 2012 auffällig angestiegen.

Sieht aus wie eine Nachahmungstat des NSU. Mann kommt, schießt und geht wortlos.

Die Betroffenen passen ins Bild. Alle haben eine Migrationsgeschichte.

Die Umstände der Tat legen ein rassistisches Motiv nahe.

In welcher Zeit geschah der Mord, was war los in dieser Stadt? Womit war ich sonst so beschäftigt? Mit Blick auf die Veröffentlichungen von »Correktiv« zu Beginn diesen Jahres möchte ich anhand des Beispiels auf die schon sehr lange andauernde Bedrohungssituation von Menschen mit Migrationsgeschichte hinweisen. Ausweisungsphantasien und -pläne sind nicht erst seit November letzten Jahres bekannt, sondern seit vielen Jahren.

Im Vorfeld des Mordes im Februar 2012 tauchte ein achtseitiger Brief von der sogenannten Reichsbewegung auf.

Ich zitiere daraus: »Dieser Aufruf richtet sich an alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime, und Negroide (Schwarze und Halbschwarze)«. Und weiter: »Wir weisen Sie hiermit unmissverständlich und mit sofortiger Wirkung aus Deutschland aus und fordern Sie auf, Deutschland innerhalb der nächsten sechs Monate (allerspätestens bis zum 1. August 2013) zu verlassen.« Falls das nicht geschehe: »Sie zwingen uns in diesen Fällen, systematisch Haus für Haus, Straße für Straße, Ort für Ort und Stadt für Stadt mit Gewalt gegen Sie vorgehen zu müssen, was wir nicht wollen, wie mehrfach zuvor erklärt. Wer dann in Städten und Gemeinden, die von Ausländern bereinigt wurden, nochmals angetroffen wird und Widerstand leistet, wird standrechtlich erschossen. Ohne Ausnahme.«

Dieser Brief wurde stadtweit in Briefkästen gesteckt: Von Moscheen, bei Synagogen, bei Jugendclubs z. B. in Spandau und in Kreuzberg. Aber auch Personen, die einfach nur einen arabischen Namen hatten, z. B. im Wedding, fanden diesen Brief. Ich selbst habe damals einen Ratsuchenden bei der Anzeigenerstattung begleitet, weil mal wieder der lokale Abschnitt sich geweigert hatte, die Anzeige aufzunehmen. Sein Argument: Er hatte schon Anzeigen

aus demselben Grund. »Könnten wir auch wegschmeißen.« Wir erstatteten direkt beim zuständigen LKA 53 Anzeige. Das Ermittlungsverfahren wurde nach nicht sehr langer Zeit eingestellt ohne Ergebnis. Es wurde uns berichtet, dass Menschen mit Migrationsgeschichten aufgrund dieser Aufforderung tatsächlich das Land verlassen haben. So wie Menschen nach den Enthüllungen von »Correktiv« sich jetzt Wohnungen in der Türkei kaufen, was sie davor nie geplant hatten.

Warum schildere ich dies so ausführlich? In der kleinen Anfrage Nr.17/11880 vom 12.4.2013 wird gefragt, ob bei den Ermittlungen ein Zusammenhang mit dem Reichsbürgerspektrum in Erwägung gezogen wird. Frank Henkel beantwortet diese Frage – und diese Antwort kann er nur vom LKA bekommen haben – mit einem Satz: »Es existiert kein polizeilich definierter Begriff eines ›Reichsbürgerspektrums‹«. Christian Steiof hat sich dafür entschuldigt. Löblich. Das reicht aber nicht. Wir wollen ja Ermittlungen.

Am 4.4.2012 war ich auf dem Podium bei einer Informationsveranstaltung zu Aktivitäten der Neuköllner Nazis. Warum gibt es eine solche Veranstaltung? Naziaktivitäten im Süden waren mal wieder besonders auffällig. Sie haben von ReachOut bereits Aufstellungen über die Zahl der Angriffe in den zu untersuchenden Jahren bekommen. Darin sehen Sie, dass die Zahl rechter rassistischer gewalttätiger Angriffe in Neukölln gestiegen war. Zusätzlich zu den Sachbeschädigungen und Angriffen auf das Schmaus-Haus im Vorjahr, auf das Haus von Frau Schott und so weiter. All das liegt Ihnen auch in Form der Stellungnahmen der betroffenen Zeuginnen, der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und des Berliner Registers vor.

In der Nacht nach der Veranstaltung wird auf junge Männer und Jugendliche mit Migrationsgeschichte geschossen. Burak ist tot und Freunde sind schwer verletzt. Kaum eine andere Überlegung ist naheliegender, als dass es Zusammenhänge geben könnte mit Germanisierungsphantasien, mit rassistischen Attacken, mit dem Bestreben, die Ideen des NSU weiter zu verfolgen.

Nach dem Mord – Beispiele des Versagens

Ich bin seit vielen Jahren in engem Austausch mit den Betroffenen dieses Anschlags, insbesondere mit Frau Bektaş. Viele Polizeibeamte haben sich mit dem Mord beschäftigt, ohne dass klar wurde, was sie beschäftigt, wozu sie da sind. Regelmäßig kam z. B. eine »Susanne« zu Besuch. Es hat mich ein bisschen Mühe gekostet, herauszufinden, wer sie ist. Sie kam und sprach mit Frau Bektaş. Zunächst dachte ich, sie sei eine Psychologin. Das war so nicht. Sie gehörte zu AGIA, Arbeitsgebiet interkulturelle Aufgaben der Direktion 5, erklärte mir der Versammlungsleiter auf einer der Demonstrationen. Bis heute ist auch Frau Bektaş nicht klar, was ihre Aufgabe gewesen sein könnte. Gab es ein interkulturelles Problem? Für wen gab es das?

Ich war erschüttert, als mir Frau Bektaş erzählte, dass Kommissar Hübner so betroffen gewesen sei, dass er mit Frau Bektaş geweint habe, weil sein Kind nur mal kurz weg gewesen sei und ihn das sehr belastet habe. Was für eine Unverschämtheit, eine extrem belastete Mutter eines Erschossenen, mit dem eigenen Erleben zusätzlich zu belasten. Frau Bektaş, als sehr zugewandte Person, hat ihn dann bedauert. Für mich als Opferberaterin ist das ein absolutes Versagen dieses Beamten oder Kalkül, um das Vertrauen der Familie zu gewinnen.

Ein weiteres Beispiel für das unzulängliche Agieren von Hübner: Die Anzeige gegen Mandy P. Ich selbst habe nach einem Hinweis auf die Facebookseite von Mandy P. am 19. April 2013 Anzeige gegen diese Person erstattet. Sie hatte in einem Post auf ihrer Facebookseite geschrieben, dass sie mal im ZDF »XY Ungelöst« gucken wolle. Dort werde über den Mord an dem »Kanaken« vor ihrer Haustür berichtet. Sie hoffe, dass keine Hinweise gefunden würden. Nach unserer Einschätzung war das in mehrerer Hinsicht zu untersuchen, wegen Herabsetzung eines Verstorbenen, und natürlich könnte es sich bei der Frau um eine Zeugin handeln, die den Täter kennt und daher möchte, dass er nicht gefunden wird. Dieser Post wird im einschlägigen rechtsradikalen Spektrum gemocht.

Ich habe damals gedacht, es sei sinnvoll, diese Anzeige mit den Ermittlungen zum Mord an Burak zu verbinden. Daher informierte ich den Staatsanwalt Horstmann, dass es sinnvoll sein könnte, die Verfahren zu verbinden. Leider führte das dazu, dass Herr Hübner Frau P. einlud und befragte. Ich vermute, vollkommen ohne Wissen über die Naziszene, die den Post geliked hatte, über ihre Freunde, über ihre Aktivitäten. Sie habe ihm erzählt, dass sie manchmal auf einem Geburtstag war. Mehr nicht. Hübner glaubt das offenbar. Sie habe nicht erklären können, warum sie den Post abgesetzt habe. Sie sei ein harmloses dummes Mädchen.

Das Verfahren gegen Mandy P. wurde mit Beschluss des Amtsgerichtes Tiergarten vom 7. März 2014 eingestellt (§ 153 Abs. 2 StPO). Im Mai 2015 habe ich den Vorgang zum LKA gegeben. Sie wollten sich das noch einmal angucken, sagte Marco Müller. Es geschah nichts.

Über all diese Geschehnisse sind seit 2013 fortlaufend immer wieder in diesem Hause Kleine Anfragen gestellt worden. Diese wurden häufig nichtssagend bis hin zu frech lügend beantwortet. Das wurde zur Genüge dargelegt. Eine Liste der relevanten Anfragen überreiche ich.

Was die Familie zusätzlich gequält hat. Ein Beispiel: Am 8.4.2019 wurden falsche und verletzende Aussagen über Burak im »Berliner Kurier« abgedruckt. Der langjährige Polizeireporter Philippe Debionne behauptet, Informationen aus Polizeikreisen erhalten zu haben, dass Burak in eine Straftat verwickelt gewesen sei und aus Rache ermordet worden sei. Für diese Behauptungen gibt es keinerlei Grundlage. Ich behaupte, dass Debionne diese vermeintlichen Infos aus dem Polizeiapparat bekommen und falsch übernommen hat. Ob dies wissentlich oder aus anderen Gründen passierte, sei dahingestellt. Möglicherweise in Erwartung seriöserer Infos in Zukunft. Der damalige Polizeisprecher, selbst mit Rassismuserfahrung (insbesondere als er zum Sprecher benannt wurde, auch intern angegangen), rief mich an und beteuerte, wie leid ihm das Geschehen tue und dass er sich für ein Ermittlungsverfahren einsetzen wolle. Das hatte auch der damalige Innensenator in Aussicht gestellt. Das passierte natürlich nicht. Warum?

Bei einem Gespräch mit Generalstaatsanwältin Koppers, Staatsanwalt von Hagen und dem jetzt zuständigen Staatsanwalt Glage wurde dieser Vorfall erneut zur Sprache gebracht, da die Familie sehr verletzt war über dieses Nachtreten vom »Kurier«. Staatsanwalt von Hagen beteuerte damals, dass es nicht möglich sei zu ermitteln, da der Polizeiapparat aus 27 000 Personen bestehe. Das würde bedeuten: Je größer dieser Apparat ist, desto unbehelligter und gänzlich unkontrolliert können alle seine Mitglieder agieren. Sie fühlen sich nicht nur sicher, sie sind sicher. Wenn das die Strukturen ausmacht, dann sind offensichtlich zusätzliche rechte Strukturen nicht nötig.

Melek Bektaş war bei der letzten Sitzung des Ausschusses hier. Sie kann heute nicht mehr hier sein, weil es sie sehr anstrengt. Insbesondere die verletzende Art des Staatsanwaltes

Horstmann war schwer erträglich. Offenbar hat er nicht nur seine Aufgaben als »Herr des Verfahrens« nicht wahrgenommen, sondern musste jetzt auch noch den Eindruck vermitteln, dass ihm ein »Ausländer« mehr oder weniger gleichgültig ist.

Die Familie hätte nie gedacht, dass der Mörder ihres Sohnes nicht gefunden wird. Darüber ist sie sehr enttäuscht. Und Frau Bektaş kann es nicht überwinden, wie sie am 5. April 2012 vom Tod ihres Sohnes erfahren musste. Sie wurde von dem Bruder eines der anderen Opfer informiert. Er kam an ihre Haustür und sagte ihr, dass Burak etwas Schlimmes passiert sei. Die Familie ist daraufhin zum Abschnitt am Zwickauer Damm gefahren, um Informationen zu bekommen. Dort wurden sie aufgefordert, den Namen des Sohnes auf einen Zettel zu schreiben. Dann mussten sie 45 Minuten warten. Daraufhin ist Frau Bektaş, wie sie sagte »ausgerastet« und nach Hause gefahren, dann ins Krankenhaus, das in der Nähe ist, dann wieder zum Zwickauer Damm. Von dort wurden sie zur Mordkommission in der Keithstraße geschickt.

Es ist bis heute eine schwere Belastung für Melek Bektaş diese grauenhafte Situation zu schildern und gleichzeitig ist es diese Situation, die sie erzählt, wenn es darum geht, zu überlegen, was hätte besser laufen müssen. Gefragt nach ihren Erwartungen an den Ausschuss:

Nach Einschätzung der Familie ist es Rolf Zielezinski, der Mörder von Luke Holland, der auch als Mörder von Burak in Frage kommt. Frau Bektaş fragt sich, was getan wurde, um herauszufinden, aus welchen Gründen er es nicht gewesen sein soll.

Sie fragt, warum machen sie ihre Arbeit nicht richtig? Warum haben sie eine Mauer gegen die Familie aufgebaut? Warum muss die Familie selbst so viel Kraft und Initiative aufbringen, damit ermittelt wird?

Die Familie hat einen Sohn verloren und muss mit dem Mörder leben. Vielleicht ist er ganz in der Nähe, wenn es nicht Zielezinski war? Das ist keine Gerechtigkeit!

Das waren die Worte, die mir Frau Bektaş ausdrücklich für heute mitgegeben hat.

Abschließende Worte von mir:

Es ist mehr als bedauerlich, dass der Ausschuss offenbar spontan und ohne langfristige Planung agiert. Der Themenkomplex zu den Tötungsdelikten an Burak Bektaş und Luke Holland wird sehr kurzfristig anberaumt.

Dadurch haben Expert*innen u.U. nicht die Möglichkeit, angehört zu werden, weil es ihnen nicht möglich ist, diese Einladung noch in eng getaktete Verpflichtungen einzubauen.

Familie Bektaş wird zum Todestag auch noch mit der Belastung des Ausschusses konfrontiert. Es gibt bessere Zeitpunkte im Jahr für diesen Themenkomplex.

»Ich will wissen, wer der Mörder meines Sohnes ist.«

Melek Bektaş zum PUA am 6.7.2024

An den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss

Mein Sohn Burak ist auf einer ganz offenen Straße erschossen worden. Es war nicht im Wald, nicht in einer Sackgasse, nicht in irgendeinem versteckten Winkel, wo nie jemand lang geht. Wie kann man da den Mörder nicht finden? Wie denn? Ich kann das nicht verarbeiten.

Ich war fix und fertig die ersten Tage. Aber niemals habe ich gedacht, dass der Täter nicht gefunden wird.

Warum wurde zu Rolf Zielezinski nicht richtig ermittelt? Es wurde gesagt, er hat nichts mit dem Mord an Burak zu tun. Wie kann man da so sicher sein? Er passt zu der Beschreibung der Zeugen, das Alter passt auch. Wie kann die Staatsanwaltschaft dann einfach behaupten, dass er nichts damit zu tun hat? Es kommt mir so vor, als ob sie dann schon wissen, wer der Täter ist.

Meine Botschaft an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss:

Macht mehr Druck!
Nichts soll unter den Teppich gekehrt werden.
Keine Akten sollen zugemacht werden.

Ich habe den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss an einem Tag besucht. Die Sitzung hat mich sehr wütend gemacht. So oft »ich kann mich nicht erinnern«!

Wir müssen die ganze Zeit kämpfen und Forderungen an die Ermittlungsbehörden stellen. Das ist eigentlich gar nicht meine Aufgabe. Wo ist hier die Demokratie? Wenn sie sagen, wir leben in einem demokratischen Land, sollen sie auch für Gerechtigkeit sorgen.

Ich will wissen, wer der Mörder meines Sohnes ist. Das ist mein Recht. Er soll bestraft werden. Der Mord muss aufgeklärt werden!

»A Neo Nazi, racist hate crime«

Philip Holland im PUA am 31.5.2024

Philip Holland, der Vater von Luke Holland, reiste von Manchester nach Berlin, um den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss »Neukölln-Komplex« zu beobachten, bei dem am 31. Mai 2024 die Mordermittlungen an seinem Sohn behandelt wurden. Er brachte dieses Statement mit:

Firstly, with regards to the murder of Burak Bektaş. That a radio presenter could establish more about the suspect, than the police, including that he did have connections to the area of the shooting, through his brother, I find this laughable.

I feel the lack of investigation into this murder gave the suspect confidence to allowing him to kill my son.

With regards to my son's murder. How the prosecutor could initially charge the suspect with manslaughter I find ridiculous. I feel the police, with a charge of manslaughter wanted the case to be quickly concluded, however with the pressure from the media and our lawyers, the charge was correctly altered to murder.

With the evidence found in the suspect's home and background statements from witnesses, I cannot understand how the judge could not conclude that this was a Neo Nazi, racist hate crime.

I feel that the sentence was too lenient and cannot understand how the judge could deduct years from the 15 year sentence, based on his feelings, that the suspect may have been under the influence of alcohol, that my son did not suffer and that this was not a Neo Nazi hate murder.

Finally, at the end of the trial, my wife confronted the defendant, with a photograph of our son, and asked

»Why did you kill my son?«

His one word answer was »English«.

That proves his feelings about Foreigners.

Übersetzung:

Erstens in Bezug auf den Mord an Burak Bektaş: Dass ein Radiomoderator mehr über den Verdächtigen ermitteln konnte als die Polizei, einschließlich der Tatsache, dass er durch seinen Bruder Verbindungen zum Ort der Schießerei hatte, finde ich irrwitzig.

Ich habe das Gefühl, dass der fehlende Ermittlungsdruck nach diesem Mord dem Verdächtigen das Selbstvertrauen gegeben hat, meinen Sohn umzubringen.

In Bezug auf den Mord an meinem Sohn: Wie der Staatsanwalt den Verdächtigen zunächst wegen Totschlags anklagen konnte, finde ich irrwitzig. Ich habe das Gefühl, dass die Polizei mit einer Anklage wegen Totschlags wollte, dass der Fall schnell abgeschlossen wird, aber durch den Druck der Medien und unserer Anwälte wurde die Anklage korrekt in Mord geändert.

Mit den Beweisen, die im Haus der Verdächtigen gefunden wurden, und den Hintergrundaussagen von Zeugen kann ich nicht verstehen, wie der Richter nicht zu dem Schluss kommen konnte, dass dies ein neo-nazistisches rassistisches Hassverbrechen war.

Ich habe das Gefühl, dass das Urteil zu mild war, und kann nicht verstehen, wie der Richter Jahre von dem 15-jährigen Strafmaß abziehen konnte, basierend auf seiner Annahme, dass der Verdächtige möglicherweise unter Einfluss von Alkohol stand, dass mein Sohn nicht gelitten habe und dass dies kein Neo-Nazi-Hass-Mord sei.

Schließlich konfrontierte meine Frau am Ende des Prozesses den Angeklagten mit einem Foto unseres Sohnes und fragte:

»Warum hast du meinen Sohn getötet?«

Seine Ein-Wort-Antwort war »Englisch«.

Das beweist seine Abneigung gegen Ausländer.

»Die Zeit heilt nichts.«

Ferat Koçak vor Gericht am 12.12.2025

Sehr geehrte Frau Richterin, sehr geehrte Beisitzer*innen, sehr geehrte Staatsanwaltschaft, verehrte Journalist*innen und Gäste,

Ich möchte selbst nochmal berichten, wie diese Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar 2018 unser Leben verändert hat.

Ich wünsche es keinem Menschen, auch nicht denen, die es uns angetan haben, die eigenen Eltern in so einem Zustand zu sehen, wie ich es in dieser Nacht gesehen habe. Ich bekomme die Bilder nicht aus dem Kopf, wie mein Vater, während ich mit dem Feuerlöscher versuche, Schlimmeres zu verhindern, verzweifelt und weinend, auf den Knien am Telefon die Feuerwehr anfleht, schnell zu kommen.

Ich bekomme die Bilder nicht aus dem Kopf, wie meine Mutter kreideweiß vor Angst zitterte. Die Angst war so groß, dass ihr Tränen aus den Augen kamen, aber sie nicht weinte. Anscheinend weinte sie nach innen, denn die darauffolgenden Tage wollte sie das Haus nicht verlassen, den Ort, an dem sie hätte sterben können. Sie redete auch nicht darüber, was passiert ist, der Schmerz, die Angst zermürbten sie innerlich. Wenn wir Besuch bekamen, sagte sie nur, Xizir, der Heilige Geist der Aleviten, hätte mich geweckt, damit ich meine Eltern rette. Das bedeutet für mich bis heute, wenn die Ängste hoch kochen, wie bei diesem Prozess, dann kann ich nicht schlafen, sitze am Fenster und wache über meine Eltern.

Sie hätten sterben können, weil ich mich politisch engagiere. Nein, meine Mutter ist gestorben, drei Wochen nach dem Anschlag, Herzinfarkt. Sie wurde reanimiert und zurückgeholt. Weder mein Vater noch meine Mutter haben sich von diesem Anschlag gesundheitlich erholt.

Und ich? Ich hab' in dieser Nacht mein Vertrauen in Menschen verloren. Das ist extrem belastend, immer in Alarmbereitschaft zu sein. Jede Person könnte potentiell eine Gefahr sein, könnte mir was Schlimmes antun. Also auch Menschen, mit denen ich zusammenarbeite.

Die ganze Zeit in Alarmbereitschaft sein, ist anstrengend. Ich beobachte Menschen, ob sie mir folgen, mir hinterherfahren. Wenn es dunkel wird, sehe ich oft die Flammen am Fenster. Eigentlich habe ich immer Winter geliebt, Weihnachten. Aber jetzt sind Winter die Hölle, weil es sehr früh dunkel wird und die Ängste viel früher beginnen. Mein Leben dem Umstand anzupassen, dass ich jederzeit angegriffen werden kann, ist anstrengend. Angst bestimmt mein Leben. Vor allem die Angst, dass meinen Eltern was passieren kann.

Die Antwort auf diese Angst war die Solidarität, die ich auf der Kundgebung nach dem Anschlag erlebt habe. Die Sichtbarkeit, die Solidarität war und ist wie ein unsichtbarer Schutz. Das Gefühl, je sichtbarer ich bin, umso sicherer sind wir.

Das führte zu einem Über-Aktiv-Sein, bis heute, nicht selten 12 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Von einer Demo zur anderen, von einer Veranstaltung zur anderen, Social Media, Pressearbeit, ein förmliches Flehen um Sichtbarkeit, um die Angst einzudämmen, um meine Eltern zu schützen. Keine Freizeit, keine Freunde mehr. Meine Freundin hatte zwar Verständnis, aber konnte nicht ertragen, wie ich immer mehr eingehe, und ist gegangen.

Aber ich ging ja nicht ein, sondern ich war aktiv. Es gab dann noch da einen Podcast, hier ein Interview, da eine Sitzung, und wenn nichts geht, dann geht Social Media immer. *Diese Nacht hat alles kaputt gemacht. Diese Nacht bestimmt mein ganzes Leben.* Und warum? Weil ich Angst habe. Weil ich meine Eltern schützen muss. Denn das wäre nicht passiert, wenn ich mich nicht politisch engagiert hätte. Sie hätten sterben können, wenn ich nicht in dieser Nacht aufgewacht wäre, also muss ich sie schützen. Das heißt, ich kann mir keine eigene Wohnung suchen, ich kann nicht mein eigenes Leben aufbauen. Ich bin Gefangener dieser Nacht. Ich schlafe und lebe immer noch dort, wo alles begann.

Ich arbeitete als Marketing Director einer internationalen Hochschule. Mein Traumjob. Doch ich konnte die Arbeit nicht mehr machen. Da ich nachts nicht schlafen konnte, um meine Eltern vor einem weiteren Brandanschlag zu schützen, war ich tagsüber nicht fähig, mich zu konzentrieren, und der Drang nach Sichtbarkeit und Solidarität konnte nur erfüllt werden, wenn ich mich auch darum kümmere. Also war ich trotz Müdigkeit politisch aktiv, was zusätzlich meine Arbeitsfähigkeit beeinträchtigte, und verlor meinen Job. Bei den nächsten Jobs dasselbe.

Das brachte uns in eine finanzielle Schieflage, da ich natürlich mit dem gut bezahlten Job als Marketing Director auch die geringe Rente meiner Eltern auffangen konnte. Hinzu kamen die ganzen Zusatzkosten aufgrund der Sicherheitsmaßnahmen, die ich aus Sicherheitsgründen hier nicht aufzählen werde. Nur ein Beispiel ist die Videoüberwachung in Höhe einer fünfstelligen Summe.

Ich bin in Therapie, Langzeittherapie aufgrund des Anschlags. Ich dachte jahrelang, dass ich keine Therapie brauche. Ich bin ja aktiv und das funktioniert doch irgendwie trotzdem alles. Aber nein, je länger die Zeit vergeht, umso weniger sichtbar ist der Anschlag. Die Menschen vergessen uns. Wir sind auf uns alleine gestellt. Das war die Gefahr!

Deshalb klammerte ich mich anfangs auch an den Untersuchungsausschuss, und dann kam nach fünf Jahren der Gerichtsprozess 2022. Erst mal gut. Es schafft Sichtbarkeit und das schützt uns. Ich dachte, das verringert die Angst und die schlaflosen Nächte.

Ich habe mich geirrt. Denn ich musste mich zum ersten Mal wirklich mit dieser Nacht beschäftigen. Die Nacht war zwar immer real, aber ich habe mich vor den Einzelheiten geschützt. Mein Aktivismus waren Nebenschauplätze wie, was haben die Sicherheitsbehörden gemacht, was hat die Staatsanwaltschaft gemacht, die anderen Fälle der Neuköllner Anschlagsserie. Aber ich habe mich nicht mit dieser Nacht beschäftigt. Mit dem anstehenden Gerichtsprozess wurde mir klar, ich brauche Hilfe.

Und dann kam das Schreiben der Richterin, dass sie die Nebenklage ablehnt, und ich bin zusammengebrochen. Wir haben auf 12 Seiten, mit einem psychologischen Gutachten be-

gründet, was dieser Anschlag mit mir und meiner Familie gemacht hat, und mit einem Satz erklärte die Richterin, dass es nicht ausreichend sei.

Ich wurde zum dritten Mal Opfer dieses Anschlags. Beim ersten Mal der Anschlag selbst. Beim zweiten Mal, als herauskam, dass die Behörden wussten, dass ich über Monate hinweg von Nazis ausgespäht wurde, aber mich nicht gewarnt hatten.

Und vor allem die Ausreden, warum ich nicht gewarnt wurde, widersprachen sich gegenseitig: Die Beamten hätten das neue Programm nicht richtig bedienen können und deshalb konnten die Informationen nicht zusammengeführt werden, man hätte mich nicht als eine gefährdete Person eingeschätzt, man hätte meinen Namen falsch aufgeschrieben und deshalb nicht gewusst, dass das erwähnte Auto mein Auto sei.

Die Sicherheitsstruktur hat versagt, es ist so viel schiefgelaufen, dass es uns leider das Gefühl gibt, es kann kein Zufall sein.

Genau deshalb habe ich nach Schutz und Sicherheit durch die Öffentlichkeit gerungen, durchs ständige Aktiv-Sein, weil ich kein Vertrauen hatte, dass ich durch diejenigen geschützt werden kann, die es hauptberuflich machen. Und alle verschließen die Augen vor der Tatsache, dass es sich um eine organisierte Gruppe handelt und nicht um einzelne Täter oder um einzelne Fälle.

Was bleibt mir übrig, als weiterhin aktiv zu sein. Doch dieses ständige Aktiv-Sein hat meine Gesundheit zerstört. Dieser Anschlag hat mein, hat unser Leben zerstört.

Wenn ich diese Nacht ungeschehen machen könnte, würde ich es ungeschehen machen. Ich will unser Leben, unsere Gesundheit zurück. Ich will, dass die Ängste aufhören, doch viel Hoffnung habe ich nicht. Denn wie ich schon sagte, egal ob Verurteilung oder Freispruch. Die Angst bleibt, denn bei einem Freispruch habe ich Angst, dass diejenigen motiviert sind, weiter zu machen, und bei einer Verurteilung habe ich Angst, dass es zu einem Racheakt kommen kann. Also bleibt die Angst und somit mache ich weiter, solange es geht!

Mit den Worten von Melek Bektaş, der Mutter von Burak Bektaş: »Ein deutsches Sprichwort sagt: Die Zeit heilt alle Wunden. Das ist eine Lüge, die Zeit heilt nichts.« Sie vergeht, aber der Schmerz, die Angst bleibt!

Erkenntnisse aus dem PUA sprechen gegen ASOG-Novelle.

Presseerklärung am 2.12.2025

Erklärung zivilgesellschaftlicher Beobachter*innen des Untersuchungsausschusses »Neukölln II« zur Novellierung des Berliner ASOG:

Berliner Abgeordnete konterkarieren sich selbst – Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss zum »Neukölln-Komplex« stehen im Widerspruch zur ASOG-Novelle

Zu Beginn dieser Legislaturperiode hat das Berliner Abgeordnetenhaus einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) eingesetzt, der unter anderem **aufklären soll, warum die Sicherheitsbehörden im sogenannten »Neukölln-Komplex« nicht erfolgreich waren**. Nach der Wiederholungswahl hat das Parlament diesen Einsetzungsbeschluss mit dem Stimmen der Regierungskoalition und der demokratischen Opposition bestätigt.

Statt den Abschlussbericht abzuwarten und die Ergebnisse des PUA zu berücksichtigen, wird jetzt eine erneute Novellierung des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG) von der Regierungskoalition durchgezogen. **Damit entwerten und ignorieren die Abgeordneten der Koalition auch den Untersuchungsauftrag des PUA und die vielen Stunden Arbeit der Ausschussvertreter*innen.**

Das ASOG-Gesetzespaket für Berlin wurde maßgeblich vom Berliner Senat unter Führung der Regierungskoalition aus SPD und CDU vorangetrieben. Das sind genau die Parteien, die sich vor und im Untersuchungsausschuss nicht oder wenig um die Aufklärung der extrem rechten Terrorserie in Neukölln bemüht haben. Grundsätzliche und detaillierte Kritik an dem Ausbau der Überwachungsbefugnisse für die Polizei und der Einschränkung von Grundrechten durch die ASOG-Novelle haben juristische Vereinigungen und demokratische Organisationen vorgebracht. **Auch die Erkenntnisse aus dem PUA sprechen gegen die ASOG-Novelle**.

Nach den Aussagen der Sicherheitsbehörden im PUA scheiterten der Schutz Betroffener und die Ermittlungen im »Neukölln-Komplex« weder an der technischen oder personellen Ausstattung noch an Überwachungsmöglichkeiten. An vielen Tatorten gab es Videoaufzeichnungen von Dritten, die die Polizei für ihre Ermittlungen und Beweissicherung gar nicht genutzt hat. Und beim einzigen polizeilichen Video-Einsatz funktionierte die Kamera nicht, als es zu einem Anschlag kam. Wie wenig mehr Überwachungsmaßnahmen und Eingriffe in Grundrechte zur Sicherheit beitragen, verdeutlichten die PUA-Befragungen des Verfassungsschutzes (VS), der bereits über umfassende nachrichtendienstliche Mittel verfügt. **Es gab umfassendes Überwachungsmaterial über Täter und Netzwerke, dessen**

Auswertung aber offenbar nicht zuletzt an deren Fülle scheiterte. Der VS musste eingestehen, dass er selten über mehr Informationen als zivilgesellschaftliche Initiativen verfügte und diese für ihn die wichtigsten Quellen sind.

Zum »Neukölln-Komplex« gehört auch, dass gesperrte personenbezogene Informationen an Täter gelangten. **Bei 27 000 Berliner Polizist*innen könne nicht garantiert werden, dass Daten und Kompetenzen nicht missbraucht würden, wurde dazu im PUA erklärt.** Gefährdeten mangelnder Datenschutz und unzureichende Bekämpfung rechter Netze in der Polizei bereits bisher schon Menschen aus der Zivilgesellschaft, erhöht sich dieses Gefahrenpotential mit dem neuen ASOG enorm.

Auch wir als zivilgesellschaftliche Beobachter*innen des PUA sehen dringenden Reformbedarf bei den Sicherheitsbehörden. Ineffektive Strukturen müssen ab- statt ausgebaut und eine wirksame demokratische Kontrolle muss geschaffen werden. **Wir fordern, dass der PUA in seinem Abschlussbericht entsprechende Maßnahmen vorschlägt. Diese müssen Grundrechte und Rechtsstaat stärken. Diese ASOG-Novelle der Regierungskoalition tut das Gegenteil und muss deshalb gestoppt werden!**

»Man muss in vielen Ausschüssen die Abgeordneten wirklich zum Arbeiten drängen.«

Caro Keller/NSU-Watch auf einer Veranstaltung am 9.2.2026

Veranstaltung des Bündnisses Neukölln: »Ohne uns läuft nichts. Aktivistische Perspektiven auf den »Neukölln-Komplex«. Gespräch und Diskussion«

Sebastian/Bündnis Neukölln:
Caro, du hast jetzt die vergleichende Ausschusserfahrung. Wie ist dein Blick auf das Ganze, so wie es jetzt hier lief?

Caro Keller/NSU-Watch:
Genau, also die Erfahrung mit den Untersuchungsausschüssen, die begann eben nach der Selbstenttarnung des NSU. Und diejenigen, die sich daran erinnern, damals gab es einfach einen immensen, öffentlichen Druck, also wirklich immens, und das hat eine Bedeutung gehabt für die ersten Untersuchungsausschüsse. Das waren ja die ersten Aufklärungsgremien, die sich an den NSU-Komplex gesetzt haben, nach journalistischer und antifaschistischer Berichterstattung und eben noch bevor der Prozess im Mai 2013 begonnen hat. Und die haben damals auch wirklich aufklärerische Pionierarbeit geleistet, weil ja vieles, was wir heute über den NSU-Komplex wissen, das wissen wir aus den Untersuchungsausschüssen.

Aber dieses Wissen ist eben auch erkämpft worden. Es gab am Anfang das Aufklärungsversprechen von Angela Merkel. Das ist gebrochen worden. Das hat sich dadurch gezeigt, dass wirklich jeder Schnipsel Papier erkämpft werden musste.

Ich habe das mit diesem öffentlichen Druck erwähnt, weil das natürlich einen Unterschied gemacht hat. Das, was wir damals gesehen haben im Bundestag, in Thüringen, in Sachsen, in diesen ersten Untersuchungsausschüssen, das ist heute nicht mehr so. Das ist bis heute beispiellos. Das haben wir nicht nochmal erleben dürfen, leider.

Für Beobachter*innen war zum Teil der Untersuchungsausschuss ein neues Instrument oder ein neues Gremium, was man beobachtet. Es gab damals viel mehr die Diskussion: Wenn man sich dort als Antifaschistin reinbegibt als Beobachterin, legitimiert man damit nicht ei-

gentlich dieses staatliche Gremium und was dort rauskommt? Diese Diskussion haben wir jetzt nicht mehr so stark wahrgenommen, als es um den Neukölln-Untersuchungsausschuss ging.

Wir haben diese Ausschüsse bei der Arbeit erleben dürfen, Abgeordnete wie Katharina König-Preuss oder Martina Renner. Und das ist, was unseren Blick auf die Untersuchungsausschüsse geprägt hat bis heute. Dann nämlich mit abfallendem Druck rund um den NSU-Komplex gab es zwar weitere Untersuchungsausschüsse, aber die haben bei weitem nicht mehr so gut gearbeitet wie diese ersten Untersuchungsausschüsse. Der Druck ist weggefallen, das heißt, die Fliehkräfte innerhalb des Parlaments waren sichtbarer.

Die ersten Untersuchungsausschüsse, da war wirklich fraktionsübergreifend Aufklärungsinteresse. Das hat man auch in den Befragungen gespürt. Befragungen bis tief in die Nacht zum Teil. Wirklich im Detail, wirklich reingehend. Man konnte auch sicherstellen, dass möglichst viel davon auch in der Öffentlichkeit stattfindet. Man hat dann erste Risse gesehen bei den entscheidenden Fragen zum NSU-Komplex. Nämlich: Institutioneller Rassismus, gab es das eigentlich oder nicht? Das hat dann im Bundestags-Untersuchungsausschuss keinen Platz gefunden im Abschlussbericht, aber in den Sondervoten von Linken und Grünen. Als dieser Druck dann abnahm, gab es diesen fraktionsübergreifenden Aufklärungswillen, wenn, dann nur noch auf dem Papier. Also als warme Worte, aber eben nicht mehr in Realität.

Da hat sich gezeigt, ein Untersuchungsausschuss ist kein Instrument, was einfach an sich funktioniert, was man halt einsetzen kann und dann bringt das schon irgendwie automatisch eine Aufklärung her, sondern das liegt wirklich an der Arbeit der Abgeordneten und der Mitarbeiter*innen. Und ein Untersuchungsausschuss ist das, was man daraus macht. Das hat sich ganz klar gezeigt.

Weshalb wir bei NSU-Watch dann irgendwann davon abgerückt sind, einfach Untersuchungsausschüsse zu fordern. Wir haben dann gefordert, es braucht gut vorbereitete Untersuchungsausschüsse, mit engagierten Abgeordneten und Mitarbeitenden, die sich auskennen im Thema, die, wenn sie in die Akten gucken, auch verstehen, was dort steht. Die müssen Neonazis kennen, die müssen Strukturen kennen oder zumindest willens sein, sich da vorher reinzuarbeiten.

Wir haben dann auch Untersuchungsausschüsse gesehen, die ganz offensichtlich erstmal dafür genutzt wurden, das eigene Wissen ein bisschen aufzufrischen. Das heißt, über die Jahre war die Qualität dann unterschiedlich oder hat abgenommen. Und mit diesen Erwartungen, die durch diese Erfahrungen gemischt waren, sind wir an den Neuköllner Untersuchungsausschuss herangegangen.

Hier brauchte es den öffentlichen Druck, um den überhaupt einzusetzen, was natürlich auch für andere Untersuchungsausschüsse gilt. Und dieser öffentliche Druck, der musste auch erstmal hergestellt werden. Das gilt für andere Rechtsterrorkomplexe genauso. Aber wenn es nicht die Betroffenen, die Aktivist*innen gegeben hätte, wäre das alles im Sande verlaufen. Da bin ich mir sehr sicher. Und dieser Druck, der musste aber auch – das ist ja auch das Veranstaltungsmotto, »Ohne uns läuft nichts« – im Ausschuss selber weiter aufrechterhalten werden. Und das war, glaube ich, auch entscheidend.

Das ist auch eine Erfahrung, die wir aus anderen Untersuchungsausschüssen haben. Es macht einen Unterschied, wenn eine Öffentlichkeit dort anwesend ist. Es macht einen Unterschied, wenn das viele sind. Es macht einen Unterschied, wenn man einen Bericht erstattet.

Es gab mal in Baden-Württemberg beim NSU-Untersuchungsausschuss so ein Abgeordnetengespräch: »Ja, wenn wir das und das machen, dann twittert NSU-Watch.« Damals gab es noch Twitter. Also das heißt, dieser öffentliche Druck, der wird auch wahrgenommen. Und damit hat sich auch nochmal eine neue Rolle für uns als Beobachter*innen gezeigt. Nämlich, man muss in vielen Ausschüssen die Abgeordneten wirklich zum Arbeiten drängen. Das ist ein bisschen desillusionierend und, finde ich, eigentlich auch gar nicht unbedingt die Aufgabe von Antifaschist*innen, Aktivist*innen und vor allem nicht von Betroffenen. Aber das braucht es halt leider.

Das hat zum Beispiel auch der Untersuchungsausschuss zu Hanau gezeigt, der erst erkämpft wurde und dann weiterhin diesen Druck brauchte. Und so war es hier auch bei dem Untersuchungsausschuss Neukölln. Wir haben regelmäßig offene Briefe mit unterstützt, mitgeschrieben, die dann während des Verlaufes veröffentlicht wurden, um eben den Druck aufrechtzuerhalten und die Abgeordneten aufzufordern, hier wirklich, ja, scharf nachzufragen. Das hat am Anfang in diesem Neukölln-Untersuchungsausschuss aus unserer Sicht durchaus gefehlt. Und ehrlich gesagt bei allen Fraktionen.

Ärgerlich war auch, dass häufig die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, dass sehr schnell in den geheimen Part des Untersuchungsausschusses eingestiegen wurde, wo man auf den Gang warten muss, während die Zeug*innen befragt werden. Ich weiß, das ist in Teilen so. Aber es gibt auch Mittel, das so weit wie möglich zu verhindern.

Das Gleiche gilt für die Akten. Akten werden nicht freiwillig gegeben. Hier im Ausschuss wurde geklagt. Das fand man auch sehr gut. Diese Akten muss man sich erkämpfen. Die Behörden wollen immer verhindern, dass Akten da reinkommen. Die wollen schwärzen und so weiter. Es gibt nur wenige Ausnahmen. Wer erinnert sich an die Geschichte im NSU-Komplex, als aus Thüringen ein Laster voller Akten nach Berlin gefahren ist und das verschiedene Ämter verhindern wollten? Ansonsten ist das eben nichts, was freiwillig rausgerückt wird. Das heißt, man muss die Behörden dazu auch zwingen.

Das heißt im Untersuchungsausschuss, die Abgeordneten müssen auch immer wissen, was sind meine Rechte, wie mache ich Befragungen, wie kann ich Druck machen, wie kann ich klagen, und so weiter und so fort. Und da gab es, würde ich sagen, einen Lernprozess. Und am Ende kann man, glaube ich, auch aus diesem Ausschuss durchaus einiges mitnehmen.

Aber für die Zukunft muss man sich fragen, ja, was braucht es und wo kann man dann vielleicht auch nochmal ein paar Schritte weitergehen.

Berichte und Podcasts zum PUA von NSU-Watch:

https://kurzlinks.de/PuaNkE05

Es ist nicht zu Ende! 5. Anschlag auf Heinz Ostermann

Presseerklärung vom 2.3.2026

Initiative »Rudow empört sich. Gemeinsam für Respekt und Vielfalt«

Ein zielgenaues Ei sorgt für Angst

Am Morgen des 23. Februar entdeckte Heinz Ostermann, dass auf das Schaufenster seiner Buchhandlung »Leporello« ein Ei geworfen worden war. »Das Ei landete ziemlich präzise dort, wo meine ›Rudow empört sich‹-Postkarten im Fenster angebracht sind. Ebenfalls befindet sich dort ein Plakat gegen rechte Populisten und eine Kopie meiner Urkunde zu der mir verliehenen Neuköllner Ehrennadel. Wirkt also sehr zielgenau.«

Das Ei ist der fünfte Anschlag auf den Rudower Buchhändler. Nach einer Lesung zur AfD wurde im Dezember 2016 ein Stein auf das Schaufenster seiner Buchhandlung geworfen. Im Januar 2017 folgte der erste und im Februar 2018 der zweite Brandanschlag auf sein Auto. Und im Oktober 2024 wurden seine Autoreifen zerstochen.

Nach dem dritten Anschlag hat Heinz Ostermann die Initiative »Rudow empört sich« im Frühjahr 2018 ins Leben gerufen. In dieser Initiative setzt er sich gemeinsam mit anderen Betroffenen der rechten Neuköllner Anschlagsserie und weiteren Rudower*innen mit vielfältigen Aktivitäten für Respekt und Vielfalt ein. Im November 2025 wurden sie dafür mit dem Engagementpreis des Bezirks Neukölln ausgezeichnet.

Die Anschläge auf Heinz Ostermann gehören zu einer Serie rechter Gewalttaten in Neukölln, der die Generalstaatsanwaltschaft mehr als 200 Straftaten zurechnet. Dieses Mal war es »nur« ein Ei. Doch es zeigt, die Versuche, zivilgesellschaftlich Engagierte einzuschüchtern, gehen weiter. Es weckt bei den Betroffenen nicht nur alte Ängste. Sie stellen sich die Frage, was wird es beim nächsten Anschlag sein.

Die OG REX beim Polizeiabschnitt in Rudow können die Betroffenen nicht mehr ansprechen. Der letzte noch in dieser Einheit tätige Polizeibeamte hat sich vor einem Jahr versetzen lassen. Eine Anfrage an die zuständige Polizeidirektion von der Initiative »Rudow empört sich« wurde nie beantwortet. Das Neukölln-Team des LKA haben wir noch nie vor Ort gesehen. Es fordert Berichte von unseren Aktivitäten, lässt sich aber selbst nie blicken.

Wie wenig Behörden Sicherheit vor Anschlägen bieten, haben Betroffene immer wieder erfahren. Meistens wurden sie nicht einmal gewarnt, wenn Behörden Informationen über Gefährdungen hatten. Bestätigt wurde dies durch Zeug*innen-Aussagen im Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses zum »Neukölln-Komplex«.

Den Betroffenen und Bedrohten hilft also weiter nur, an die Öffentlichkeit gehen, und zivilgesellschaftliche Solidarität.

Zum Weiterlesen

www.nkwatch.info

antifainfoblatt.de

neukoelln-komplex-audio.com

kurzlinks.de/PuaNkE04

kurzlinks.de/PuaNkE05

kurzlinks.de/PuaNkE07

burak.site36.net

kurzlinks.de/PuaNkE10

kurzlinks.de/PuaNkE11

kurzlinks.de/PuaNkE12

www.buendnis-neukoelln.de

www.apabiz.de

berlin.vvn-bda.de

Eine der regelmäßig begleitenden Kundgebungen vor dem Berliner Abgeordnetenhaus